

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Antworten J. W. STALINS auf Fragen des europäischen Generaldirektors der amerikanischen Agentur „International News Service“, Herrn Kingsbury Smith, eingegangen am 27. Januar 1949	1
Der Nordatlantiktakt — eine Gefahr für den Frieden	2
Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe	4
I. MENSCHIKOW — Die Wirtschaft des marshallisierten Frankreichs	7
J. VIKTOROW — Zu den Ereignissen in China	12
W. W. — Zwei Eingaben eines Bewohners von Tanganjika	15
Internationale Umschau (Notizen)	16
G. OPARIN — Am „Ende der Welt“ (Notizen eines Journalisten)	21
P. TSCHEBYSCHEW — In Südrhodesia (Reiseeindrücke)	25
Kritik und Bibliographie:	
N. KRYMOWA — „Der Profitmacher“	28
Chronik der internationalen Ereignisse	31
Beilage: Deklaration des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR über den Nordatlantiktakt	

6

2. Februar 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Antworten J. W. STALINS

**auf Fragen des europäischen Generaldirektors
der amerikanischen Agentur „International News
Service“, Herrn Kingsbury Smith, eingegangen
am 27. Januar 1949**

Erste Frage. Würde die Regierung der UdSSR bereit sein, die Veröffentlichung einer mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemeinsam verfaßten Deklaration zu erwägen, die bestätigt, daß keine der beiden Regierungen die Absicht hat, zum Krieg gegen die andere zu schreiten?

Antwort. Die Sowjetregierung wäre bereit, die Frage der Veröffentlichung einer solchen Deklaration zu erwägen.

Zweite Frage. Würde die Regierung der UdSSR bereit sein, gemeinsam mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf die Erfüllung dieses Friedenspaktes gerichtete Maßnahmen wie allmähliche Abrüstung durchzuführen?

Antwort. Selbstverständlich könnte die Regierung der UdSSR mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der Durchführung von Maßnahmen zusammenarbeiten, die auf die Verwirklichung eines Friedenspaktes gerichtet sind und zu einer allmählichen Abrüstung führen.

Dritte Frage. Wenn die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs sich einverstanden erklären, die Bildung eines separaten westdeutschen Staates bis zum Zusammentritt einer der Erörterung des deutschen Gesamtproblems gewidmeten Sitzung des Außenministerrats zu verschieben, würde die Regierung der UdSSR dann bereit sein, die Anordnungen aufzuheben, durch die die Sowjetbehörden die Kommunikationen zwischen Berlin und den westlichen Zonen Deutschlands eingeschränkt haben?

Antwort. Falls die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich die in der dritten Frage dargelegten Bedingungen einhalten, sieht die Sowjetregierung kein Hindernis, die Verkehrsbeschränkungen aufzuheben, jedoch mit der Maßgabe, daß gleichzeitig auch die von den drei Mächten eingeführten Verkehrs- und Handelsbeschränkungen aufgehoben werden.

Vierte Frage. Würden Ew. Exzellenz bereit sein, mit Präsident Truman an einem beiderseits annehmbaren Ort zusammenzukommen, um die Möglichkeit des Abschlusses eines solchen Friedenspaktes zu besprechen?

Antwort. Ich habe auch früher schon erklärt, daß gegen eine Zusammenkunft keine Einwände vorliegen.

Der Nordatlantikpakt — eine Gefahr für den Frieden

DIE am 29. Januar 1949 veröffentlichte Deklaration des Außenministeriums der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken über den Nordatlantikpakt ist ein Dokument von großer internationaler Bedeutung. Diese Deklaration entstand im Zusammenhang damit, daß das Staatsdepartement der USA eine offizielle Darlegung der Stellungnahme der Vereinigten Staaten zur Frage des sogenannten Nordatlantikpakts veröffentlicht hat. Die USA-Regierung steht seit dem vorigen Sommer wegen dieses Pakts in Verhandlungen mit den Teilnehmerstaaten der Westlichen Union sowie mit einer Reihe anderer Staaten, darunter auch den skandinavischen Ländern. In nächster Zeit wird das Projekt des Nordatlantikpakts vom USA-Kongreß debattiert werden.

Die Deklaration des Außenministeriums der UdSSR gibt eine allseitige Einschätzung des Wesens des Nordatlantikpakts, die durch eine tiefeschürfende Analyse der Gesamtrichtung der Nachkriegspolitik der USA und Englands begründet wird.

Wie sehr die jetzigen Führer der USA und Englands auch auf ihre Friedfertigkeit und ihre Sorge für die Interessen des Volks schwören mögen, es bleibt eine unwiderlegliche Tatsache, daß sie praktisch zu einer Politik übergegangen sind, die sich nur als eine Politik der Aggression, als Politik der Entfesselung eines neuen Weltkrieges qualifizieren läßt.

Als 1948 die sogenannte Westliche Union gegründet wurde, da dokumentierte dies das entschiedene Abrücken Englands und der USA von der in den Abkommen von Jalta und Potsdam proklamierten demokratischen Politik und ihre endgültige Abkehr von übernommenen internationalen Verpflichtungen.

Die militärisch-politischen Unionen, die jetzt mit Beteiligung der USA gegründet werden, unterscheiden sich grundlegend von allen den Freundschafts- und Beistandsverträgen, die zwischen der Sowjetunion und anderen europäischen Ländern, auch mit England und Frankreich, bestehen und deren Zweck es ist, die Wiederholung einer deutschen Aggression unmöglich zu machen sowie den Frieden in Europa zu konsolidieren. Im Gegensatz zu diesen Verträgen haben die Unionen der westlichen Mächte durchaus nicht die Konsolidierung des Friedens im Auge, sie dienen

vielmehr als ein Werkzeug der aggressiven imperialistischen Politik der USA und Englands. Sie richten sich gegen die Sowjetunion und die Staaten der Volksdemokratie, deren friedfertige Politik unbestreitbar und augenscheinlich ist. Aus diesem Grunde erfüllt der Versuch des Staatsdepartements, die Zusammenschließung solcher Unionen durch die Notwendigkeit einer „Selbstverteidigung“ zu erklären und bei der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, in keiner Weise seinen Zweck.

Man erkennt unschwer, daß es für die Sicherheit der USA nicht notwendig ist, die skandinavischen Länder, Italien oder Griechenland in amerikanische Militärstützpunkte und Aufmarschgebiete zu verwandeln. Die aggressiven Zwecke der in Bildung befindlichen Blocks werden von den regierenden Kreisen Amerikas und Englands selbst verraten. Das ununterbrochene Wettrüsten, die Ablehnung der Vorschläge, die Rüstungen einzuschränken und die Atomwaffe zu verbieten, die Schaffung amerikanischer Militärstützpunkte in ganz weit von Amerika entfernten Gebieten, der Aufenthalt amerikanischer und englischer Truppen auf dem Territorium einer Anzahl von Staaten, die zu den Vereinten Nationen gehören, die unverkennbaren Versuche, den Abschluß von Friedensverträgen mit Deutschland und Japan aufzuschieben und zu verzögern und die Besetzung dieser Länder für unbestimmte Zeit zu verlängern — alles dies sind die weithin bekannten Wesenszüge der von den Westmächten nach dem Kriege betriebenen Politik. Klar ist auch der reaktionäre Charakter dieser Politik gegenüber den demokratischen Kräften sowohl innerhalb der USA als auch in der ganzen Welt.

Der antidemokratische und reaktionär-aggressive Sinn der Westlichen Union wird dadurch noch unterstrichen, daß das Programm ihrer Teilnehmer schwere Repressalien und militärische Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse und gegen die wachsenden demokratischen Kräfte in ihren Staaten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonien vorsieht.

Der Gang der Ereignisse zeigt, daß die Westliche Union nur ein Teil des von den imperialistischen Politikern Amerikas und Englands vorgesehenen Systems von Maßnahmen ist.

Wie aus der Deklaration des Außenministeriums hervorgeht, beurteilt die Sowjetregierung den projektierten Nordatlantikpakt mit Recht als einen Ausdruck der Weltherrschaftsbestrebungen des britisch-amerikanischen Blocks. In der Deklaration heißt es:

„Obgleich der Nordatlantikpakt vorsieht, daß an ihm als sein Kern die fünf europäischen Länder, Kanada und die USA beteiligt sind, ist es doch für alle klar, daß die Führung in dieser Sache den regierenden Kreisen der Vereinigten Staaten von Amerika gehört, die mit den regierenden Kreisen Großbritanniens als der stärksten kapitalistischen Macht in Europa einen Block bilden. Angesichts dieser Sachlage verwandelt sich der Nordatlantikpakt faktisch in die Hauptwaffe der von den regierenden Kreisen der USA und Großbritanniens betriebenen aggressiven Politik „auf beiden Seiten des Atlantik“, d. h. auf beiden Erdhalbkugeln, und entspricht damit dem aggressiven Streben nach Aufrichtung einer britisch-amerikanischen Weltherrschaft.“

Wenn dieser Pakt als ein regionales Abkommen hingestellt und versucht wird, seine Entstehung durch verlogene Berufungen auf eine angebliche „Obstruktionspolitik“ der Sowjetunion in der Organisation der Vereinten Nationen sowie auf die Ineffektivität der letzteren zu rechtfertigen, so sind das plumpe Versuche mit untauglichen Mitteln.

Die Heranziehung Francospaniens, Portugals, Italiens und selbst der Türkei zum Nordatlantikpakt, die geplante Bildung einer Mittelmeerunion unter amerikanischer und englischer Führung, die projektierte Schaffung einer Gruppierung von Ländern Südasiens, wie sie auf der jüngsten Konferenz asiatischer Länder in Delhi versucht wurde — alles dies zeigt, daß es sich keineswegs um regionale Abkommen im Geiste der UNO-Satzung handelt. Keine dieser Gruppierungen trägt regionalen Charakter, sie alle verkörpern den Weltherrschaftsanspruch bestimmter Mächte in allen Teilen der Welt. Sie zeugen für das Bestreben der regierenden Kreise Englands und Amerikas, so viele Staaten wie möglich unmittelbar oder mittelbar in den Strudel ihrer Politik hineinzuziehen, sie unter ihre Fuchtel zu bringen und die Politik der willfährigen oder direkt von ihnen abhängigen Regierungen anderer Staaten in diesem oder jenem Maße der Verwirklichung ihrer aggressiven Zwecke anzupassen.

Was für ein schamloser politischer und wirtschaftlicher Druck wird auf europäische Länder, darunter auch auf den westlichen Teil Deutsch-

lands, ausgeübt! Mit welcher Zielstrebigkeit bemühen sich die amerikanischen und englischen Politiker, mit allen Mitteln ihrer Propaganda Unruhe, Ungewißheit und Kriegshysterie in Kreisen der Öffentlichkeit der europäischen Staaten auszustreuen! Diese Taktik gehört gleichfalls zu dem Programm der aggressiven Politik des britisch-amerikanischen Blocks.

Das Staatsdepartement versucht seine Handlungsweise mit dem Bestreben zu erklären, die Organisation der Vereinten Nationen zu festigen. Diese Deklaration hat mit der Wirklichkeit nichts gemein. Die Zusammenzimmerung des Nordatlantikpakts, der eine Anzahl abgesonderter Staatsgruppierungen in verschiedenen Teilen der Welt richtunggebend zusammenfaßt, bedeutet einen Bruch mit der Politik, die der Organisation der Vereinten Nationen zugrunde gelegt wurde. Es ist kein Zufall, daß die militärisch-politischen Unionen und Gruppierungen unter Umgehung der UNO, hinter ihrem Rücken, gebildet werden. Sind diese Gruppierungen doch ein direkter Sprengstollen unter die Organisation der Vereinten Nationen, eine flagrante Verletzung ihrer Satzung und ihrer grundlegenden Prinzipien!

Die Vereinigten Staaten und England untergraben die Organisation der Vereinten Nationen, weil diese ihnen bei der auf Errichtung der eigenen Weltherrschaft gerichteten Politik ein Hindernis ist. Aus dem gleichen Grunde haben sie es abgelehnt, mit den Ländern der Volksdemokratie zusammenzuarbeiten, und suchen eine Politik der Isolierung der Sowjetunion durchzuführen. Die sogenannte „Neuausrichtung“ der amerikanischen Politik, wie sie von Senator Vandenberg in seiner bekannten, vorigen Sommer vom USA-Senat gebilligten Resolution proklamiert wurde, besteht darin, daß die USA ebenso wie England

„zurückgekehrt sind zu jenem alten sowjetfeindlichen Kurs der Außenpolitik, die sich auf fortwährend versuchter Isolierung der UdSSR aufbaute, zu einem Kurs, den sie in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg steuerten und der die Zivilisation Europas fast in die Katastrophe geführt hätte“.

Dieser Kurs wird von den Volksmassen entschieden verurteilt und ruft in den breiten Kreisen der fortschrittlichen demokratischen Öffentlichkeit Proteste hervor. Er wird verurteilt von allen Anhängern der Konsolidierung des Friedens, die bekanntlich in allen Ländern die Mehrheit bilden.

Aber die amerikanischen und englischen Imperialisten ignorieren viele wichtige Tatsachen — darunter auch eine Tatsache wie das allgemeine

Streben der Volksmassen aller Länder nach einem festgefügteten Frieden. Darin liegt der Defekt ihrer Spekulationen, das ist ihre schwache Stelle.

Es ist klar, daß die Unterzeichnung von Pakten vom Schlage des Nordatlantikpakts, wie in der Deklaration des Außenministeriums der Union der SSR mit Recht festgestellt wird,

„noch keine Garantie bietet, noch nicht die Möglichkeit schafft, die von den Inspiratoren solcher Pakte aufgestellten aggressiven Ziele auch zu verwirklichen“.

Durch derartige Pakte werden die zahlreichen Gegensätze zwischen ihren Teilnehmern, sogar den Hauptteilnehmern, keineswegs beseitigt, im Gegenteil, da es sich um das klar ausgesprochene Streben nach Herrschaft der einen Mächte über die anderen handelt, so werden diese Gegensätze noch weiter verschärft.

Der aggressiven und abenteuerlichen Politik des auf Weltherrschaft ausgehenden amerikanischen Imperialismus steht die von der Sowjetunion durchgeführte folgerichtige Politik aktiven Friedensschutzes gegenüber. Die Sowjetregierung steht fest auf dem Boden der in Jalta und Potsdam gefaßten Beschlüsse, denn diese Beschlüsse bezwecken die Sicherung eines dauerhaften demokratischen Friedens und die Abwendung einer neuen Aggression. Die Sowjetregierung bleibt ihren internationalen Verpflichtungen ausnahmslos treu. Alle ihre außenpolitischen Handlungen sind darauf gerichtet, die Ziele zu erreichen, die die der Antihitlerkoalition angehörenden demokratischen Staaten sich während des zweiten Weltkrieges steckten: die Kräfte aller friedliebenden Staaten zu vereinigen, mit der

Hitleraggression und dem Faschismus Schluß zu machen und ein Wiederaufleben der aggressiven Kräfte nach Beendigung des Krieges zu verhindern.

Gezwungen, die Tatsache zu berücksichtigen, daß die amerikanische und die englische Regierung zu einem offen aggressiven Kurs, zur Politik der Entfesselung eines neuen Krieges übergegangen sind, macht die Sowjetunion es sich um so mehr zur Aufgabe, den Kampf für den Frieden mit unverminderter Energie fortzusetzen. Die Sowjetunion muß, wie es in der Deklaration des Außenministeriums der UdSSR heißt,

„noch energischer und noch konsequenter gegen alle und jegliche Kriegsbrandstifter, gegen die Politik der Aggression und die Entfesselung eines neuen Krieges, für einen dauerhaften demokratischen Weltfrieden kämpfen“.

Die Sowjetunion macht es sich zum Ziel, noch entschlossener und noch nachdrücklicher gegen die Untergrabung und Zerstörung der UNO durch aggressive Elemente und ihre Helfershelfer zu kämpfen.

Die Deklaration des Außenministeriums der UdSSR ist durchdrungen von ruhigem Glauben an die Richtigkeit und die Stärke der Politik unseres großen Staates. Im Kampf für die Festigung des Weltfriedens und der allgemeinen Sicherheit betrachtet die Sowjetregierung mit Recht alle anderen friedliebenden Staaten und alle Anhänger eines demokratischen Friedens als ihre Verbündeten. Das Sowjetvolk weiß, daß der Kampf der Sowjetunion gegen die Kriegsbrandstifter, gegen die Politik der Aggression bei den Volksmassen in allen Ländern die weitestgehende Unterstützung findet.

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

DIE BILDUNG des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe durch Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei hat in der ganzen Welt einen äußerst lebhaften Widerhall gefunden. Sie legt nicht nur Zeugnis ab für die bedeutenden Erfolge, die in der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der volksdemokratischen Länder zueinander und zur Sowjetunion erzielt worden sind, sondern rückt diese Zusammenarbeit auf eine höhere Stufe.

Die Schaffung des Rats kennzeichnet die erfolgreiche Entwicklung neuartiger Beziehungen

zwischen den Staaten, Beziehungen, die auf wahrhaft demokratischer Grundlage, auf der Grundlage echter Gleichberechtigung und wirklich ehrlicher internationaler Zusammenarbeit beruhen.

In der kapitalistischen Welt denkt man sich eine internationale Wirtschaftszusammenarbeit nicht anders als auf der Grundlage der Unterordnung der Interessen von kleinen und schwachen Ländern unter die von großen und starken. Als Beispiel kann die „Organisation für europäische wirtschaftliche Kooperation“ dienen, die im Einklang mit dem Marshallplan gebildet wurde.

Diese Organisation ist von A bis Z ein Machwerk der USA-Monopole. Sind ihre Teilnehmer sich in irgend etwas gleich, so einzig in ihrer Rechtlosigkeit vor dem USA-Imperialismus.

Nur der Willkür der USA-Monopole sowie das Bestreben verantwortungsloser Politiker, einen möglichst großen Teil der USA-Kredite an sich zu reißen, hat die 16 am Marshallplan beteiligten Länder zusammengeführt. Kein Wunder also, wenn unter solchen Umständen die „Organisation für europäische wirtschaftliche Kooperation“ zum Schauplatz aufeinanderprallender gegensätzlicher Interessen und Kräfte geworden ist. Das Scheitern der Versuche, die von den einzelnen marshallisierten Ländern vorgelegten, offenkundig unvereinbaren „Wiederaufbauprogramme“ miteinander zu vereinbaren und in Einklang zu bringen, zeugt von der Unhaltbarkeit der Grundlage, auf der die Imperialisten die Wirtschaft Westeuropas aufzubauen suchen. Sie sehen in der Organisation für wirtschaftliche Kooperation nur einen Teil der militärischen und politischen Blocks, die sie zusammenzimmern. Das alles steht in krassem Widerspruch zu den Aufgaben des Nachkriegswiederaufbaus in den europäischen Ländern.

Auf ganz anderen Prinzipien beruhte und beruht die wirtschaftliche Nachkriegszusammenarbeit der Sowjetunion mit Ländern Mittel- und Südosteuropas. Dies ist ein völlig neues Kapitel in der Geschichte der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Zum erstenmal haben diese Beziehungen die volle Gleichberechtigung und gegenseitige Achtung für die Interessen der Partner zur Grundlage. Der uneigennützigte Beistand und die selbstlose Unterstützung der Sowjetunion halfen Polen, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Ungarn und Rumänien, die vernichtenden Folgen des Krieges in kürzester Zeit zu beseitigen und die Wirtschaft auf die Füße zu stellen. Nur infolge einer solchen Politik, wie sie von der Sowjetunion unentwegt betrieben wurde, konnte die staunenswerte Tatsache eintreten, daß die Staaten Osteuropas, die im Laufe des Krieges unvergleichlich schwerere Verluste als die Länder Westeuropas erlitten hatten, den Aufgaben der wirtschaftlichen Wiederherstellung mit Erfolg gerecht werden konnten und in ihrer Mehrzahl schon 1948 das Vorkriegsniveau der Produktion überboten haben. Dank der erfolgreichen Zusammenarbeit miteinander und mit der Sowjetunion konnten die Länder der Volksdemokratie ihr Wirtschaftsleben stabilisieren, die Wiederherstellung und Fortentwicklung der Volkswirtschaft rasch voranbringen, die Voraussetzungen für den Übergang zur Planwirtschaft schaffen und die vorbildliche Erfüllung langfristiger Wirtschaftsprogramme sicherstellen.

Die Erfolge der Wirtschaftszusammenarbeit drückten sich vor allem in einer bedeutenden Zunahme des Warenaustauschs zwischen den Ländern der Volksdemokratie und ihres Handels mit der Sowjetunion aus.

Abkommen wie der auf fünf Jahre befristete polnisch-tschechoslowakische und der polnisch-rumänische Vertrag über Wirtschaftszusammenarbeit bilden eine feste Grundlage für die gegenseitige Hilfe und für die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen den Ländern der Volksdemokratie.

Andererseits ist der Anteil der Sowjetunion am Außenhandelsumsatz der Länder Mittel- und Südosteuropas bedeutend gewachsen, was ganz im Interesse des wirtschaftlichen Gedeihens dieser Länder liegt. Im laufenden Jahr nimmt die Sowjetunion im tschechoslowakischen Außenhandel den ersten Platz ein, und die Tschechoslowakei ihrerseits steht unter den Handelspartnern der Sowjetunion an erster Stelle. Der sowjetisch-polnische Handel ist den im Fünfjahresabkommen von 1948 festgesetzten Kontrollziffern bereits weit voraus. Wie das polnische Blatt „Trybuna Ludu“ schreibt, belief sich der Wert des Warenaustausches zwischen diesen beiden Ländern im Jahre 1948 statt der veranschlagten 170 Millionen Dollar auf 225 Millionen Dollar. Der Handel mit der Sowjetunion nimmt in der Außenhandelsbilanz Polens einen der ersten Plätze ein, während er sich vor dem Kriege in dem winzigen Prozentsatz von 0,45 ausdrückte!

Ebenso erfolgreich entwickeln sich die Handelsbeziehungen der Sowjetunion zu Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Dem kürzlich unterzeichneten Abkommen gemäß steigt der Warenaustausch zwischen der Sowjetunion und Rumänien in diesem Jahr (verglichen mit 1948) um das 2,5fache und wird rund 465 Millionen Rubel jederseits ausmachen. Auch der Warenaustausch zwischen der Sowjetunion und Bulgarien wird im beginnenden Jahr steigen, und zwar um 20 Prozent, wobei der Wert der Ausrüstungsgegenstände, die diesem Lande von der Sowjetunion auf Grund von Kreditabkommen geliefert werden, nicht mitgerechnet ist.

Diese Tatsachen zeigen, welche gewaltige Möglichkeiten zur Aufbietung umfangreichster Ressourcen die volksdemokratischen Länder durch Wirtschaftszusammenarbeit mit der Sowjetunion erhalten, eine Zusammenarbeit, die auf der Achtung für die beiderseitigen Interessen und Vorteile beruht.

Die Organisierung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe bildet einen weiteren Schritt in dieser Richtung. Seine Aufgabe ist es, eine noch weitergehende Wirtschaftszusammenarbeit der

beteiligten Staaten zu ermöglichen. Der auf Grundlage gleichberechtigter Vertretung der Beteiligten gegründete Rat organisiert wirtschaftlichen Erfahrungsaustausch, technischen Beistand sowie gegenseitige Hilfe in Form von Rohstoffen, Lebensmitteln, Maschinen, sonstigen Ausrüstungsgegenständen usw. Von jetzt ab werden die wirtschaftlichen Maßnahmen der sechs Staaten noch enger koordiniert sein. Es bieten sich neue Möglichkeiten zur vollständigeren und zweckmäßigeren Ausnutzung ihrer Hilfsquellen im Interesse der Völker. Für die Länder der Volksdemokratie, die den Weg der sozialistischen Entwicklung betreten haben und die Planwirtschaft anbahnen, wird es von gewaltiger Bedeutung sein, sich in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auf die machtvolle sozialistische Industrie und die kollektiv betriebene Landwirtschaft der Sowjetunion stützen zu können. Wie in der Presse der volksdemokratischen Länder hervorgehoben wird, sichert das die Staaten, die dem Rat angehören, gegen den Einfluß der äußerst schweren Wirtschaftskrisen, die die kapitalistische Welt erschüttern.

Gleichzeitig wird der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe eine mächtige Waffe im Kampf gegen alle Versuche der Imperialisten sein, sich in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten einzumischen und ihre wirtschaftliche Entwicklung zu behindern.

Die USA-Monopole, die an die Nachgiebigkeit und Dienstbefessenheit der westeuropäischen Politiker gewöhnt sind, können sich nicht damit abfinden, daß es Staaten und Regierungen gibt, die sich nicht zur Unterordnung unter das Diktat des Marshallplans bereit finden, dieses Plans, der die Souveränität der Länder verletzt und gegen die Interessen ihrer Volkswirtschaft verstößt. Die Urheber des Marshallplans und ihre westeuropäischen Satelliten boykottieren praktisch schon seit geraumer Zeit die Handelsbeziehungen zu den Ländern der Volksdemokratie und zur Sowjetunion. Diese Diskriminierung wird von der Öffentlichkeit der volksdemokratischen Länder als eine Art „Rache“ der USA-Imperialisten bewertet, die offenbar meinen, durch ihre Blockade die Länder der Volksdemokratie und die Sowjetunion vor unüberwindliche Schwierigkeiten stellen zu können.

Man kann mit fester Überzeugung sagen, daß diese Politik gescheitert ist. Vielleicht hätten die

Versuche, die kleinen und mittleren Länder Zentral- und Südosteuropas wirtschaftlich zu erwürgen, unter den europäischen Vorkriegsverhältnissen zum Ziele geführt. Unter den heutigen Verhältnissen sind sie gegenstandslos. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der volksdemokratischen Länder und die Unterstützung, die ihnen der mächtige Sowjetstaat zuteil werden läßt, haben die Bemühungen der Imperialisten schon in ihrer Keimform erstickt. Die Bildung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe durchkreuzt die Hoffnung der Imperialisten, die Waffe des wirtschaftlichen Drucks gegen die Kräfte der Demokratie und des Fortschritts anwenden zu können.

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, der auf Grundlage wahrhafter Gleichberechtigung seiner Teilnehmer geschaffen wurde, verkörpert die Politik ehrlicher, auf demokratischer Grundlage beruhender internationaler Zusammenarbeit, für die sich die Sowjetunion so konsequent einsetzt.

In der Meldung über die Bildung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe wird hervorgehoben, daß er eine offene Organisation ist; auch andere Länder Europas können ihm beitreten, die seine Prinzipien teilen und sich an der breiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Gründerländern zu beteiligen wünschen. Diesem Umstand wurde in der ganzen Welt gewaltige Beachtung geschenkt, eröffnet er doch den Vorkämpfern für einen festgefügtten Frieden und für ehrliche internationale Zusammenarbeit neue Perspektiven und gibt ihnen neue Hoffnungen.

Die Gründung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe ist wirtschaftlich und politisch eine Tatsache von gewaltigster internationaler Bedeutung. Sie zeugt von der unentwegten Festigung und Konsolidierung der Kräfte der Demokratie und des Sozialismus, die für friedliche Entwicklung und für das Wohl der Völker, für ihr wirtschaftliches Gedeihen und ihre politische Unabhängigkeit kämpfen. Die Sowjetöffentlichkeit begrüßt die Gründung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe ebenso wie die Prinzipien, die ihm zugrunde liegen. Sind sie doch ein Ausdruck der neuartigen, wahrhaft demokratischen Beziehungen, die sich zwischen den Ländern der Volksdemokratie und der Sowjetunion herausbilden und denen die Zukunft gehört.

Die Wirtschaft des marshallisierten Frankreichs

I. MENSCHIKOW

1. Was hinter den „offiziellen Angaben“ steckt

Wer an das Klima der osteuropäischen Länder gewöhnt ist, der wird durch den Pariser Winter stets trübselig gestimmt. Verlaine scheint seine traurigen Verse: „Es regnet mir im Herzen wie draußen in der Stadt“ bei Pariser Winterwetter geschrieben zu haben.

Zudem sind die meisten Wohnungen und die Kleidung der meisten Pariser so wenig für kaltes Wetter geeignet, daß das Sinken der Temperatur unter den Nullpunkt zu einer wahren Naturkatastrophe wird. In solcher Umgebung nehmen die Gespräche in den Cafés, auf den Straßen oder in der Untergrundbahn einen noch gedrückteren Ton an. Ein Arbeiter aus einer Flugzeugfabrik spricht die Befürchtung aus, daß er sich auf ein „Geschenk“ — die Entlassung — gefaßt machen müsse. Der Inhaber einer kleinen Textilfabrik sagt, sein Baumwollvorrat reiche nur noch ein paar Wochen. Die Verkäuferin eines eleganten Parfümeriegeschäfts erzählt, sie sei auf der Stellungsuche, da ihr Chef „abbauen“ müsse. Ein bekannter Filmregisseur berichtet niedergeschlagen, er müsse aus Mangel an Geldmitteln auf die Herstellung eines mit vieler Mühe und Enthusiasmus vorbereiteten Films verzichten...

Die Stagnation im Wirtschaftsleben nimmt immer mehr zu. Je weiter dieser Prozeß fortschreitet, um so schwerer fällt es, seine wahren Ursachen wegzuleugnen. Deshalb liest man die statistischen Angaben, die von der Regierung veröffentlicht werden, mit solcher Verwunderung. Man erfährt daraus z. B., daß im Oktober und Dezember im Rahmen der amerikanischen „Hilfe“ 90 Milliarden Frank der Kohlen-, und Elektroindustrie, den Eisenbahnen und der Handelsflotte als Subsidien zugeflossen sind. Weiter erfährt man daraus, daß die Industrieproduktion Frankreichs die des Jahres 1938 um 15 Prozent übersteigt, daß seit Januar 1948 die Löhne um 16,2 Prozent gestiegen sind... Im Gegensatz zu dem wahren Tatbestand sollen diese Ziffern beweisen, daß dank dem Marshallplan die französische Volkswirtschaft wiederaufgebaut wird und daß die Lage der Arbeiterklasse sich bessert. Es ist aber unverkennbar, daß diese Angaben nicht der Wahrheit entsprechen.

Allerdings übersteigt die Industrieproduktion des Jahres 1938 um 15 Prozent, die Statistik

verschweigt jedoch, daß die Industrie diesen Stand in der Hauptsache schon erreicht hatte, bevor Marshall seine Harvardrede hielt. Nicht zu vergessen ist auch, daß 1938 ein Krisenjahr war, in dem die Industrieproduktion um 34 Prozent hinter der des Jahres 1929 zurückblieb. In Wirklichkeit produziert die französische Industrie nur drei Viertel dessen, was sie vor der Krise produziert hat.

Allerdings sind die Löhne im Januar v. J. um 16,2 Prozent gestiegen. Die Kleinhandelspreise aber stiegen in derselben Zeitspanne um 41,4 Prozent. Somit ist der Reallohn der Werktätigen um mehr als 25 Prozent gesunken.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß selbst die offiziellen statistischen Angaben nur eines beweisen können, nämlich daß die Wiederherstellung der französischen Wirtschaft gehemmt ist und die Verelendung der Werktätigen zunimmt, seitdem die „amerikanische Partei“ die Macht ergriffen hat.

2. Was die amerikanische „Hilfe“ die französische Industrie gekostet hat

Untersucht man die Abschnitte der Statistik, die in der Regierungspropaganda lieber verschwiegen werden, so erhält man ein sehr aufschlußreiches Bild.

Vor allem tritt zutage, was die amerikanische „Hilfe“ die verschiedenen Volkswirtschaftszweige Frankreichs gekostet hat.

Die Schiffbauindustrie könnte bei der Ausrüstung, die sie besitzt, Schiffe mit 250 000 Bruttoregistertonnen im Jahr bauen. In Wirklichkeit sind aber nur 50 Prozent ihrer Kapazität ausgenutzt, und zwar aus Mangel an den Rohstoffen, die sie im Rahmen des Marshallplans zu erhalten hoffte, jedoch nicht erhalten hat. Zu gleicher Zeit wird die Hälfte der Waren, die die USA an Frankreich als „Hilfeleistung“ liefern, auf amerikanischen Schiffen transportiert.

Vor zwei Jahren bauten die französischen Flugzeugfabriken durchschnittlich 159 Flugzeuge im Monat, 1948 durchschnittlich nur 99. Die Gesamtstärke der im Monat hergestellten Motoren ist von 122 000 PS auf 58 000 PS gesunken. Die Regierungsgesellschaft Air-France bedient sich aber auf ihren Luftverkehrslinien amerikanischer

Flugzeuge. Der zwischenstaatliche Trust Hispano-Suiza, zu deren Leitern der Sohn Léon Blums gehört, tut jedoch alles, um die Arbeit der verstaatlichten Motorenfabriken Frankreichs zu stören.

Im Jahre 1947 exportierte die französische Kraftwagenindustrie im Monatsdurchschnitt 4861 Wagen, 1948 aber nur 2982. Die Traktorenindustrie stellte um 12 000 Traktoren weniger her, als veranschlagt gewesen war, dagegen wurden mehr amerikanischen Traktoren eingeführt, als man anfangs beabsichtigt hatte. Die amerikanischen Kraftwagen verdrängen die französischen von allen Auslandsmärkten.

Die Zementlieferungen für die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Wohnhäuser sind von 270 000 auf 180 000 Tonnen zurückgegangen, die Stahllieferungen von 60 000 auf 36 000 Tonnen. Infolgedessen mußte Minister Claudius Petit erklären, für die Erfüllung eines monatlichen Bauprogramms werde ein ganzes Jahr benötigt. Andererseits nimmt die Einfuhr von Bestandteilen amerikanischer Fertighäuser derartige Ausmaße an, daß die Bauindustrie Zentralfrankreichs vor einer bedrohlichen Arbeitslosigkeit steht.

Im Jahre 1947 stellte die Filmindustrie durchschnittlich 6 Filme im Monat her. Seit Anfang v. J. ist die Produktion um 50 Prozent zurückgegangen. Die französischen Lichtspielhäuser bringen in der Hauptsache amerikanische Filme zur Aufführung.

Derartige Beispiele könnten in Menge angeführt werden. Die amerikanische „Hilfe“ hat sich verderblich auf alle Industriezweige ausgewirkt: auf den Waggonbau, die Textilindustrie, den Werkbankbau, die Konservenindustrie, die radiotechnische Industrie usw. Besonders kennzeichnend ist die Situation in der elektrotechnischen Industrie.

Bekanntlich steht Frankreich in Europa mit seinen Wasserkraftquellen nach der Sowjetunion an zweiter Stelle. Bei einer Ausnutzung dieser Kraftquellen könnte das Land jährlich 60 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugen. Das hat für Frankreich ganz besondere Bedeutung, da es kein eigenes Erdöl und zu wenig Kohle besitzt.

Nach 1944 wurden auf Anregung der demokratischen Regierungsmitglieder großzügige Arbeiten in Angriff genommen, um diese Naturreichtümer zu erschließen. Eine bedeutende Kürzung der Kredite (bis zum 25. Februar v. J. um 3 Milliarden Frank) und eine ebenso erhebliche Kürzung der Baumateriallieferungen (69 000 Tonnen Stahl statt der versprochenen 107 000 Tonnen) führte jedoch dazu, daß auf diese Projekte Verzicht geleistet werden mußte. Die Folge war, daß im ersten Halbjahr v. J. das Programm für die

Kraftstromerzeugung zum erstenmal seit der Befreiung Frankreichs nicht erfüllt wurde.

Das erklärt sich höchst einfach. Den Bedingungen des Marshallplans zufolge sollen in den marshallisierten Ländern 7 Kraftwerke gebaut werden: in Italien 5, in Österreich 1 und in Triest ebenfalls 1. Um die Konkurrenz auszuschalten, hat man Frankreich nahegelegt, die projektierte Verwertung der Wasserkraftquellen des Landes aufzugeben. Auf Befehl Amerikas haben die Pariser Machthaber die Interessen der französischen Volkswirtschaft dem Westblock zum Opfer gebracht. Das Außenministerium hat sogar einen Geheimvertrag abgeschlossen, dem gemäß das Kraftwerk in Mont-Cenis Italien übergeben werden soll.

Da die hier untersuchten Industriezweige entweder in der Vorkriegszeit die am stärksten prosperierenden Frankreichs waren (wie der Kraftwagenbau und die Filmindustrie), oder für die Wiederherstellung des Landes sowie für die Gewährleistung seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit eine außerordentliche Rolle spielen (wie die Bauindustrie, der Flugzeug- und Schiffbau, die Elektroindustrie), so drängt sich einem von selbst die Schlußfolgerung auf, daß die amerikanische „Hilfe“ den wichtigsten Zweigen der französischen Industrie im verflissenen Jahr schwere Schläge versetzt hat.

3. Der Monnetplan, ein Opfer des Marshallplans

Am 23. November 1946 wurde nach sorgfältiger vorheriger Prüfung, an der Vertreter der Allgemeinen Arbeitskonföderation und des Wirtschaftsministeriums sowie Leiter von Industriebetrieben teilnahmen, ein „Plan zur Modernisierung und Ausrüstung“ der französischen Volkswirtschaft angenommen, mit dessen endgültiger Ausarbeitung Jean Monnet beauftragt wurde.

Die Arbeiterorganisationen wie überhaupt alle demokratischen Organisationen übten damals noch einen Einfluß auf die Tätigkeit der französischen Regierung aus. Nachdem sie entsprechende Vorbehalte hinsichtlich der Möglichkeit einer Planung bei kapitalistischer Wirtschaftsführung vorgebracht hatten, versicherten sie den Urhebern des Plans, sie würden diesen unterstützen, da er das Ziel verfolge, durch Entwicklung der grundlegenden Industriezweige „den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben“ und die „Unabhängigkeit des Landes“ sicherzustellen. Dieser Plan hätte zu einem Programm für die Wiederherstellung der Volkswirtschaft werden können.

Da sich der Monnetplan nur auf diejenigen Hilfsquellen stützte, über die Frankreich 1946 verfügte, wäre natürlich anzunehmen gewesen, daß

die amerikanische „Hilfe“ durch Erweiterung dieser Hilfsquellen die Verwirklichung des beschlossenen Plans beschleunigen werde.

Wenden wir uns den veröffentlichten Ziffern über die Erfüllung des Monnetplans im ersten Halbjahr v. J. zu (d. h. zu einer Zeit, als die Streikbewegung noch nicht sehr akut geworden war). Statt 29,5 Millionen Tonnen Kohle wurden nur 25,8 Millionen Tonnen gefördert; statt 15 Milliarden Kilowattstunden Kraftstrom wurden nur 13,9 Milliarden erzeugt. Während des ganzen Jahres 1948 wurden statt 9 Millionen Tonnen Stahl nur 7 Millionen Tonnen gegossen, statt 22 000 Traktoren nur 10 000 hergestellt usw. Es ist also klar, daß der Marshallplan keineswegs zur Durchführung des Monnetplans beigetragen hat, im Gegenteil, er hat sie nur behindert.

Gleichzeitig sei noch auf eine andere Erscheinung hingewiesen. Seit dem Auftauchen des Marshallplans haben die Kreise, die mit der „amerikanischen Partei“ verbunden sind, begonnen, das Wiederherstellungsprogramm für die Volkswirtschaft Frankreichs demonstrativ zu kritisieren. Schon im Sommer 1947 flüsterte ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums den Journalisten ein, Monnet sei „über das Ziel hinausgeschossen“, sein Plan sei ein „mißglücktes Unternehmen“, und man solle „ihn möglichst selten erwähnen“. ... Es stellte sich klar heraus, daß der erste konkrete Zweck der amerikanischen „Hilfe“ der war, den „Plan zur Modernisierung und Ausrüstung“ der Volkswirtschaft Frankreichs zu Grabe zu tragen.

Jetzt ist in dieser Richtung ein entscheidender Schritt unternommen worden. Am 6. Dezember v. J. bezeichnete die offizielle Agentur France Presse den Monnetplan als ein „gigantisches Projekt, das unseren Möglichkeiten nicht entspricht“. Am folgenden Tage meldete das de-Gaulle-Blatt „Ce Matin-Le Pays“, die Regierung Queuille habe die Absicht, bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs die Kredite für die Durchführung dieses Plans zu kürzen. Darauf meldete die France Presse, eine Kürzung um etwa 60 Milliarden Frank komme in Frage.

Somit hat die Pariser Regierung den Plan anfangs angenommen, ihn dann durchfallen lassen und jetzt beschlossen, auf ein Programm für die wirtschaftliche Wiederherstellung des Landes faktisch zu verzichten, da es mit der Lage unvereinbar wäre, zu der der Marshallplan Frankreich verurteilt.

Monnet, der am 14. Dezember seinen offiziellen Rechenschaftsbericht für 1948 veröffentlichte, schloß ihn mit folgenden melancholischen Worten:

„Die durch den Marshallplan geschaffene Situation ist künstlich und kann nicht andauern, ohne gefährlich

zu werden. Wenn die USA-Hilfe aufhört — und sie wird unweigerlich ein Ende haben —, dann wird unser Lebensstandard zusammenkrachen, mit allen Folgen, die sich daraus ergeben.“

4. Was Frankreichs Handelsbilanz ergibt

Georges Soria, ein demokratischer Journalist, veröffentlichte im Sommer v. J. ein Buch, das den Propagandisten des Marshallplans sehr gegen den Strich ging. Es heißt: „Wird Frankreich amerikanische Kolonie?“

Eine Analyse der französischen Handelsbilanz kann diese Fragestellung sehr wohl rechtfertigen. In den ersten drei Vierteln des Jahres 1947 wies diese Bilanz ein Defizit von 97 Milliarden Frank auf. Im gleichen Zeitraum des Jahres 1948 erhöhte sich das Defizit auf 151,5 Milliarden, und zwar mit ansteigender Tendenz. Es betrug im ersten Quartal 43 Milliarden, im zweiten 53 Milliarden und im dritten 55,5 Milliarden. Frankreich erhält aus dem Ausland bedeutend mehr, als es dort hin verkauft.

Wie eine eingehende Untersuchung dieser Ziffern unweigerlich ergibt, ist dieses Defizit darauf zurückzuführen, daß Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA geraten ist. Tatsächlich rühren 33 Prozent seines Imports aus diesem Lande her, das seinerseits nur 6 Prozent des französischen Exports aufnimmt. Diese Abhängigkeit wird seit dem Auftauchen des Marshallplans immer größer. In den ersten 9 Monaten des Jahres 1947 betrug das Defizit Frankreichs im „Warenaustausch“ mit Amerika 41,9 Milliarden Frank, in den gleichen Monaten des Jahres 1948 aber 43,5 Milliarden, d. h. es ist von 83 auf 87 Prozent gestiegen.

Sieht man sich an, was für Waren eingeführt werden, so kommt man zu einem weiteren Schluß. Frankreich erhält in der Hauptsache solche Waren, die nicht zur Entwicklung einer unabhängigen Wirtschaft beitragen können. Wertmäßig führt Frankreich auf Grund des Marshallplans doppelt soviel Tabak, Nylonstrümpfe und Kaugummi wie Grubenausrüstungen ein, um 2,5mal mehr Dörrobst als Kautschuk, um 5mal mehr Käse und Trockenmilch als Ausrüstungsgegenstände für Stahlgießereien. Die USA liefern Frankreich nur 2 Prozent der erforderlichen Fabrikausrüstungen. Zudem rührt ein großer Teil der eingeführten Werkbänke, wie sich herausstellt, aus unabhängig vom „Europäischen Wiederaufbauprogramm“ getätigten Privatbestellungen her.

Zu gleicher Zeit geht die Einfuhr von Rohstoffen für die französische Industrie unaufhörlich zurück. Der monatliche Durchschnittsimport an Kohle sank von 1 205 000 Tonnen im Jahre 1947 auf 1 148 000 Tonnen im Jahre 1948. An Blei

wurden 4600 Tonnen in den ersten fünf Monaten 1947 eingeführt, 1948 aber nur 3870 Tonnen. Im gleichen Zeitraum ist die Zinkeinfuhr um mehr als 50 Prozent zurückgegangen. Die französischen Textilbetriebe brauchen 22 000 Tonnen Baumwolle, erhalten aber nur 10 000. Im Januar v. J. wurden 24 Tonnen Rohseide eingeführt, im April aber nur 3 Tonnen, im Mai überhaupt nichts; usw. usf.

Dennoch exportiert Frankreich. Es produziert folglich in der Hauptsache Rohstoffe und Halbfabrikate. Hiermit erklärt sich auch der optimistische Ton der „offiziellen Angaben“. Die Bauxitauseite ist tatsächlich im ersten Halbjahr 1948 um 35 Prozent gestiegen, die Bauxitausefuhr um 76 Prozent; die Stahlerzeugung stieg um 20 Prozent, die Stahlausfuhr um 100; die Zementfabrikation stieg um 45 Prozent, und ebenso stieg auch die Zementausfuhr. Die Erzeugnisse, die Frankreich herstellt und exportiert, sind für die amerikanische Metropole „strategisch wichtige Rohstoffe“. Eine derartige Produktion und ein solcher Export tragen kolonialen Charakter.

Das ist es, warum die verarbeitende Industrie Frankreichs, ungeachtet dieser offiziell verkündeten „Erfolge“, im großen und ganzen in Verfall gerät. Wir haben weiter oben Ziffern und Tatsachen angeführt, aus denen die Zerstörung der lebenswichtigen Zweige der verarbeitenden Industrie ersichtlich wird. Man muß jedoch im Auge behalten, daß nicht nur diese Industriezweige betroffen sind. Es handelt sich um eine derart generelle Erscheinung, daß selbst die Herstellung von Luxusartikeln in Mitleidenschaft gezogen ist. Der Export Pariser Parfümeriewaren ist im Laufe des Jahres 1948 um 33 Prozent gesunken, der Handschuhexport um 50 Prozent, und ebenso der Export an teuren Damenkleidern.

Es sei gestattet zu fragen, ob Frankreich denn außer in Amerika keine Absatzmärkte finden kann. Selbstverständlich kann es das. Es hat solche Absatzmärkte gesucht, z. B. in England, wo seine Handelsbilanz bisher aktiv war und sich im verflossenen Jahr günstig entwickelte. Das erwies sich aber als unzureichend. Aus dem „auf vier Jahre berechneten englischen Plan“ konnte Frankreich zudem klar entnehmen, daß es in Zukunft auch auf den britischen Markt zu verzichten haben wird.

Alle französischen Volkswirtschaftler, selbst solche reaktionärer Richtung, sind sich darüber einig, daß Frankreich seine verarbeitende Industrie nur dann entwickeln kann, wenn es Handelsbeziehungen zu den Ländern Osteuropas anbahnt. Das aber wird ihm durch die Bedingungen, die an die amerikanische „Hilfe“ geknüpft werden, kategorisch verboten.

5. Die französische Volkswirtschaft im Dienst der strategischen Pläne der USA

Eine Besonderheit der abhängigen Lage, in die Frankreich geraten ist, ist die Unterordnung seiner Wirtschaft unter die strategischen Pläne der USA.

Das erste kennzeichnende Beispiel hierfür ist die Agrarpolitik der französischen Regierung. Im Januar v. J. verpflichtete sie sich gemäß Washingtoner Abkommen, im Laufe von 5 Jahren 10 Millionen Doppelzentner Getreide einzuführen, obwohl die französische Landwirtschaft die Landesbevölkerung vollauf zu ernähren imstande ist. Der sozialistische Minister André Philip brachte bewußt die Interessen der französischen Landwirtschaft den transatlantischen Exporteuren zum Opfer und ging so weit, vorzuschlagen, man solle „vom Getreideanbau abraten“. Dann vollführten die Machthaber in Paris plötzlich eine Kehrtwendung. Ende Juli verkündete Reynaud, die Landwirtschaft sei „die erste Industrie Frankreichs“. Am 10. Oktober stellte dann Landwirtschaftsminister Pflimlin die neue Parole auf, die Getreideerzeugung sei bis 1952 auf 100 Millionen Doppelzentner zu steigern.

Was war geschehen? Die Ursache war, daß Washington seine ursprünglichen Pläne geändert hatte. Tatsächlich hieß es in einem Bericht des Staatsdepartements an den Senat:

„In Zukunft könnten die Franzosen dahin gebracht werden, die Erzeugung von Getreide aufzugeben... Aber dieser Augenblick ist noch nicht gekommen... Gegenwärtig muß sich Frankreich in der Hauptsache mit dem Anbau von Brotgetreide befassen.“

Die amerikanischen Drahtzieher, die anfangs beschlossen hatten, die französische Landwirtschaft zu drosseln, hatten es sich anders überlegt und fanden es zweckmäßiger, ihr eine gewisse Galgenfrist zu gewähren. Anstoß zu dieser krasen Wendung waren strategische Erwägungen. „L'Aube“, das Blatt des Pariser Außenministeriums, gab dies am 16. Juli v. J. zu verstehen, als es die Annahme äußerte, Frankreich könne „den Getreidemangel Deutschlands teilweise decken“. Reynaud aber erklärte ausdrücklich, Frankreich habe „20 Millionen Westdeutsche zu ernähren“. Das Sprachrohr der Trüste, die „Production Française“, schreibt unter Erwähnung des zweiten Weltkriegs: „Frankreich könnte berufen sein, die Rolle Ungarns und Rumaniens zu spielen.“

Also wird im Interesse der USA-Pläne wieder die Parole ausgegeben: „Frankreich — ein Agrarland“, eine Parole, die Pétain, durch Hitler angeeifert, aufgestellt hat.

Die Frage des Ruhrgebiets illustriert diese Politik noch deutlicher: bekanntlich braucht das französische Hüftienwesen unbedingt Ruhrkohle, um

das Eisenerz, das die Gruben Lothringens im Überfluß liefern, verarbeiten zu können. Bis 1939 führte Frankreich durchschnittlich 10 Millionen Tonnen dieser Kohle im Jahr ein. Seit der Befreiung des Landes importiert es kaum 3 Millionen Tonnen. Das berühmte Gesetz Nr. 75 und die Londoner Beschlüsse vom Dezember sprechen unverblümt dafür, daß diese Ziffer noch weiter sinken wird. Dies als direkte Folge davon, daß die Pariser Machthaber als Gegendienst für die amerikanische „Hilfe“ auf die Reparationsleistungen verzichtet haben, was wiederum eine der charakteristischen Besonderheiten der USA-Politik ausmacht, die auf Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials abzielt.

Vor ganz kurzer Zeit stellte es sich heraus, daß die Washingtoner Kriegsbrandstifter außer der Kolonisierung des Ruhrgebiets noch die Aneignung der französischen Erzgruben, namentlich derjenigen in Lothringen, planen.

Vom Standpunkt der strategischen Pläne des USA-Imperialismus soll das französische Eisenerz das Kriegarsenal eines aggressiven Deutschlands ganz ebenso speisen, wie das französische Getreide die deutschen Landsknechte ernähren soll.

Anfang Dezember v. J. konnte man im Organ der Pariser Finanzkreise, „Le Monde“, folgendes lesen:

„Es wird kein Europa ohne französisch-deutsche Allianz geben. Wer sagt, diese Allianz sei eine Unmöglichkeit, der sagt, Europas Existenz sei unmöglich.“

Ein derartiges Zitat könnte „L'Oeuvre“ für 1941 oder „La Gerbe“ für 1944 entnommen sein.

Im Endeffekt führt die Marshallisierung Frankreichs zu einer Wiederauferstehung des Kollaborationismus in dem Sinne, wie ihn dieses Wort zur Zeit der Okkupation erhalten hat: Unterordnung Frankreichs unter die Kriegsziele eines aggressiven Reichs.

6. Herren und Knechte

Ich hatte Gelegenheit, zu hören, wie progressiv eingestellte Auslandskorrespondenten, die sich aber noch im Bann der veralteten Auffassung des Kapitalismus befanden, verwundert ausriefen: Ja, gibt es denn in der Umgebung der Pariser Machthaber keine tüchtigen Leute, die sie daran hindern könnten, eine Politik zu betreiben, die zum Verfall der französischen Volkswirtschaft führt?

Die Antwort auf diese Frage ist sehr einfach. Als im Juli v. J. René Mayer, der als Chef des Bankhauses Rothschild allgemein bekannt ist, das Portefeuille des Finanzministers gegen das des Kriegsministers vertauschte, wurde ein gewisser Maurice Petsche anfangs zu seinem Stellvertreter und später zum Wirtschaftsminister ernannt. Er

ist ein Agent derselben Bank. Da also die französischen Truste die wichtigsten Posten in der Regierung fest in ihren Händen halten, haben sie nichts gegen deren Politik einzuwenden.

Man kann aber auch ein anderes Beispiel anführen. Außenminister Robert Schuman ist mit dem Hüttenmagnaten de Wendel liiert. Diese Beziehung hat keineswegs daran gehindert, daß schließlich das Gesetz Nr. 75 und die Londoner Ruhrbeschlüsse gebilligt wurden, die eine riesige Gefahr für das französische Hüttenwesen bedeuten...

Es liegt keine Notwendigkeit vor, diese Beispiele durch weitere zu vervollständigen. Die Marshallisierung Frankreichs bringt seine Volkswirtschaft in Verfall. Die französischen Monopoltruste erhalten aber auf Kosten der Preissteigerung für Industriewaren und der Ausbeutung der Werk tätigen hohe Profite, sie bereichern sich durch Börsenspekulationen usw. Die Kapitalanlagen in Frankreich werfen jetzt beispiellose Gewinne — bis zu 30 Prozent — ab. Die Gewinne der Truste sind in zehn Jahren von 112 Milliarden auf 3 Billionen Frank, d. h. um das 28fache, gestiegen.

Es ist also nicht anzunehmen, daß die Truste die Marshallisierung Frankreichs verhindern werden.

Am 7. Dezember veranstalteten die großen Wollfabrikanten von Lille ein prunkvolles Festessen zu Ehren von David Bruce, dem Leiter der Mission für die Durchführung des Marshallplans. Wahrscheinlich haben sie durch diese Aufmerksamkeit großzügigere Rohstofflieferungen zu erreichen gehofft. Alles, was sie „erreicht“ haben, war aber eine Rede von Bruce, die selbst vom Standpunkt der kolonialen „Diplomatie“ ein recht rares Exemplar an Unverschämtheit darstellt. Ihr Kern liegt in folgenden Worten:

„Der Beitrag Frankreichs zur Wiederherstellung Westeuropas ist nicht ganz zufriedenstellend. Ihre Regierung und Ihr Parlament sind dabei, zu erörtern, wie man einen Staatshaushalt aufbauen könnte, der Frankreich in den Stand versetzt, seinen Verpflichtungen gegenüber Amerika nachzukommen. Wir verfolgen das alles mit großer Aufmerksamkeit. Der USA-Kongreß wird in einigen Wochen zusammentreten. Er wird, je nachdem, wie dieser Staatshaushalt ausfällt, die Frage prüfen, ob der amerikanische Steuerzahler sein Geld auch weiter dafür hergeben soll, Frankreichs Wiederherstellung zu ermöglichen.“

Die Proteste, die am nächsten Tag in „L'Aube“ und im „Figaro“ laut wurden — „Mr. Bruce mischt sich in Dinge, die ihn nichts angehen“... „Forderungen schokierendster Art!“... —, könnten einen auf den Gedanken bringen, daß die Herren diesmal zu weit gegangen sind und daß die Knechte meutern. Nichts dergleichen! Herr Queuille hat die Hinweise des Abgesandten in

Sachen der amerikanischen „Hilfe“ auf das gründlichste berücksichtigt. Gehorsam arbeitete er einen Staatshaushalt aus, in dem die mehr oder minder getarnten Ausgaben für militärische Zwecke die Ausgaben für die Wiederherstellung, die Volksbildung und die geplante wirtschaftliche Erneuerung übersteigen...

Nein, weder von den Truisten noch von den jetzigen Regierungskreisen kann Frankreich erwarten, daß sie ein Fünkchen nationaler Selbstbesinnung zeigen werden.

Die breiten Massen der Bevölkerung fordern, daß der selbstmörderischen Marshallisierungspolitik ein Ende gemacht wird.

Benoit Frachon erklärte auf dem Kongreß der Allgemeinen Arbeitskonföderation:

„Man muß Frankreich von der Marshallpolitik befreien, die es den Abhang der wirtschaftlichen Entartung hinabzertrt... und darauf abzielt, unser Land zu einem Vorposten der USA-Imperialisten im Dienste ihrer Kriegsziele zu machen.“

Zweifellos hat er damit die Meinung aller mit gesundem Menschenverstand begabter Franzosen zum Ausdruck gebracht.

Paris, im Januar 1949

Zu den Ereignissen in China

J. VIKTOROW

DIE AUFMERKSAMKEIT der ganzen Welt wird jetzt von den Ereignissen in China gefesselt. Die großen Siege, die die Truppen der Volksbefreiungsarmee davontrugen, haben die Lage in diesem Lande von Grund auf verändert.

Erst vor kurzem erschien eine Meldung über die Einnahme von Tientsin, darauf erfolgte die Befreiung Peipings, und jetzt entspinnen sich Kämpfe in dem außerordentlich wichtigen Raum Nanking—Schanghai; Truppenteile der Volksbefreiungsarmee haben das Vorgelände Nankings erreicht, durch das die Kuomintangtruppen in regellosen Haufen fliehen. Die Volksbefreiungsarmee hat Tschuhsien, Jantschu, Taitschou und Taihing besetzt. Die Gesamtlage ist jetzt folgende: umfaßten die befreiten Gebiete am 1. August v. J. rund 2,5 Millionen qkm mit 168 Millionen Einwohnern, so sind jetzt bereits mehr als 3 Millionen qkm chinesischen Territoriums mit über 250 Millionen Einwohnern befreit.

Die gewaltige, wahrhaft epochemachende Bedeutung der Siege, die die Befreiungsbewegung des chinesischen Volkes unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas davongetragen hat, tritt besonders deutlich zutage, wenn man sich der verhältnismäßig unfernen Vergangenheit zuwendet und sich den heroischen Weg vergegenwärtigt, den die nationale Befreiungsbewegung in so kurzer Zeitspanne zurückgelegt hat. In allen Phasen ihrer Entwicklung erwies sich die Kommunistische Partei Chinas als unerschrockene, unerschütterliche Kämpferin für die Sache

der Arbeiterklasse, für die Sache der werktätigen Bauernschaft, sie erwies sich als mächtiger patriotischer Kraftfaktor im Kampf für die nationale Souveränität und für die Unabhängigkeit ihres Volkes, ihres Landes.

Unter Leitung der Kommunistischen Partei führten die demokratischen Kräfte schon 1931, nach dem bekannten „Mukdener Zwischenfall“, Krieg gegen den japanischen Imperialismus, während die Kuomintangreaktion eine Einigung mit ihm auf dem Wege der berüchtigten „Befriedung“ suchte. Schon damals wurde in den befreiten demokratischen Gebieten der Grundstein zum künftigen volksdemokratischen China gelegt: der Achtstundentag wurde eingeführt, das Volkssystem reorganisiert, Gutsbesitzerland eingezogen, eine Agrarreform durchgeführt und die Abgaben, die die Militaristen zu erheben pflegten, wurden abgeschafft.

Die Kuomintangreaktion ließ, nachdem sie 1933 mit den Japanern den berüchtigten „Waffenstillstand von Tangku“ abgeschlossen hatte, ihre Kräfte gegen die befreiten Gebiete los, sie veranstaltete gegen die nationale Befreiungsbewegung und ihre ruhmreiche, heldenhafte Armee einen Feldzug nach dem andern. Aber alle diese Feldzüge scheiterten, da auf der Seite der nationalen Befreiungsbewegung die chinesische Arbeiterklasse, die breiten Schichten der werktätigen Bauernschaft, kurz, das chinesische Volk stand. Die Volksbefreiungsarmee erstarkte in ununterbrochenen Kämpfen, sie erntete unsterbliche

Ruhm durch ihren heroischen 13 000-km-Vor-marsch nach dem Nordwesten des Landes.

Die Volksbefreiungsbewegung Chinas wuchs an. Als die japanischen Aggressoren ihre Schläge gegen China führten, stand in den ersten Reihen der Widerstandsbewegung, an der Spitze der nationalen Befreiungsbewegung die Kommunistische Partei Chinas, die die Parole einer einheitlichen Nationalfront zum Kampf gegen die japanische Aggression aufstellte. Diese Front wurde später von den reaktionären Kuomintangkreisen gesprengt.

Mit welchen Plänen sich die reaktionäre Kuomintangclique trug, wurde restlos klar, als die Kuomintangregierung 1946 mit Hilfe der amerikanischen Imperialisten das Waffenstillstandsabkommen brach, gegen die Resolution des Politischen Konsultativrats verstieß und den Bürgerkrieg im Lande entfesselte. Die Praxis hat jedoch bewiesen, daß das Volk für die nationale Befreiungsbewegung einsteht und daß die reaktionäre Kuomintang nicht im Volke wurzelt.

Zum Angriff gegen die befreiten demokratischen Gebiete wurde eine 4-Millionen-Armee in Einsatz gebracht, die ausgiebig mit amerikanischer Rüstung versehen war, und der amerikanischen Militärberater angehörten. Die Volksbefreiungsarmee zählte damals 1 200 000 Mann und war selbstverständlich bedeutend schlechter bewaffnet als die Kuomintangarmee.

Nicht nur die Kuomintangreaktion träumte von einer Zerschmetterung der nationalen Befreiungsbewegung, von einer Unterdrückung der Demokratie in China. Auch die amerikanischen Inspiratoren der Kuomintang hatten für das demokratische China nichts übrig. Die USA-Monopolherren sahen in China ein ausgedehntes Gebiet, das man mit Kolonialmethoden ausbeuten und aus dem man reichen Gewinn ziehen könnte, die „Goldbetrefften“ aber sahen in diesem Land ein künftiges strategisches Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion. Schon wurde China zu dem geplanten „ostasiatischen Block“ gezählt, der in das System militärischer und politischer Aggressionsblocks eingegliedert werden sollte, mit dessen Bildung der USA-Imperialismus beschäftigt ist.

Die USA-Presse lobte die Kuomintangtruppen in den höchsten Tönen, als es ihnen in der ersten Zeit gelang, ein ziemlich bedeutendes Territorium in den demokratischen Gebieten zu besetzen und einige wichtige Städte wie Jenngan, Kalgan, Huaijin, Taming, Linji, Tschifu, Tschengte, Szepingkai, Tschangtschun, Kirin u. a. einzunehmen. Kuomintangchina bekam immer mehr amerikanische Panzer, Flugzeuge, Maschinen-

gewehre und Gewehre. Ein Strom von Dollars ergoß sich in die Kassen der Kuomintang. Die Gesamtsumme dieser Art amerikanischer „Kapitalanlagen“ wird in der Presse mit etwa 6 Milliarden Dollar angegeben.

Die Offensive der Kuomintangtruppen brachte alle Schrecken des reaktionären Terrors über die Bevölkerung: Unterdrückung der demokratischen Freiheiten, grausame Repressalien gegen alle, die gegen den mörderischen Bruderkrieg und gegen die amerikanische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas protestierten; sie brachte Elend und Hunger, untragbare Steuerlasten, Unterdrückung durch Gutsbesitzer und Wucherer, Ausplünderung durch Vertreter des bürokratischen Kapitals, die einen bedeutenden Teil der Landesreichtümer in ihren Händen konzentrierten.

Aber weder das bedeutende Übergewicht der Kuomintang in bezug auf zahlenmäßige Stärke und Bewaffnung ihrer Armeen, noch die USA-Hilfe an die Reaktion konnten die kampferprobten Truppen der Volksbefreiungsarmeen aufhalten, sie konnten dem Aufschwung, den die von der Kommunistischen Partei geführte nationale Befreiungsbewegung nahm, nicht Einhalt gebieten. Gestützt auf den Beistand der breitesten Volksmassen, konnten die Volksbefreiungstruppen nicht nur die Offensive der Kuomintangarmeen zurückschlagen, sondern sogar selbst zum Gegenangriff übergehen, der sich später zu einer gewaltigen Offensive an allen Fronten entwickelte.

Die Volksbefreiungsarmee befreite die gesamte Mandschurei und fast ganz Nordchina, sie erreichte in breiter Front den Jangtsekiang und bedrohte Nanking. Je mehr sich die Offensive entfaltete, je mehr die Streitkräfte der nationalen Befreiungsbewegung wuchsen und an militärischer Stärke zunahmen, desto mehr griffen Zerfall und Zersetzung im Lager der Reaktion, unter den Kuomintangtruppen um sich. Im Januar d. J. konnte Maotsetung in einer Erklärung zur derzeitigen Lage feststellen, daß die Volksbefreiungsarmee einen gewaltigen Teil chinesischen Territoriums vom Feinde gesäubert hat.

Die Siege der Volksbefreiungsarmee riefen in den weitesten Schichten des chinesischen Volkes große Begeisterung hervor. Die Stimmungen breiter demokratischer Kreise Chinas wurden von 55 Vertretern der demokratischen Parteien Chinas, die in den befreiten Gebieten anlangten, in einer Erklärung zum Ausdruck gebracht. Die Erklärung lautet:

„Wir erinnern uns an den Aufruf, den das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei

Chinas am 1. Mai v. J. an das ganze Land richtete und in dem es vorschlug, einen neuen Politischen Konsultativrat einzuberufen, dem alle demokratischen Parteien und Gruppen, Volksorganisationen und demokratisch gesinnten Persönlichkeiten angehören sollen, um den Sturz des verräterischen diktatorischen Nankingregimes zu beschleunigen und eine volksdemokratische Koalitionsregierung zu schaffen.

Wir sind einmütig der entschiedenen Ansicht, daß ein derartiger Aufruf zur Regelung der Landesfragen in vollem Einklang mit den Forderungen der Volksmassen des ganzen Landes steht.

Wir haben als erste erklärt, daß wir diesen Aufruf unterstützen, und sind dann in die befreiten Gebiete gekommen. Wir wünschen, vereint unter der Führung der Kommunistischen Partei, im Laufe des Volksbefreiungskrieges unsere bescheidenen Kräfte in den Dienst der gemeinsamen Sache zu stellen, auf daß die volksdemokratische Revolution in China den Sieg erringe und möglichst bald ein neues, unabhängiges, freies, friedliches und glückliches China geschaffen werde."

Die stürmische Entwicklung der Ereignisse an den Fronten stellte die reaktionären Kreise der Kuomintang und ihre amerikanischen Gönner vor ein Dilemma. Sie wußten nicht, wie sie weiter handeln sollten. Es folgte eine ganze Reihe von Manövern, die den Eindruck einer „friedlichen Offensive“ von seiten der Regierungskreise der Kuomintang erwecken sollten.

Bekanntlich reiste Tschiangkaischek per Flugzeug nach Fönghua, seinem Heimatort, und übertrug die Obliegenheiten des Präsidenten dem Vizepräsidenten Litsungschien. Vorläufig ist noch nicht klar, ob die Abreise Tschiangkaischeks seinen Rücktritt bedeutet, oder ob er sich nur zeitweilig „von den Geschäften zurückgezogen“ hat. Jedenfalls legte Litsungschien nach Tschiangkaischeks Abreise eine ungewöhnliche Regsamkeit an den Tag, um Friedensverhandlungen mit der Kommunistischen Partei anzubahnen.

Die Kommunistische Partei Chinas hat sich mit Friedensverhandlungen einverstanden erklärt und dabei folgende Bedingungen als Verhandlungsgrundlage aufgestellt:

1. Bestrafung der Kriegsverbrecher. 2. Aufhebung der fiktiven Verfassung. 3. Abschaffung der von der Kuomintang eingeführten traditionellen Rechtsinstitutionen. 4. Umwandlung aller reaktionären Armeen nach demokratischen Prinzipien. 5. Einziehung des Kapitals der hohen Beamtenschaft. 6. Reform des

- Agrarsystems. 7. Aufhebung der verräterischen Verträge. 8. Unter Ausschluß reaktionärer Elemente Einberufung des Politischen Konsultativrats zwecks Schaffung einer demokratischen Koalitionsregierung, Übernahme der gesamten Macht von der reaktionären Kuomintangregierung in Nanking und von ihren Machtorganen in den verschiedenen Orten.

Litsungschien setzte für die auf Grundlage dieser Bedingungen zu führenden Verhandlungen mit der Kommunistischen Partei Chinas eine Regierungsdelegation ein. Die Kommunistische Partei hat ihrerseits ebenfalls eine Delegation ernannt.

Die Auslandspresse bringt ausführliche Kommentare zu den bevorstehenden Friedensverhandlungen, wobei viele Beobachter die Aufrichtigkeit des Strebens der Kuomintangregierung nach Frieden bezweifeln. Die Presse weist darauf hin, daß Tschiangkaischek vor seinem Abgang Vertrauensleute bestimmt hat, die ein Aufmarschgebiet in den Provinzen Kiangsi, Kwangtung, Tschekiang und Fukien sicherstellen sollen. Außerdem werden gerade in diese Provinzen die sogenannten „persönlichen Truppen“ Tschiangkaischeks entsandt. So meldete Reuter am 26. Januar aus Shanghai, dieser Bezirk werde von Armeen verlassen, die zu den persönlichen Truppen Tschiangkaischeks gehören. Sie hätten sich nach der Provinz Tschekiang aufgemacht, hätten Hangtschou zum vorläufigen Ziel, von wo aus sie in die Provinzen Kiangsi, Kwangtung und Fukien marschieren würden, die bisher von den kommunistischen Armeen noch unberührt seien.

Die Agentur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Abfertigung der persönlichen Truppen Tschiangkaischeks gleich nach dessen Abreise nach Fönghua erfolgt ist. Die Agentur France Presse meldet ihrerseits aus Hongkong, in dortigen politischen Kreisen sei man folgender Meinung:

„Die Abberufung großer nationalistischer Streitkräfte aus dem Raum Nanking wird hier nicht als Friedensgeste, sondern als ein letzter Versuch der Regierung angesehen, sich irgendwo in Süchina eine Bastion für den Widerstand zu schaffen.“

Die wahren Absichten der chinesischen Reaktion wurden von dem amerikanischen Beobachter Baldwin enthüllt, der gegen jeden Versuch zur Einstellung des Bürgerkriegs in China entschieden Front machte und erklärte, Süchina müsse Aufmarschgebiet „zum Kampf gegen den Kommunismus“ bleiben.

David Barr, amerikanischer Berater für militärische Fragen in Nanking, hob in einer Unterredung mit Litsungschien vor seiner Abreise nach

Tokio recht vielsagend hervor, für die Kuomintang sei es bei den Verhandlungen die Hauptsache, die Seehäfen Südchinas zu behaupten und die Offensive der Volksbefreiungsarmee mit Hilfe der Friedensverhandlungen zum Stillstand zu bringen.

Plant man aber, die Überreste der Kuomintang-armeen nach dem Süden des Landes zu verlegen und sie dort zu erhalten, um sie für spätere Versuche eines Kampfes gegen das demokratische China neu zu bewaffnen, so sind derartige Pläne zweifellos als abenteuerlich zu bezeichnen.

Zwei Eingaben eines Bewohners von Tanganjika

W. W.

AM 24. JANUAR d. J. wurde in Neuyork die vierte Tagung des Vormundschaftsrats eröffnet. Die bekanntgegebene Tagesordnung enthält unter Punkt 2 und 4 folgende Fragen: Behandlung von 27 Eingaben, die aus den unter Vormundschaft stehenden Gebieten Kamerun, Togo (unter englischer und französischer Verwaltung), Ruanda Urundi (unter belgischer Verwaltung) und Tanganjika (unter englischer Verwaltung) beim Sekretariat eingegangen sind; Erörterung der Berichte der UNO-Mission, die die Lage in den unter Vormundschaft stehenden Gebieten Tanganjika und Ruanda Urundi untersucht hat.

Es sei bemerkt, daß der britische Vertreter im Vormundschaftsrat bereits Zeit zu einer fieberhaften Tätigkeit gefunden hat, um gewisse Fragen, namentlich den Bericht über die Lage in Tanganjika, von der Tagesordnung zu entfernen. Man muß schon sagen, der Fürsprecher der britischen Kolonisatoren hat sehr „gewichtige“ Gründe, einer öffentlichen Erörterung der Lage in Tanganjika aus dem Wege zu gehen.

Schon auf der vorigen Tagung des Vormundschaftsrats wurde enthüllt, daß die englischen Behörden keineswegs zu einer fortschrittlichen Entwicklung ihrer Vormundschaftsterritorien beitragen. Im Gegenteil, sie treffen Maßnahmen, um diese Territorien zu ihren Kolonien und zu strategischen Stützpunkten für aggressive Zwecke zu machen. Hiervon zeugt unwiderlegbar die Tätigkeit der britischen Behörden z. B. in Tanganjika.

Die Lage in Tanganjika veranlaßte den dort ständig ansässig gewesenen Engländer Arthur James Siggins, sich mit folgender Eingabe an den Generalsekretär der UNO zu wenden:

„Sir,

In der 'Sunday Empire News', die in London erscheint, wird in der Nummer vom vorigen Sonntag, dem 15. August, darauf hingewiesen, daß die britische Regierung das unter ihrer Vormundschaft stehende Territorium Tanganjika befestigt.

Ich habe ständig in Tanganjika gelebt und dort geheiratet, meine beiden Söhne sind dort geboren. Daher nehme ich das Recht für mich in Anspruch, ein Verbot der Aktionen der britischen Regierung zu verlangen, die die harmlosen Eingeborenen Tanganjikas zwingt, an Kriegsvorbereitungen teilzunehmen, was alle Schrecken eines Krieges und seine Folgen über sie heraufbeschwört.

Ich erkläre, daß die Umwandlung des Territoriums Tanganjika in einen befestigten Stützpunkt den im Mandat Großbritanniens gestellten Bedingungen widerspricht, und daß der Vormundschaftsrat sowie der Sicherheitsrat sofort einschreiten müßten.

Ich erkläre außerdem, daß Kriegsvorbereitung ein Verbrechen gegen den Frieden ist, und daß der Internationale Gerichtshof hiervon in Kenntnis gesetzt werden müßte.

Ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist es auch, wenn man die harmlosen Eingeborenen eines Vormundschaftsterritoriums zwingt, an Kriegsvorbereitungen teilzunehmen, wodurch man sie der Gefahr von Kriegshandlungen aussetzt.

Mit aufrichtiger Hochachtung

Ihr Arthur James Siggins.“

Es kann nicht verschwiegen werden, wie der Generalsekretär der UNO auf das Schreiben von A. J. Siggins reagiert hat. In seinem Auftrag richtete Ralph J. Bunche, der Direktor der Abteilung für Vormundschaft und Informationen aus Territorien, die sich nicht selbst verwalten, an Siggins ein Schreiben, worin ein Auszug aus Artikel 5, Paragraph c des Vormundschaftsabkommens für Tanganjika angeführt und auf das „Recht“ der verwaltenden Macht (in diesem Fall Großbritanniens) hingewiesen wird, in Tanganjika zu Zwecken der „Verteidigung“ alle möglichen militärischen Maßnahmen zu treffen. Bunche fragte dabei an, ob Siggins noch immer daran gelegen sei, das Augenmerk des Vormundschaftsrats auf die von ihm mitgeteilten Tatsachen zu lenken.

A. J. Siggins beantwortete das Schreiben Bunches mit einer zweiten Eingabe, die folgendermaßen lautet:

„Ich nehme Ihr Zitat aus dem Vormundschaftsabkommen für Tanganjika, und zwar Artikel 5, Paragraph c, zur Kenntnis.

Dieser Artikel stützt meinen Protest gegen die jetzt vor sich gehende militärische Befestigung Tanganjikas und gegen die publizierte Absicht der britischen Regierung, eine gewaltige afrikanische Armee aus folgenden Gründen anzuwerben: die Maßnahmen, die die Verwaltungsbehörde ergreifen kann, werden als Maßnahmen zum Schutz Tanganjikas und zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit definiert. Zu diesem Zweck kann die Verwaltungsbehörde freiwillige Truppen in Einsatz bringen, sie kann Dienstleistungen und andere Hilfe Tanganjikas für die Erfüllung der Verpflichtungen in Anspruch nehmen, die sie gegenüber dem Sicherheitsrat übernommen hat, auch für örtliche Verteidigungszwecke sowie für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung innerhalb Tanganjikas.

Ich protestiere dagegen, weil kein einziger von den Eingeborenen ein Freiwilliger ist, weil kein einziger weiß, wofür man ihn zu den Waffen berufen hat... Ich möchte hier die Erklärung abgeben, daß ich langjährige Erfahrung in afrikanischer Kriegführung habe und afrikanische Sprachen gut kenne. Aber obwohl ich Tausende von Eingeborenen in Südafrika, Rhodesia, Portugiesisch-Ostafrika und Tanganjika befragt habe, die viele Jahre in den Streitkräften Großbritannien, Portugals, Belgiens, Frankreichs und Deutschlands in Afrika und Übersee gedient hatten, konnte mir keiner von ihnen sagen, wofür er gekämpft hat oder noch kämpft — tatsächlich haben viele von ihnen zwei oder noch mehr Mächten gedient.

Wir haben den Eingeborenen viel Schlechtes von den Deutschen, Italienern und Japanern und viel Gutes von den Russen erzählt, und jetzt sollen sie angeworben werden, damit sie als Verbündete von Deutschen, Italienern und Japanern gegen die Russen kämpfen.

Ich protestiere dagegen, daß diese unschuldigen, unwissenden Eingeborenen, deren Bildung von ihren europäischen Herren vernachlässigt worden ist, ausgebeutet werden, nicht zur Verteidigung Tanganjikas oder zum Kampf auf Befehl des Sicherheitsrats,

sondern zur Verteidigung der Rassenschranken und des Imperialismus der Weißen.

Außerdem ist die Sowjetunion Mitglied der UNO, und Großbritannien rüstet deshalb zu einem Krieg gegen einen befreundeten Staat und vergiftet das Bewußtsein der Eingeborenen.

Das ist keine rein militärische Frage; es ist eine Frage der Erleichterung der Weltlage. Solange Großbritannien die Lande und die Schaffenskraft der Kolonialvölker zu eigennützigen Zwecken ausbeutet, wird die Erzeugung von Lebensmitteln aufgehalten. Dies ist, so behaupte ich, eine Frage von geistiger und moralischer ebenso wie von physischer Bedeutung für die ganze Welt.

Meine Argumente bedürfen eingehender Erörterung, und ich fordere Sie deshalb auf, Sir, mir zu gestatten, im Vormundschaftsrat, im Sicherheitsrat sowie in der Generalversammlung zu sprechen, damit ich die Beweisgründe für meinen Protest anführen kann. Das, wogegen ich protestiere, ist ein Verbrechen gegen den Frieden und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Mit aufrichtiger Hochachtung
Ihr A. J. Siggins.“

Die Eingaben von A. J. Siggins sind Dokumente, die es verdienen, von der demokratischen Öffentlichkeit beachtet zu werden. Sie legen den wahren Charakter der Politik Englands und anderer Kolonialmächte in Vormundschaftsterritorien bloß. Sie zeugen von dem groben Verstoß dieser Mächte gegen die Satzung der UNO, in deren 76. Artikel von den verwaltenden Mächten Maßnahmen gefordert werden, die eine fortschrittliche Entwicklung der unter ihrer Vormundschaft stehenden Territorien sicherstellen und — was die Hauptsache ist — den Frieden und die Sicherheit gewährleisten.

Internationale Umschau

(Notizen)

HINTER DEN VERSCHLOSSENEN TÜREN DER KONFERENZ IN DELHI

Mitte Januar, einen Monat nach dem verräterischen Überfall der holländischen Truppen auf die Indonesische Republik, wurde in Delhi eine Konferenz von 17 Ländern Asiens und des Nahen Ostens einberufen, und zwar offiziell zu dem Zweck, die Lage in Indonesien zu erörtern. Der Hauptinitiator dieser Konferenz war der indische Ministerpräsident Nehru. Seinen Worten zufolge sollte die Konferenz dem Sicherheitsrat helfen, das

indonesische Problem rasch und friedlich zu regeln.

Die Konferenz dauerte vier Tage. Der indonesischen Frage wurde jedoch nur ein Teil der Sitzungen gewidmet. Die übrigen Sitzungen fanden bei verschlossenen Türen statt und betrafen Probleme, die in keinerlei Beziehung zu Indonesien stehen. Die Resolution zur indonesischen Frage enthält verschwommene, zu nichts verpflichtende Empfehlungen, die außerdem gegenüber dem im Sicherheitsrat eingebrachten amerikanischen Resolutionsentwurf wenig Neues enthalten.

**DEKLARATION
DES MINISTERIUMS FÜR AUSWÄRTIGE
ANGELEGENHEITEN DER UdSSR
ÜBER DEN NORDATLANTIKPAKT**



BEILAGE ZUR „NEUEN ZEIT“

Nr. 6 vom 2. Februar 1949

Deklaration des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR über den Nordatlantikpakt

Am 14. Januar veröffentlichte das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten von Amerika eine ausführliche Deklaration unter dem anspruchsvollen Titel „Building the Peace. Collective Security in the Northern Atlantic“ (Wir bauen den Frieden. Die kollektive Sicherheit im nordatlantischen Raum).

In diesem amtlichen Schriftstück wird der Standpunkt der USA in der Frage des sogenannten „Nordatlantikpakts“ dargelegt, über den die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemeinsam mit Kanada seit dem vorigen Sommer mit den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Hollands und Luxemburgs verhandelt.

Haben im vorigen Jahr die regierenden Kreise der fünf erwähnten westeuropäischen Staaten unter dem Vorwand kollektiver Selbstverteidigung und mit Vorschubleistung der USA eine militärpolitische Union gegründet, so wird in diesem Jahr der weitgehende englisch-amerikanische Plan verwirklicht, mit Beteiligung der gleichen europäischen Länder und Kanadas und unter unmittelbarer Führung der USA eine „Nordatlantische Union“ zu schaffen.

In seiner Rede vom 20. Januar hat Präsident Truman erklärt, dem Senat werde in kurzer Zeit der Entwurf eines Nordatlantikpaktes zugehen, als dessen offizielles Ziel der Wunsch bezeichnet wird, die Sicherheit im Raume des Nordatlantik zu festigen.

DIE WESTLICHE UNION — EIN WERKZEUG DES AGGRESSIVEN BRITISCH-AMERIKANISCHEN BLOCKS IN EUROPA

Im März 1948 unterzeichneten Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg in Brüssel einen Vertrag über gegenseitigen Beistand und kollektive Verteidigung, der den Grund legte für die Schaffung jener unter der Bezeichnung „Westliche Union“ bekannten abgesonderten Gruppierung gewisser westeuropäischer Staaten.

Man beabsichtigt, in die Westliche Union auch einige andere europäische Länder einzubeziehen, die bereit sind, ihre Politik den Zielen und Zwecken der erwähnten, von Großbritannien geführten Gruppierung anzupassen. Gleichzeitig ist bekannt, daß die Gründer der Westlichen Union von allem Anfang an die Möglichkeit einer Beteiligung sämtlicher Länder der Volksdemokratie und der Sowjetunion ausschlossen, womit sie zeigten, daß die Westliche Union nicht zum Zwecke des Zusammenschlusses friedliebender europäischer Länder und überhaupt nicht im Interesse der Sicherung eines festgefügtten Friedens in Europa gegründet worden ist, sondern zu anderen Zwecken, die mit den Interessen der Festigung

des Friedens und der internationalen Sicherheit nichts gemein haben.

Es ist kein Zufall, daß die Staatsmänner der an dieser Gruppierung beteiligten Länder, mit dem britischen Minister Bevin angefangen, zu der offenen Erklärung gezwungen waren, daß die Schaffung der Westlichen Union eine wichtige Änderung in der Politik dieser Länder bedeutet. Dies konnte schon nicht mehr verheimlicht werden, als die hinter den Kulissen betriebene Arbeit an der Vorbereitung dieser Gruppierung abgeschlossen war. Die Schaffung dieser Union bedeutet, wie sich unschwer durchschauen läßt, daß die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der anderen an ihr beteiligten Länder endgültig mit der Politik gebrochen haben, die von den der Antihitlerkoalition angehörenden demokratischen Staaten während des zweiten Weltkrieges durchgeführt wurde. Diese hatten es sich zum Ziel gesetzt, die Kräfte aller friedliebenden Staaten zu vereinigen, um mit der Hitleraggression und mit dem Faschismus Schluß zu machen

und ein Wiederaufleben der aggressiven Kräfte nach Beendigung des Krieges zu verhindern.

Die Schaffung der Westlichen Union bedeutet vor allem eine grundlegende Änderung der Politik Großbritanniens und Frankreichs in der deutschen Frage und demonstriert die Abkehr der Regierungen dieser Länder von jener demokratischen und antiaggressiven Deutschlandpolitik, die von den Mächten der Antihitlerkoalition auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam beschlossen worden war.

Während des zweiten Weltkrieges waren sich die in der Antihitlerkoalition zusammengeschlossenen Verbündeten nicht nur in dem Bestreben einig, den Befreiungskrieg gegen Hitlerdeutschland und den Faschismus siegreich zu beenden. Sie waren sich außerdem einig in dem Bestreben, auch in Zukunft eine deutsche Aggression, die in den letzten Jahrzehnten zwei Weltkriege entfesselt hat, zu verhindern. Eben diese hochsinnigen Bestrebungen haben in den Beschlüssen der Konferenzen von Jalta und Potsdam ihren Ausdruck gefunden.

Ein Ausdruck der gleichen Politik, die es sich zum Ziel steckt, das Wiederaufleben eines aggressiven Deutschlands zu verhindern, sind die zwanzigjährigen Freundschafts- und Beistandsverträge, die die Sowjetunion 1942 mit England und 1944 mit Frankreich geschlossen hat. Es liegt ganz klar auf der Hand, daß die Politik, die in diesen und anderen, ähnlichen Verträgen ihren Ausdruck gefunden hat, nicht nur den Interessen der Länder, die diese Verträge unterzeichnet haben, sondern auch den Interessen aller friedliebenden Völker Europas entspricht.

Die Sowjetunion steht auch jetzt fest auf dem Boden dieser Politik, die restlos den von den Regierungshäuptern der UdSSR, der USA und Großbritanniens gefaßten und später auch von Frankreich angenommenen Beschlüssen entspricht. Diese Politik war auf die Sicherung eines dauerhaften Friedens in Europa und auf die Verhinderung einer neuen Aggression von Seiten desjenigen Staats gerichtet, der an der Entfesselung der beiden Weltkriege die Hauptschuld trug.

Die Bildung der Westlichen Union bedeutet, daß Großbritannien und Frankreich sich von der Durchführung der erwähnten, auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam beschlossenen antiaggressiven Politik abgekehrt haben, und daß diese Mächte zu einer neuen, und zwar für die friedliebenden Völker sehr gefährlichen Politik übergegangen sind, die die Herrschaft jener über die anderen Völker Europas anstrebt, ja sogar bereit ist, den gestrigen Aggressor, der nach Beendigung des Krieges von ihnen abhängig geworden ist, für diese Zwecke auszunutzen.

Nur hierdurch läßt sich der Umstand erklären, daß, obgleich im Wortlaut des Brüsseler Paktes unter anderem auch von dem Bestreben die Rede ist, eine neuerliche Politik der Aggression von Seiten Deutschlands nicht zuzulassen, die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs zusammen mit der Regierung der USA heute danach streben, Westdeutschland, wo in erster Linie unter Mitwirkung der britisch-amerikanischen Besatzungsbehörden die alten prohitlerischen und militaristischen Elemente der deutschen Reaktion sich in allen Gliedern der Verwaltung immer mehr festzusetzen begonnen haben, in die Kombination hineinzuziehen und für ihre Zwecke auszunutzen. Die Tatsache, daß dieser Umschwung in der Politik der westeuropäischen Staaten in den regierenden Kreisen der USA Unterstützung und Begünstigung gefunden hat, macht die politischen Änderungen in den erwähnten europäischen Ländern, die mit der Politik der Friedfertigkeit gebrochen haben und auf den Weg der Vorbereitung einer neuen Aggression in Europa eingeschwenkt sind, noch viel gefährlicher.

Zum Unterschied von allen Beistandsverträgen, die die Sowjetunion mit anderen europäischen Staaten, darunter auch mit England und Frankreich, abgeschlossen hat, Verträgen, die das Ziel verfolgen, eine neue deutsche Aggression unmöglich zu machen und auf diese Weise zur Festigung des Friedens in Europa beizutragen, hat das Militärbündnis der fünf westlichen Staaten nicht so sehr Deutschland im Auge als vielmehr die Möglichkeit, die von ihnen geschaffene Gruppierung der Westmächte gegen Staaten auszunutzen, die während des zweiten Weltkrieges ihre Verbündeten waren. In den Ausführungen einer Anzahl von Staatsmännern der westlichen Länder sowie in der britisch-amerikanischen und französischen Presse werden offen aggressive Erklärungen des Inhalts abgegeben, daß die Westliche Union gegen die UdSSR und die Staaten der Volksdemokratie geschlossen worden ist, obgleich die Friedfertigkeit der Politik dieser Länder eine unbestreitbare und allgemein bekannte Tatsache ist. Angesichts einer solchen Sachlage läßt sich nicht leugnen, daß die Gründung der Westlichen Union, wie sehr die wirklichen Ziele des Brüsseler Vertrages auch vertuscht werden mögen, mit den Interessen der Selbstverteidigung dieser Staaten nichts gemein hat.

Andererseits ist es schon jetzt genügend klar gestellt, daß unter dem Vorwand, eine Situation verhindern zu wollen, die die sogenannte „ökonomische Stabilität“ der an diesem Pakt beteiligten Länder in Gefahr bringt, beabsichtigt wird, militärische Maßnahmen und alle möglichen Repressalien gegen die Arbeiterklasse und die

wachsenden demokratischen Kräfte innerhalb dieser Staaten sowie gegen die ansteigende Befreiungsbewegung der Völker in den Kolonien und abhängigen Ländern in Anwendung zu bringen. Es ist kein Zufall, daß der Brüsseler Pakt die Kolonialmächte zu einem Bündnis zusammenfaßt, die um der Aufrechterhaltung ihrer jahrhundertalten Privilegien in den Kolonien willen bestrebt sind, die jetzt geschaffene militärisch-politische Gruppierung auszunutzen, um die nationalen Befreiungsbewegungen in diesen Kolonien zu unterdrücken. Alles dies unterstreicht lediglich den antidemokratischen und reaktionär-aggressiven Charakter der Westlichen Union.

Das Bündnis der fünf westeuropäischen Staaten ist eine militärisch-politische Ergänzung zu der ökonomischen Vereinigung europäischer Länder, die zwecks Durchführung des „Marshallplans“ in Europa geschaffen worden ist. Diese Gruppierungen europäischer Länder erhalten ihre Zielrichtung beide von den regierenden Kreisen des britisch-amerikanischen Blocks, der durchaus nicht an der Realisierung der wirklichen national-staatlichen oder doch mindestens ökonomischen Ziele aller dieser den erwähnten Gruppierungen angehörenden Länder interessiert ist, sondern den Zweck verfolgt, die eigenen militärstrategischen und wirtschaftlichen Positionen zu festigen und noch mehr zu erweitern.

Ebenso wie die Durchführung des Marshallplans nicht auf eine wirkliche wirtschaftliche Wiederbelebung der europäischen Staaten gerichtet ist, sondern ein Mittel darstellt, die Politik und das Wirtschaftsleben der „marshallisierten“ Länder den eigennützigen und militärstrategischen Plänen der britisch-amerikanischen Herrschaft in Europa anzupassen, genau so ist die Bildung der neuen Gruppierung keineswegs zu Zwecken gegenseitiger Hilfe und kollektiver Verteidigung der an der Westlichen Union Beteiligten ausgeheckt worden, da diesen Ländern, wenn die Abkommen von Jalta und Potsdam erfüllt werden, keinerlei Aggression droht, sondern sie verfolgt das Ziel, den herrschenden Einfluß der regierenden Kreise Englands und Amerikas in Europa zu verankern und noch weiter auszudehnen, wobei die gesamte Außen- und Innenpolitik der betreffenden europäischen Staaten ihren engstirnigen Zielen untergeordnet werden soll. Die Unvereinbarkeit dieser politischen Pläne des britisch-amerikanischen Blocks mit den Interessen des Friedens und mit der Durchführung der Prinzipien der Demokratie in den Ländern Europas liegt ganz klar auf der Hand.

Gleich als im März v. J. die Westliche Union zur Welt kam, wurde in den regierenden Kreisen

der USA die Erklärung laut, daß diese Union volle Unterstützung erhalten werde.

Eine solche Erklärung war ganz natürlich, da diese Kreise allen Grund haben zu der Auffassung, daß sie die neue Gruppierung sowieso in der Tasche haben und daß diese völlig von allen möglichen britisch-amerikanischen Plänen abhängig sein wird. Auf jeden Fall wurden in die Westliche Union auch amerikanische Sonderbeobachter aufgenommen, deren Rolle verständlich ist. Jetzt sieht man, daß die westeuropäischen Staaten, je rascher und je länger sich die Länder der Westlichen Union den Ländern der Volksdemokratie und der Sowjetunion entgegenstellen, wozu sie durch die Politik des britisch-amerikanischen Blocks in jeder Weise angespornt werden, um so mehr auch in die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von den herrschenden Kreisen der USA geraten werden, denen an der politischen Unabhängigkeit und wirtschaftlichen Wiederbelebung der Staaten Europas durchaus nichts gelegen ist.

Das Ergebnis dieser Sachlage wird eine unvermeidliche und sich bereits auf Schritt und Tritt bemerkbar machende Verschärfung der Gegensätze sowohl zwischen den USA und den Ländern des Westblocks als auch innerhalb der westeuropäischen Gruppierung selbst sein. Nicht auf einer gesunden und nicht auf einer festen Grundlage wirtschaftlicher Wiederbelebung ist die neue westeuropäische Gruppierung geschaffen worden, die in der Bedeutung einer Art Hilfsinstrument erscheint, wenn man jene aus den „marshallisierten“ Ländern geschaffene breitere europäische Gruppierung ins Auge faßt. Sie leistet den an der neuen Gruppierung beteiligten Ländern nicht nur keinerlei wesentliche praktische Hilfe, sie hat vielmehr bekanntlich die Entstehung stets wachsender wirtschaftlicher Schwierigkeiten in einer ganzen Anzahl westeuropäischer Staaten durchaus nicht verhindert, wie sie auch das gewaltige Ansteigen der Arbeitslosigkeit in einigen von ihnen nicht verhindert und nicht geholfen hat, ihnen auch nur einigermaßen Hoffnung erweckende Aussichten für ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung zu eröffnen. Die aggressiven Ziele dieser Gruppierung finden ihren Ausdruck ferner in neuen und immer neuen Armeeverstärkungen und Militärhaushaltserhöhungen, was die Möglichkeit ihres weiteren und nachhaltigen wirtschaftlichen Aufstiegs noch weiter untergräbt. Außerdem läßt diese Sachlage auch die ernstesten politischen Schwierigkeiten innerhalb dieser Staaten immer stärker anwachsen. Dies geschieht zu einer Zeit, wo die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie, die gerade die ersten Schritte in ihrer sozialistischen Entwicklung tun, den Weg

ständiger und rascher wirtschaftlicher Wiederherstellung und Aufwärtsentwicklung gehen und außerdem an der Festigung der demokratischen Grundlagen und an dem politischen Zusammenschluß der von den reaktionären Knechtschaftssystemen befreiten Völker arbeiten.

Die Westliche Union hat bereits nicht wenige Maßnahmen ergriffen, um sich organisatorisch endgültig zu formieren. Schon im vorigen Frühjahr wurde nicht nur ein Konsultativrat, sondern auch eine permanente Körperschaft dieses Rats aus Vertretern der fünf Staaten in London geschaffen. Man setzte ferner ein Militärisches Komitee und sogar einen Verteidigungsstab der Westlichen Union ein, der aus den Stabschefs der fünf Staaten mit dem britischen Feldmarschall Montgomery an der Spitze besteht, obgleich die Gründer der Westlichen Union nicht in der Lage sind, auf das Vorhandensein irgendeiner Aggressionsgefahr für ihre Staaten hinzuweisen.

Die Eile bei der Durchführung aller dieser organisatorischen Maßnahmen, einschließlich der Schaffung eines militärischen Stabes in der jetzigen friedlichen Situation, beweist durchaus nicht, daß die Teilnehmer der neuen Gruppierung von dem Bestreben durchdrungen sind, einen dauerhaften Frieden in Europa zu sichern. Die Geschäftigkeit, mit der diese Maßnahmen verwirk-

licht werden, beweist am ehesten, daß hiermit versucht wird, auf gewisse europäische Länder politisch zu drücken, auch den westlichen Teil Deutschlands eingeschlossen, um mit Hilfe eines Reklamelärms rund um alle diese Maßnahmen die Heranziehung dieser Länder zur Beteiligung an der westlichen Gruppierung zu beschleunigen und außerdem zur Verstärkung der Unruhe, der Ungewißheit und der Kriegshysterie in gewissen Kreisen der europäischen Öffentlichkeit beizutragen, was für die aggressive Politik des britisch-amerikanischen Blocks in Europa heute eine der taktischen Hauptaufgaben ihrer Entfaltung ist.

Abgesehen von der Schaffung dieser neuen Gruppierung in Europa haben die regierenden Kreise der USA und Großbritanniens in den letzten Monaten auch die Bildung einer nordatlantischen Union vorbereitet, bestehend aus den gleichen fünf westeuropäischen Staaten sowie Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Ziele der nordatlantischen Union sind bedeutend umfassender als die Ziele der westeuropäischen Gruppierung, wobei sich unschwer durchschauen läßt, daß diese Ziele in engster Weise zusammenhängen mit den Plänen einer gewaltsamen Herstellung britisch-amerikanischer Weltherrschaft unter der Ägide der Vereinigten Staaten von Amerika.

II

DER NORDATLANTIKPAKT UND DIE BRITISCH-AMERIKANISCHEN WELTHERRSCHAFTSPLÄNE

Wenn die Schaffung der Westlichen Union den Zielen des britisch-amerikanischen Blocks in Europa entspricht, so sieht man jetzt bereits, daß die westeuropäische Gruppierung nur ein Glied, und nicht einmal das Hauptglied, in dem System von Maßnahmen ist, die in die britisch-amerikanischen Weltherrschaftspläne gehören. Zwar überlassen die regierenden Kreise der USA Großbritannien den Hauptplatz in der Westlichen Union, aber sie haben die volle Möglichkeit, auf die Politik der gesamten westeuropäischen Gruppierung den für sie notwendigen Einfluß auszuüben.

Es darf ferner nicht vergessen werden, daß Ende des vorigen Jahres der in Rio de Janeiro von den Ländern Nord- und Südamerikas abgeschlossene Vertrag in Kraft getreten ist, der den regierenden Kreisen der USA den von ihnen benötigten Einfluß auf die erdrückende Mehrheit dieser Staaten sichert.

Die Realisierung der Westlichen Union in Europa und das Inkrafttreten des interamerikanischen Paktes wird vom Staatsdepartement in dem

obenerwähnten Dokument als eine wichtige Bedingung betrachtet, die den Boden für die Durchführung der USA-Politik im Weltmaßstab vorbereitet. Als Hauptglied in der Durchführung dieser Politik ist nun der Nordatlantikpakt auszuweisen, dessen Stützpunkt die bereits geschaffenen Gruppierungen von Ländern in Europa und Amerika sind, wobei die regierenden Kreise der USA von allem Anfang an die Verwirklichung dieses ihres Werkes selbst in die Hand genommen haben.

Das USA-Staatsdepartement versucht in seinem „Die kollektive Sicherheit im nordatlantischen Raum“ überschriebenen Dokument den von ihm vorbereiteten Nordatlantikpakt als ein regionales Abkommen von Ländern des Nordatlantikraums über Fragen der Sicherheit hinzustellen, womit der wirkliche Charakter und der wahre Sinn dieses Paktes vertuscht wird. Man erkennt die für die Notwendigkeit eines solchen Paktes ins Feld geführten Argumente schon daran als unstichhaltig, daß die Länder des Nordatlantikraums, wie männiglich bekannt, von keinerlei Aggression bedroht werden.

Um den wirklichen Charakter und die wahren Ziele des Nordatlantikpaktes noch mehr zu maskieren, mußte das Staatsdepartement zu albernen Lügenmärchen von einer „Obstruktionspolitik“ der Sowjetunion in der Organisation der Vereinten Nationen und zu absichtlich nebelhaft gehaltenen Erklärungen über die Notwendigkeit, „einen potentiellen Aggressor mit erdrückender Macht zu konfrontieren“, greifen, was angeblich die Pflicht der besonderen Ländergruppierung unter Führung der USA wäre, die die Zeit nicht abwarten können, wo die Organisation der Vereinten Nationen sich genügend konsolidieren wird.

Das Staatsdepartement vermochte den der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie feindlichen Charakter des Nordatlantikpaktes nicht zu verhehlen, beschränkte sich jedoch auf alle möglichen dunklen Anspielungen von wegen eines „potentiellen Aggressors“. Auf der anderen Seite wieder konnte das Staatsdepartement sich auch nicht entschließen, direkt von den sowjetfeindlichen Zielen des von ihm vorbereiteten neuen Vertrages zu sprechen, da die Verbreitung von Verleumdungen über die angeblich aggressive Politik der Sowjetunion sich in der Weltöffentlichkeit immer stärker gegen diejenigen richtet, die zu derartigen unsauberen Mitteln des politischen Kampfes greifen.

Das Projekt des nordatlantischen Vertrages und die seine Vorbereitung begleitenden Umstände offenbaren klar das Weltherrschaftsstreben des britisch-amerikanischen Blocks.

Obgleich der Nordatlantikpakt vorsieht, daß an ihm als sein Kern die fünf europäischen Länder, Kanada und die USA beteiligt sind, ist es doch für alle klar, daß die Führung in dieser Sache den regierenden Kreisen der Vereinigten Staaten von Amerika gehört, die mit den regierenden Kreisen Großbritanniens als der stärksten kapitalistischen Macht in Europa einen Block bilden. Angesichts dieser Sachlage verwandelt sich der Nordatlantikpakt faktisch in die Hauptwaffe der von den regierenden Kreisen der USA und Großbritanniens betriebenen aggressiven Politik „auf beiden Seiten des Atlantik“, d. h. auf beiden Erdhalbkugeln, und entspricht damit dem aggressiven Streben nach Aufrichtung einer britisch-amerikanischen Weltherrschaft, was bekanntlich in der staubaufwirbelnden Fulton Reden Churchills in einer ungewöhnlichen Kundgebung unter Vorsitz des Präsidenten Truman als die wichtigste Nachkriegsaufgabe der USA und Großbritanniens proklamiert wurde.

Außer den Vereinigten Staaten, Kanada und den fünf westeuropäischen Staaten, auch einen solchen „nordatlantischen“ Staat wie Luxemburg

nicht ausgenommen, gestattet der Entwurf des nordatlantischen Vertrages einigen weiteren Staaten den Eintritt in den Kreis seiner Teilnehmer. In dieser Hinsicht wird gegenwärtig nicht wenig schwadroniert.

Man spricht von der Beteiligung Schwedens, Norwegens, Dänemarks und ähnlicher Länder an diesem Vertrag, wobei man die eigenartige Aktivität der norwegischen Regierung in dieser Sache hervorhebt.

Die diesbezüglichen Schwierigkeiten sollen, wie einige vorschlagen, durch den Abschluß eines besonderen skandinavischen Paktes umgangen werden, was, diesen Plänen entsprechend, kein Hindernis sein soll, die skandinavischen Länder in den Bannkreis der unter der faktischen Führung der „nordatlantischen“ Gruppierung stehenden Staaten zu ziehen.

Man erklärt, es werde die Möglichkeit erörtert, Francospanien, Portugal, Italien und selbst die Türkei an dem Nordatlantikpakt zu beteiligen, offenbar weil man glaubt, auch auf diese Weise den Aufgaben der leitenden Gruppierung des sogenannten „Nordatlantikraums“ zur Verwirklichung verhelfen zu können. Daneben wird der Plan erörtert, eine Mittelmeerunion zu gründen oder einen orientalisches-mediterranen Pakt zu schließen, die untergeordnete Instrumente der „nordatlantischen“ Gruppierung sein würden.

Solche Pläne, immer neue abgesonderte Staaten-gruppierungen unter der Ägide der USA und Großbritanniens zu schaffen, unterstreichen nur, daß die Ziele der imperialistischen Hauptgruppierung, die jetzt auf Grund des Nordatlantikpaktes zusammengezimmert wird, absolut keinen regionalen Charakter tragen, sondern die Präntentionen bestimmter Mächte auf die Herrschaft über alle Teile des Erdballs verkörpern.

Das gleiche beweist die projektierte Schaffung einer Gruppierung von Ländern Südasiens, zu deren Verwirklichung kürzlich auf einer Konferenz in Delhi (Indien) geschritten wurde, die unter dem Vorwand einberufen worden war, die indonesische Frage erörtern zu wollen. Aber die Dienstfertigkeit gewisser Führer in den Regierungen dieser Länder ist selbstverständlich allein nicht ausreichend, damit die Völker Asiens sich bereit finden, den schlüpfrigen Pfad zu gehen, auf den die in ihren Kolonialgeschäften verhedderten Mächte und ihre reichen Gönner sie nachdrücklich drängen wollen.

Alles dies zeigt, daß die regierenden Kreise der USA und Großbritanniens bestrebt sind, durch Verwirklichung der nordatlantischen Union in diese Sache unmittelbar oder mittelbar eine möglichst große Anzahl von Staaten hineinzuziehen und diese dadurch in ihre Hand zu bringen. Man

greift deshalb zu allen möglichen erlaubten und unerlaubten Mitteln. Es werden finanzielle und andere wirtschaftliche Almosen gegeben. Eine Verbesserung der Wirtschaftslage wird Ländern versprochen, die in Wirklichkeit unter dem Druck der „Dollarpolitik“ in neue und immer neue Wirtschaftsschwierigkeiten geraten. Man sucht sie mit der nicht existierenden Gefahr eines „potentiellen Aggressors“ zu schrecken und greift gleichzeitig zu groben Mitteln des Drucks auf die Regierungen kleiner Staaten.

In einer Beziehung aber darf die Sachlage als absolut klar gelten. Ebenso wie bei der Schaffung der Westlichen Union haben die Inspiratoren des Nordatlantikpaktes von allem Anfang an die Möglichkeit der Beteiligung sämtlicher Länder der Volksdemokratie und der Sowjetunion an diesem Pakt ausgeschlossen, indem sie zu verstehen gaben, daß diese Staaten nicht nur keine Vertragsteilnehmer werden können, sondern daß der Nordatlantikpakt vielmehr gerade gegen die UdSSR und die Länder der neuen Demokratie gerichtet ist.

Die Ziele des Nordatlantikpaktes bestehen, wie aus alledem zu ersehen, darin, daß die regierenden Kreise der USA und Großbritanniens die Zügel einer möglichst großen Anzahl von Staaten in die Hand nehmen und diese dadurch der Möglichkeit berauben, eine selbständige nationale Außen- und Innenpolitik durchzuführen, ja diese Staaten als nebensächliche Mittel bei der Verwirklichung ihrer auf die Errichtung der britisch-amerikanischen Weltherrschaft gerichteten aggressiven Pläne auszunutzen. In einer solchen Situation braucht man natürlich nicht von einer Beteiligung der UdSSR und der Länder der neuen Demokratie an dem Nordatlantikpakt oder an anderen, ähnlichen Staatenbündnissen zu reden.

Vielleicht gibt es Leute, die eine Zeitlang annahmen, es werde nach dem Kriege gelingen, durch alle erdenklichen Mittel des Drucks und der Drohungen von außen die Sowjetunion von dem von ihr erwählten sozialistischen Weg abzudrängen, da gewisse „Schlauberger“ von der Spekulation ausgingen, die Sowjetunion werde durch die schweren militärischen und wirtschaftlichen Prüfungen während des zweiten Weltkrieges so geschwächt sein, daß sie nicht imstande wäre, aus eigener Kraft mit den inneren Schwierigkeiten fertig zu werden und von ihren sozialistischen Positionen um der Wirtschaftshilfe starker kapitalistischer Mächte willen abgehen müssen. Die Absurdität solcher Spekulationen ist für uns alle augenscheinlich, aber das schließt nicht die Möglichkeit aus, daß allerlei kurzsichtige Spekulationen und unserem Sowjetvaterland feindliche Pläne bestehen.

In dem obenerwähnten offiziellen Dokument war das Staatsdepartement zu dem Eingeständnis gezwungen, daß es ihm nicht gelungen ist, „in drei Jahren vergeblicher Versuche eine Änderung (adjustment) der Sowjetpolitik durchzusetzen“. Dies erklärt das Staatsdepartement offenbar, um seine jetzigen, auf die Schaffung der nordatlantischen Union gerichteten Pläne zu rechtfertigen, da sich der sowjetfeindliche Charakter der vorbereiteten „nordatlantischen“ Gruppierung schon nicht mehr verheimlichen läßt.

Aus dem Gesagten ist zu ersehen, daß der Nordatlantikpakt in Wirklichkeit der weitestgehende Ausdruck aggressiver Bestrebungen einer kleinen Gruppe von Mächten ist, vor allem der Ausdruck der Bestrebungen der regierenden Kreise der USA und Großbritanniens, die gewillt sind, die Politik willfähriger oder direkt von ihnen abhängiger Regierungen anderer Staaten in diesem oder jenem Maße der Verwirklichung dieser ihrer Ziele anzupassen. Absolut augenscheinlich ist ferner, daß sowohl die Westliche Union als auch die interamerikanische Staatengruppierung ebenso wie die jetzt in Vorbereitung befindlichen Pakte der Mittelmeerstaaten, der skandinavischen Länder, der Länder Südasiens u. ä. eng verbunden sind mit der Verwirklichung der Ziele des Nordatlantikpaktes, der richtunggebende Bedeutung hat in den britisch-amerikanischen Herrschaftsplänen in Westeuropa wie im Nordatlantik, in Südamerika wie am Mittelmeer, in Asien wie in Afrika, allüberall, wohin Hände reichen können.

Man kommt jedoch nicht um die Erkenntnis herum, daß es eine Sache ist, alle möglichen Gruppierungen zu schaffen und Unterschriften unter neue und immer neue Pakte, die in den Kanzleien des USA-Staatsdepartements und des britischen Foreign Office fabriziert werden, zu sammeln, selbstverständlich aber eine ganz andere Sache, wirklich die Ziele zu erreichen, die die Inspiratoren dieser Gruppierungen und Pakte verfolgen.

Die bloße Schaffung dieser Gruppierungen und die Unterzeichnung von Pakten beseitigt ja noch nicht die zahlreichen Reibungen und Gegensätze, die im praktischen Leben zwischen den Ländern, die diese Pakte unterzeichnet haben, existieren. Selbst innerhalb des britisch-amerikanischen Blocks verringert das Auftauchen dieser Pakte durchaus nicht die Gegensätze zwischen den Hauptpartnern, da die aggressiven Bestrebungen beider Mächte auf Schritt und Tritt aufeinanderprallen. Um so mehr muß gesagt werden, daß es unmöglich ist, einfach durch Unterzeichnung verschiedener Pakte die Interessengegensätze zwischen großen und kleinen Ländern, die diesen Gruppierungen angehören, zu beseitigen, wo doch ein Partner oder eine Gruppe von Staaten gewillt

ist, sich um jeden Preis auf Kosten des anderen Partners oder auf Kosten einer anderen Gruppe von Staaten zu bereichern, für welchen Zweck alle möglichen Mittel des Drucks und der ökonomischen Einwirkung aufgeboten werden.

Man darf ferner nicht vergessen, daß nicht alle Länder bereit sein werden, sich diesen Gruppierungen anzuschließen, und daß nicht alle Staaten, die sich ihnen bereits angeschlossen haben, bereit sein werden, sich in allen Fällen vorbehaltlos dem britisch-amerikanischen Diktat zu fügen.

Kann man ferner etwa eine so wichtige Tatsache ignorieren wie den in letzter Zeit eingetretenen gewaltigen Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung in den Ländern des Ostens, einen Aufschwung von Völkern, denen sich erst jetzt die Möglichkeit eröffnet hat, ihre Schultern zu recken?

Schließlich muß von der Sowjetunion und von den Ländern der Volksdemokratie gesprochen werden, die den wahren Willen ihrer Völker vollstrecken und in ihren Beziehungen zu anderen Nationen die großen Prinzipien der Freundschaft und der Gleichberechtigung verwirklichen.

Schon die Existenz des Sowjetstaats mit seiner wachsenden Macht und internationalen Autorität, ferner die ihm zuteil werdende mächtige Unterstützung der demokratischen Kräfte in anderen Ländern sind ein unüberwindliches Hindernis für alle und jegliche Pläne, die Weltherrschaft dieser oder jener Mächte zu errichten, eine Wahrheit, die bereits ihre historische Bestätigung gefunden hat durch die Liquidierung der faschistischen Staaten, die versucht hatten, ihre phantasierten Weltherrschaftspläne, die sich von den jetzigen Plänen britisch-amerikanischer Weltherrschaft nur wenig unterschieden, zu verwirklichen.

Hiernach wird die allgemein bekannte Tatsache verständlich, daß die Länder des britisch-amerikanischen Blocks, besonders die Vereinigten Staaten von Amerika, in letzter Zeit so stark einer früher beispiellosen Erweiterung ihrer Armeen, einer riesigen Erhöhung ihrer Militärhaushalte, der weiteren Anlage eines Netzes von Stützpunkten für die Luftstreitkräfte und die Kriegsmarine in allen Teilen der Welt, und allen und jeglichen anderen militärischen Plänen frönen, auch die bestialische Absicht nicht ausgenommen, für diese ihre Zwecke Atombomben einzusetzen.

Um ihre hemmungslos aggressive Politik rechtfertigen zu können, streuen die herrschenden Kreise der USA und Großbritanniens mit allen Mitteln Furcht und Verzagtsein in Kreisen der Öffentlichkeit Europas und Amerikas aus, wobei sie in künstlicher Weise das beispiellose Anwachsen der demokratischen Kräfte und der nationalen

Befreiungsbewegung seit Kriegsende als irgendeine „gefährliche Aggression“ hinzustellen suchen: selbst unter den Regierungsmännern werden diejenigen protegiert, die faktisch zu aktiven Kriegsbrandstiftern werden, obgleich Kriegspropaganda von der Organisation der Vereinten Nationen einmütig verurteilt worden ist; immer mehr hetzen sie ihre verschiedenen Kreaturen und die von diesen abhängige Presse auf friedliebende Länder wie die UdSSR und die Staaten der Volksdemokratie, ohne sich zu genieren, ganze Ströme von Lügen und kriegerischen Drohungen fließen zu lassen.

Sie brauchen das alles, da sie häufig mit einer wirklichen Lösung der lösungsreifen inneren Probleme in ihren Ländern, im Einklang mit der geänderten historischen Situation, nicht zu Rande kommen, und sie knüpfen deshalb ihre weiteren Hoffnungen hauptsächlich an den Plan, diese oder jene aggressiven äußeren Ziele zu verwirklichen, obgleich sie begreifen, daß sich dies nicht anders machen läßt als auf gewaltsamem Wege, nicht anders als durch die Entfesselung eines neuen Krieges.

Gleich nach Beendigung des zweiten Weltkrieges schritten die regierenden Kreise der USA zur Anlage von Stützpunkten für die Luftstreitkräfte und die Kriegsmarine im Atlantischen wie im Stillen Ozean und ebenso in vielen entfernten Meeren, darunter auch in Gebieten, die mehrere tausend Kilometer von den Grenzen der USA entfernt liegen. Seitdem ist die Zahl der amerikanischen Kriegsstützpunkte keineswegs zurückgegangen, sie ist vielmehr sowohl in der östlichen als auch in der westlichen Hemisphäre bedeutend gestiegen, in Ländern Europas ebenso wie in den Ländern Amerikas, Asiens und Afrikas. Ganze Staaten, besonders solche, die nahe an den Grenzen der UdSSR liegen, sind dafür hergerichtet worden, den britisch-amerikanischen Luftstreitkräften bequemere Startflächen zu sichern und auch in anderer Weise einen Überfall auf die UdSSR zu ermöglichen. Ganze Ströme von Vorräten verschiedener Waffen gehen nach solchen Staaten, und zwar auf Kosten der neuen und immer neuen amerikanischen Kredite, die diese Länder erhalten.

Kein vernünftiger Mensch kann behaupten, daß dies zum Selbstschutz der USA geschieht. Auf der anderen Seite ist auch bekannt, daß es nach dem zweiten Weltkrieg, der mit der Niederwerfung der aggressiven Mächte geendet hat, keinerlei Aggressionsgefahr für die Vereinigten Staaten gibt.

Kann man ferner die Tatsache für zufällig halten, daß die USA und Großbritannien auch nach Beendigung des zweiten Weltkrieges ihre

Vereinigten Stabschefs (Combined Chiefs of Staff of the United States and Great Britain) in Washington beibehalten, die in aller Stille ihre Arbeit fortsetzen und ihre neuen Aggressionspläne vorbereiten? Denn wenn es keine solchen Pläne gäbe, so gäbe es auch keinen Grund, den erwähnten gemeinsamen Washingtoner Stab unter den jetzigen Friedensverhältnissen beizubehalten, so wäre es unnötig, amerikanische und auch britische Truppen nach neuen und immer neuen Staaten zu entsenden.

Amerikanische Truppen stehen jetzt nicht nur in Ländern Europas und Asiens, um den ihnen nach dem Krieg obliegenden Besatzungsaufgaben auf früher feindlichen Territorien nachzugehen. Amerikanische Truppen bleiben auch auf dem Territorium einer ganzen Anzahl von Staaten, die zu den Vereinten Nationen gehören. In den letzten Jahren ist es zu einer Gewohnheit geworden, daß die regierenden Kreise der USA sich das Recht anmaßen, ihre Truppen in andere Staaten zu entsenden, z. B. in Europa nach Griechenland oder in Asien nach China, und zwar unter dem Vorwand, dies sei notwendig für die Sicherheit der USA.

Es ist absolut klar, daß eine derartige Außenpolitik nichts gemein hat mit den berechtigten Verteidigungsinteressen der USA, daß diese Politik ganz und gar durchtränkt ist vom Geiste der Gewalttat, vom Geiste der Aggression.

Es wird allgemein anerkannt, daß bestimmte Kreise der USA bestrebt sind, auch Westdeutschland und Japan als Werkzeuge der Durchführung ihrer Aggressionspläne vorzubereiten und sie zu Komplizen der in Vorbereitung befindlichen Aggression zu machen.

Es ist ferner kein Zufall, daß die USA unter allen möglichen Vorwänden den Abschluß von Friedensverträgen sowohl mit Deutschland als auch mit Japan verschieben. Das ist die natürliche Folge jener Außenpolitik der regierenden USA-Kreise, die jetzt nicht auf die Festigung des Weltfriedens, sondern auf die Verwirklichung aggressiver Pläne bedacht sind.

Der aggressive Charakter der USA-Politik gegenüber den wachsenden demokratischen Kräften und ganzen demokratischen Ländern ist weithin bekannt. Das griechische Volk kann und kann nicht aus der entstandenen Sackgasse herauskommen, weil volksfremde reaktionäre Kräfte eine machtvolle Unterstützung außerhalb des Landes finden. Die Völker der Tschechoslowakei brauchten in ihrem Lande im vorigen Jahr nur die reaktionären Kreise in die Schranken zu weisen und den fortschrittlichen demokratischen Kräften Unterstützung zu leihen, und sofort schlugen die regierenden Kreise der USA und des

ganzen britisch-amerikanischen Blocks einen unglaublichen Lärm wegen der internen Ereignisse in der Tschechoslowakei, verbunden mit allen möglichen Versuchen, sich in diese inneren Angelegenheiten einzumischen.

Gegenüber der Sowjetunion demonstrieren die regierenden Kreise der USA und anderer Länder des britisch-amerikanischen Blocks immer mehr, daß sie nicht gewillt sind, sich an die Abkommen zu halten, die noch vor kurzem einmütig als Grundlage für die Durchführung einer gemeinsamen Politik der UdSSR, der USA und Großbritanniens in der Nachkriegszeit geschlossen wurden.

Am Beispiel der Berliner Frage hat die Sowjetregierung noch einmal anschaulich dargetan, daß die regierenden Kreise der USA und Englands gegenwärtig nicht an einer Verständigung und an Zusammenarbeit mit der UdSSR interessiert sind. Selbst wenn sie hiervon sprechen, beschränkt sich die ganze Angelegenheit auf Redereien über Verständigung und Zusammenarbeit, die mit der direkten Abkehr von früheren Abkommen, mit der direkten Sprengung jeder wirklichen Zusammenarbeit mit der UdSSR enden. Die Sache ist so weit gegangen, daß die USA im Handel mit der Sowjetunion eine unzulässige Politik faktischen Boykotts durchführen, was die Inspiratoren dieser Politik als Anhänger des Prinzips „Gegen die UdSSR sind alle Mittel recht“ charakterisiert, obgleich diese Politik vor allem der Autorität desjenigen Landes Schaden bringt, von dem aus sie inspiriert wird.

Alle diese Tatsachen aus der Nachkriegsaußenpolitik der USA und Großbritanniens sind ein Beweis dafür, daß die regierenden Kreise dieser Mächte heute nicht nur keine Politik festgefügtten Weltfriedens durchführen, sondern daß sie vielmehr zu einer Politik übergegangen sind, die sich nur als eine Politik der Aggression, als eine Politik der Entfesselung eines neuen Krieges bezeichnen läßt.

Eben der Verwirklichung dieser Ziele soll der Nordatlantikpakt dienen, der den Plänen gewalttätiger Aufrichtung der britisch-amerikanischen Weltherrschaft und damit auch den Zielen einer Politik entspricht, die in der Entfesselung eines neuen Krieges besteht.

Hinter diesem Pakt stehen nicht nur die aggressiven regierenden Kreise der USA und nicht nur solche britische Inspiratoren dieses Paktes wie Churchill oder Bevin, sondern auch nicht wenige andere Kriegsbrandstifter geringeren Kalibers. Man darf jedoch nicht vergessen, daß die Unterzeichnung solcher oder ähnlicher Pakte noch keine Garantie bietet, noch nicht die Möglichkeit schafft, die von den Inspiratoren solcher

Pakte aufgestellten aggressiven Ziele auch zu verwirklichen. In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, welche einmütige Unterstützung die demokratischen Kreise aller Länder der bekannten Erklärung des Hauptes der Sowjetregierung, J. W. Stalins, zuteil werden ließen, in der

es hieß: „Allzu frisch sind im Gedächtnis der Völker die Schrecken des jüngsten Krieges, und allzu groß sind die gesellschaftlichen Kräfte, die für den Frieden eintreten, als daß Churchills Aggressionslehrlinge sie überwinden und einem neuen Krieg zutreiben könnten.“



DIE NORDATLANTISCHE UNION IST EIN SPRENGSTOLLEN UNTER DIE ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN

In dem offiziellen Dokument des Staatsdepartements wird versucht, die Schaffung der nordatlantischen Union sowie der anderen obenerwähnten Gruppierungen durch das Bestreben zu rechtfertigen, „die Vereinten Nationen organisch zu stärken“. Eine solche Erklärung wäre nur dann überzeugend, wenn man damit einverstanden zu sein vermöchte, daß die unter Umgehung und hinter dem Rücken der UNO erfolgende Schaffung der nordatlantischen Union sowie anderer Gruppierungen und Blocks der Festigung dieser Organisation dienen könnte. Aber eine solche Annahme ist selbstverständlich einfach absurd.

In Wirklichkeit bedeutet die Zusammenzimmern der nordatlantischen Union, die eine ganze Anzahl abgesonderter Staatsgruppierungen in verschiedenen Teilen der Welt leitet, den endgültigen Bruch der jetzigen Politiker der USA und Großbritanniens mit der Politik, die von den Regierungen der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion gemeinsam mit vielen anderen Nationen bei der Gründung der UNO, bei der Ausarbeitung und Annahme ihrer Satzung einmütig durchgeführt wurde.

Jedermann weiß, daß die Organisation der Vereinten Nationen nicht die Frage der Schaffung einer nordatlantischen Union oder einer westlichen Union oder auch des Abschlusses eines interamerikanischen Paktes erörtert hat. Man weiß ferner, daß die Frage der Schaffung einer Mittelmeerunion oder einer skandinavischen Gruppierung oder einer Vereinigung von Ländern Südostasiens und anderer neu zu organisierender Staatenbündnisse heute ohne Beteiligung der UNO und unter offensichtlicher Umgehung dieser Organisation erfolgt.

Die Teilnehmer dieser Gruppierungen, vor allem die führenden Kreise der USA und Großbritanniens, begreifen, daß es für sie nicht vorteilhaft ist, diese Fragen vor die Vereinten Nationen zu bringen. Könnten sie hier doch nach den

wirklichen Zielen und nach dem wahren Charakter dieser Gruppierungen gefragt werden! Das aber wollen die interessierten Regierungen, die die Schaffung aller dieser Unionen, Blocks und Gruppierungen leiten, mitnichten. Sie ziehen es vor, die Sache geheim, für die UNO unsichtbar zu Wege zu bringen. Die regierenden Kreise der USA und Großbritanniens stellen die UNO durch die Schaffung dieser Blocks und Gruppierungen vor eine vollendete Tatsache.

Das alles hindert sie nicht, auf Schritt und Tritt davon zu reden, die nordatlantische Union und ebenso die anderen Blocks und Gruppierungen, an deren Herstellung sie arbeiten, dienten der Festigung der Vereinten Nationen. Aber diesen Worten schenkt niemand mehr Glauben. Auch diejenigen, die Erklärungen solcher Art abgeben, messen diesen Worten keine Bedeutung bei.

In Wirklichkeit sind die nordatlantische Union und die sich ihr anschließende, von den regierenden Kreisen der USA und Großbritanniens geleitete Mächtegruppierung ein direkter Sprengstollen unter die Vereinten Nationen. Heute sind diese Gruppierungen auf die Untergrabung des Ansehens der UNO bedacht, morgen können sie zur Zerstörung dieser Organisation führen. Nicht umsonst werden die Grundlagen der UNO seit drei Jahren systematisch unterwühlt, was seinen Ausdruck besonders in dem Bestreben findet, mit dem in der Satzung angenommenen Prinzip der Einmütigkeit der fünf Großmächte bei der Entscheidung aller wichtigen, mit der Gewährleistung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zusammenhängenden Fragen Schluß zu machen.

Um seine Stellungnahme in der Frage der nordatlantischen Union zu fundieren, beruft das Staatsdepartement sich auf die Satzung der UNO. Diese Berufungen aber sind nicht nur nicht überzeugend, sie zeichnen sich vielmehr auch durch ihre ausgesprochene Verantwortungslosigkeit aus.

Das Staatsdepartement beruft sich auf Artikel 52 der UNO-Satzung, worin von der Möglichkeit gesprochen wird, daß regionale Abkommen bestehen, die mit den Zielen und Prinzipien der UNO vereinbar sind. Ein solcher Artikel ist selbstverständlich in der Satzung der UNO notwendig. Die Tatsachen zeigen jedoch, daß der Nordatlantikpakt nicht zu solchen regionalen Abkommen gerechnet werden kann.

Der politische Sinn des Nordatlantikpaktes und der sich ihm anschließenden Abkommen hat nichts mit dem gemein, was in Artikel 52 der UNO-Satzung über die Ziele und Prinzipien regionaler Abkommen geschrieben steht.

Der Nordatlantikpakt kann überhaupt nicht zu den regionalen Abkommen gerechnet werden, da er Staaten beider Erdhemisphären umfaßt und nicht diese oder jene regionalen Fragen zum Inhalt hat, sondern die Festlegung der ganzen Außenpolitik solcher Mächte wie der USA und Großbritanniens, die sich ständig in die Angelegenheiten vieler anderer Staaten einmischen, und zwar in jedem Teile der Welt. Nur zum Hohn könnte man davon reden, daß der Nordatlantikpakt ein regionales Abkommen sei. Wer Artikel 52 der UNO-Satzung hochhält, wird das nicht behaupten, da die nordatlantische Union nicht auf Grund von Artikel 52, sondern in direkter Verletzung der Satzung und der grundlegenden Prinzipien der Vereinten Nationen geschaffen wird.

Das Staatsdepartement beruft sich ferner auf Artikel 51 der Satzung, worin die Rede ist von dem „unabdingbaren Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung, falls ein bewaffneter Überfall auf ein Mitglied der Organisation erfolgt“, und falls der Sicherheitsrat noch nicht die erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens ergreifen kann.

Es ist ganz klar, daß die UNO-Satzung einen solchen Artikel enthalten muß. Auf der anderen Seite ist es ebenso augenscheinlich, daß die Bildung der nordatlantischen Gruppierung in Artikel 51 keinerlei Rechtfertigung finden kann. Man ersieht das vor allem daraus, daß weder den Vereinigten Staaten von Amerika noch Großbritannien noch auch anderen nordatlantischen Ländern irgendein bewaffneter Überfall droht. Schon allein aus diesem Grunde ist es absolut unbegründet, sich auf Artikel 51 zu berufen, um die Schaffung der nordatlantischen Union zu rechtfertigen.

Die nordatlantische Gruppierung wird durchaus nicht zur Selbstverteidigung und überhaupt nicht für diejenigen Aufgaben geschaffen, von denen in dem erwähnten Satzungsartikel gesprochen wird. Die von den USA geführte nordatlantische

Union wäre ganz einfach unnötig, wenn nicht das Bestreben vorhanden wäre, andere Länder gewaltsam der Herrschaft der USA und Großbritanniens zu unterwerfen, wenn nicht das Bestreben bestünde, auf gewaltsamem Wege eine britisch-amerikanische Weltherrschaft zu errichten. Der Nordatlantikpakt ist keineswegs für eine Selbstverteidigung notwendig, sondern zur Verwirklichung einer Aggressionspolitik, zur Verwirklichung der Politik der Entfesselung eines neuen Krieges.

Hieraus folgt, daß die Versuche des Staatsdepartements, die Bildung der nordatlantischen Union mit Artikel 51 der Satzung zu rechtfertigen, jeder Begründung entbehren, daß diese Berufungen nur weite Kreise der Öffentlichkeit irreführen können, daß sie nicht geeignet sind, einer wirklichen Aufklärung der Gründe für die Schaffung einer neuen „nordatlantischen“ Gruppierung und aller möglichen sich ihr anschließenden, ähnlichen Unionen und Blocks zu dienen.

So steht es mit den Berufungen des Staatsdepartements auf Artikel 51 und 52 der UNO-Satzung.

Wer erkannt hat, wie unangebracht es ist, daß das Staatsdepartement sich auf die UNO-Satzung beruft, der wird sich der anderen Erklärung der Motive für die Schaffung der nordatlantischen Union zuwenden, die gleichfalls in dem erwähnten Dokument enthalten ist. Hierbei verdienen die Hinweise des Staatsdepartements auf die vom USA-Senat angenommene sogenannte Resolution Vandenberg besondere Beachtung.

In der Tat, im vorigen Sommer billigte der USA-Senat eine von Vandenberg eingebrachte Resolution über die „Neuausrichtung“ (new departure) der amerikanischen Außenpolitik. In dem Dokument des Staatsdepartements heißt es, die erwähnte Resolution schlage vor, „daß zum erstenmal in der Geschichte der Nation die Vereinigten Staaten sich in Friedenszeiten mit Ländern außerhalb der westlichen Hemisphäre durch Arrangements über kollektive Sicherheit assoziieren, die den Frieden gewährleisten und unsere Sicherheit stärken sollen“.

Diese Erklärung des Staatsdepartements widerlegt noch ein übriges Mal seine eigene Behauptung von dem regionalen Charakter der nordatlantischen Gruppierung. Sie zeigt zugleich auch, daß nach Beendigung des zweiten Weltkrieges in der Außenpolitik der regierenden USA-Kreise Änderungen eingetreten sind, die den jetzigen, often aggressiven Charakter dieser Politik bloßlegen.

Die erwähnte Resolution gibt der USA-Regierung freie Hand zum Abschluß beliebiger inter-

nationaler Bündnisse in Friedenszeiten, sie gestattet es den regierenden Kreisen der USA, unter dem Vorwand der Gewährleistung der Sicherheit beliebigen Gruppierungen beizutreten und sich auf beliebige Abenteuer einzulassen, was voll und ganz den jetzigen aggressiven Stimmungen der regierenden USA-Kreise entspricht.

Die Annahme dieser Resolution durch den USA-Senat bedeutet, daß die regierenden Kreise der USA nicht nur alle grundlegenden Verpflichtungen gegenüber den Vereinten Nationen gebrochen haben, sondern auch zu einem neuen Kurs ihrer Außenpolitik übergegangen sind, die nunmehr auf die gewaltsame Errichtung einer britisch-amerikanischen Weltherrschaft gerichtet ist. Die vom USA-Senat angenommene Resolution bedeutet, wie hieraus folgt, daß die regierenden Kreise der USA sich für eine Politik der Aggression, für die Politik der Entfesselung eines neuen Weltkrieges ausgesprochen haben.

Bei einer solchen neuen Einstellung der Außenpolitik der USA und Großbritanniens braucht man sich nicht zu wundern, daß die Spitze dieser Politik gegen die Sowjetunion und gegen die Länder der Volksdemokratie gerichtet ist. Da die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie konsequent die Sache des Weltfriedens vertreten und einen unermüdlichen Kampf gegen alle und jegliche Brandstifter eines neuen Krieges führen, können wir von denjenigen ausländischen Kreisen, die die Inspiratoren einer neuen Aggression sind und ihre Energie heutzutage auf die Vorbereitung eines neuen Krieges verwenden, keine wohlwollende Einstellung zu unserem Lande erwarten.

Die Sowjetunion hat wichtige Abkommen mit den USA und Großbritannien über die Fragen gemeinsamer Politik sowohl gegenüber Deutschland im Westen als auch gegenüber Japan im Osten, die eine gute Grundlage abgeben sollten für die Errichtung eines dauerhaften Weltfriedens auf demokratischen Grundlagen. Die regierenden Kreise der USA und Großbritanniens verletzen diese Abkommen heute auf Schritt und Tritt, da diese Kreise jetzt einen neuen außenpolitischen Kurs steuern und nicht gewillt sind, den von ihnen unterzeichneten Abkommen Rechnung zu tragen. Gegen den Geist und den Sinn der früheren Abkommen verstoßend, gründen die regierenden Kreise der USA und Großbritanniens jetzt eine sogenannte „nordatlantische Union“ nicht nur ohne Beteiligung der UdSSR, sondern auch zu dem direkten Zweck, diese Gruppierungen gegen die UdSSR und die Länder der Volksdemokratie auszunutzen.

Die Sowjetunion hat ferner zwanzigjährige Freundschafts- und Beistandsverträge mit Groß-

britannien und Frankreich, die voll und ganz den Interessen eines dauerhaften Weltfriedens entsprechen und für die Festigung des Friedens in Europa besonders wichtig sind. Aber die regierenden Kreise Großbritanniens und Frankreichs treten diese Verträge offen mit Füßen und ignorieren die in ihnen enthaltene Verpflichtung Großbritanniens und Frankreichs, gemeinsam mit der Sowjetunion den Frieden in Europa aufrechtzuerhalten und zu festigen. Die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs sind bekanntlich an der Schaffung der nordatlantischen Gruppierung beteiligt und haben außerdem unter dem Vorwand, ihre Sicherheit festigen zu wollen, die sogenannte „Westliche Union“ nicht nur ohne Beteiligung der UdSSR geschlossen, sondern auch zu dem direkten Zweck, die neue westeuropäische Gruppierung gegen die Sowjetunion auszunutzen.

Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich waren gemeinsam mit der Sowjetunion die wichtigsten Länder, die die Gründung der Organisation der Vereinten Nationen vorbereiteten. Gemeinsam mit den anderen UNO-Staaten wurde einmütig anerkannt, daß diese vier Staaten und China in der UNO nach Einmütigkeit und Zusammenarbeit streben sollen, und deshalb wurde der UNO-Satzung das Prinzip der Einmütigkeit der fünf Großmächte bei der Entscheidung der Hauptfragen des Friedens und der internationalen Sicherheit zugrunde gelegt. Schon fast am Tage nach der Gründung der UNO begann die Anlegung eines Sprengstollens unter diese Organisation. Obgleich dies mit fremden Händen geschah, sahen und wußten doch alle, daß dieser Wühlarbeit von den regierenden Kreisen der USA und Großbritanniens die Richtung gegeben wird.

Wodurch erklärt sich das?

Das erklärt sich dadurch, daß die regierenden Kreise der USA und Großbritanniens, sobald der zweite Weltkrieg vorbei war, sich einbildeten, gerade ihnen, und nicht allen fünf Großmächten gemeinsam, komme die führende Rolle in der UNO zu. Da aber die Sowjetunion eine strenge Einhaltung dessen verlangte und verlangt, was in der UNO-Satzung über die Notwendigkeit koordinierter Tätigkeit aller fünf Großmächte geschrieben steht, weil nur eine solche koordinierte Tätigkeit wirklich die Interessen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gewährleisten kann, verstärkten die regierenden Kreise der USA und Großbritanniens ihre Ausfälle gegen die UdSSR und entfalteten eine noch intensivere Wühlarbeit gegen die Vereinten Nationen.

Alles das hat sich jedoch als ungenügend erwiesen.

Da die Sowjetunion und eine ganze Reihe anderer Staaten nicht mit einer Änderung der UNO-Satzung einverstanden sind, sind die regierenden Kreise der USA und Großbritanniens offenbar zu der Schlußfolgerung gekommen, daß es ihnen nicht gelingen wird, die Organisation der Vereinten Nationen vollständig ihrer aggressiven Politik anzupassen, was sie jedoch auch weiter anstreben. Die UNO-Satzung hat sich für sie als ein Hindernis erwiesen, und mit ihren Ausfällen gegen die UdSSR — weil sie die Prinzipien verteidigt, auf Grund deren die UNO gegründet wurde — haben sie nichts ausgerichtet, da sie in keiner Weise instande waren, die Position der Sowjetregierung zu erschüttern, die die heilige Sache der Festigung eines dauerhaften Weltfriedens verteidigt und alle und jegliche Aggressoren und Kriegsbrandstifter konsequent entlarvt.

Nachdem die regierenden Kreise der USA und Großbritanniens sich hiervon überzeugt hatten, zogen sie offenbar den Schluß, sie müßten unter Umgehung der UNO handeln. Die Durchführung dieser Politik eben war es, die zur Schaffung der nordatlantischen Union und der anderen Mächtegruppierungen führte, die auf heimlichen Wegen hinter dem Rücken der UNO geschaffen wurden und geschaffen werden.

Wir haben somit allen Grund zu der Behauptung, daß die nordatlantische Union ein Sprengstollen unter die Organisation der Vereinten Nationen ist. Man kommt nicht um die Tatsache herum, daß hierin das unentwegte Bestreben der regierenden Kreise der USA und Großbritanniens seinen Ausdruck findet, die UNO endgültig zu untergraben und zu zerstören, weil sie sie immerhin etwas zurückhält und hindert, andere Staaten vollständig der eigenen Aggressionspolitik anzu-

passen, und weil sie kein willenloses Werkzeug in den Händen des britisch-amerikanischen Blocks bei der Durchführung der Politik gewaltsamer Errichtung der britisch-amerikanischen Weltherrschaft werden kann.

Nach alledem ist es begreiflich, weshalb die regierenden Kreise der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die eine Politik der Aggression durchführen und einen neuen Krieg vorbereiten, gegenwärtig danach streben, allüberall eine Politik der Isolierung der UdSSR durchzuführen, obgleich diese Politik eine grobe Verletzung der von ihnen übernommenen Verpflichtungen darstellt.

Folglich besteht die sogenannte „Neuausrichtung“ der Außenpolitik der regierenden Kreise dieser Staaten darin, daß sie zurückgekehrt sind zu jenem alten sowjetfeindlichen Kurs der Außenpolitik, die sich auf fortwährend versuchter Isolierung der UdSSR aufbaute, zu einem Kurs, den sie in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg steuerten und der die Zivilisation Europas fast in die Katastrophe geführt hätte.

Hingerissen von aggressiven Weltherrschaftsplänen, haben die regierenden Kreise der USA und Großbritanniens nicht begriffen, daß die sogenannte „Neuausrichtung“ ihrer Politik, die ihren erst vor kurzem übernommenen Verpflichtungen gegenüber der UdSSR und gegenüber anderen UNO-Staaten zuwiderläuft, nicht nur nicht geeignet ist, eine Festigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Positionen zu fördern, sondern auch von allen friedliebenden Völkern, von allen Anhängern der Festigung des Weltfriedens, die in allen Ländern die erdrückende Mehrheit bilden, verurteilt werden wird.

DIE WICHTIGSTEN SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die erste Schlussfolgerung

Die Sowjetunion muß die Tatsache berücksichtigen, daß die regierenden Kreise der USA und Großbritanniens zu einem offen aggressiven politischen Kurs übergegangen sind, dessen Endziel darin besteht, gewaltsam eine britisch-amerikanische Weltherrschaft zu errichten, welchem Ziel auch die von ihnen durchgeführte Politik der Aggression, die Politik der Entfesselung eines neuen Krieges entspricht.

Angesichts dieser Situation muß die Sowjetunion noch energischer und noch konsequenter gegen alle und jegliche Kriegsbrandstifter, gegen

die Politik der Aggression und die Entfesselung eines neuen Krieges, für einen dauerhaften demokratischen Weltfrieden kämpfen.

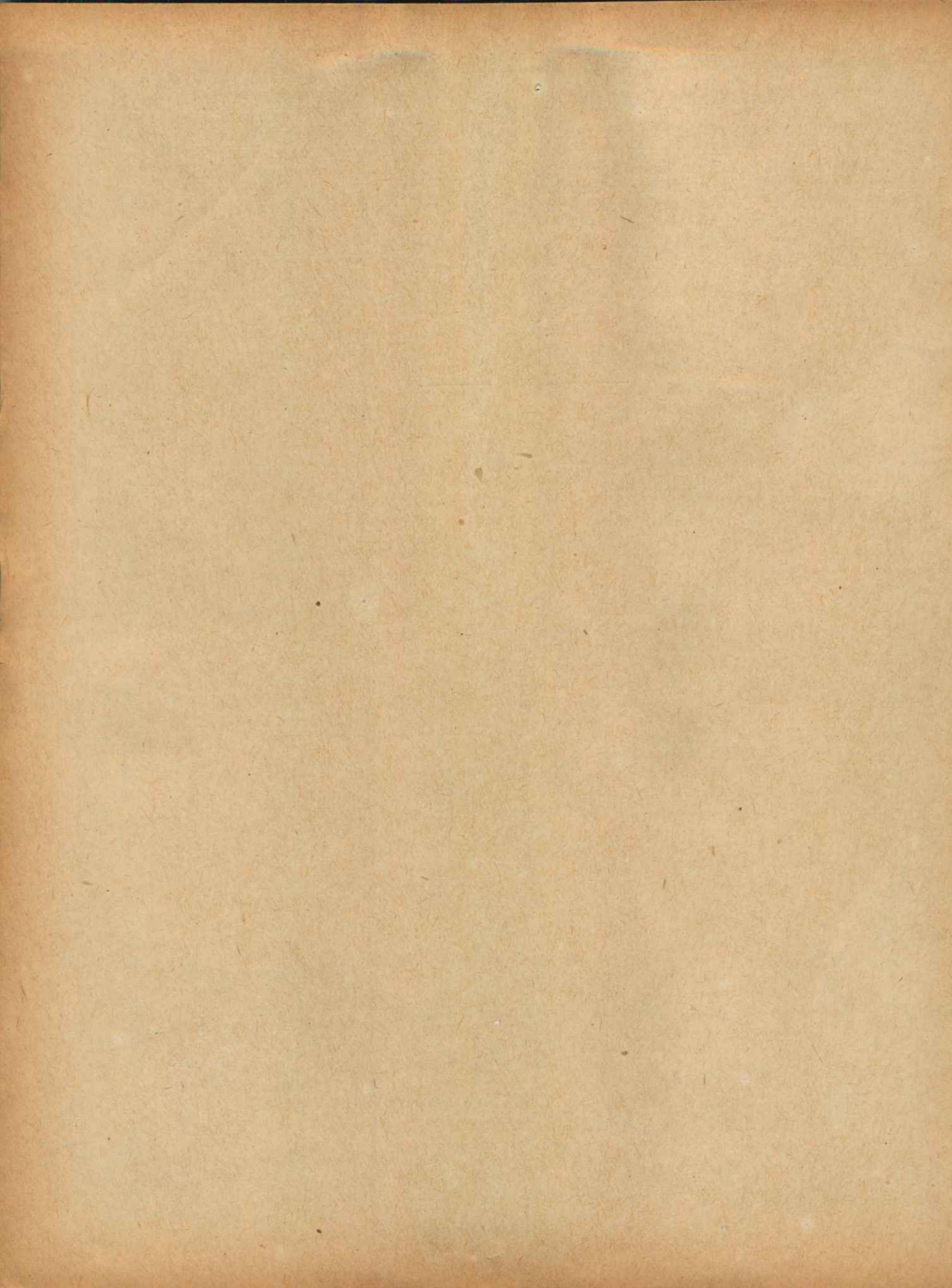
In diesem Kampf für die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit hält die Sowjetunion alle anderen friedliebenden Staaten und alle die unzähligen Anhänger eines demokratischen Weltfriedens für ihre Verbündeten, alle jene wirklichen Dolmetscher der Gefühle und Gedanken der Völker, die die unglaublichen Lasten des letzten Weltkrieges getragen haben und mit berechtigter Begründung alle und jegliche Aggressoren und Brandstifter eines neuen Krieges zurückweisen.

Die zweite Schlussfolgerung

Alle sehen, daß heute ein Sprengstollen unter die Organisation der Vereinten Nationen gegraben wird, da diese wenigstens in einem gewissen Maße die aggressiven Kreise in ihrer Politik der Aggression und der Entfesselung eines neuen Krieges hindert und zurückhält.

Angesichts dieser Situation muß die Sowjetunion noch fester und noch nachdrücklicher

gegen die Untergrabung und Zerstörung der UNO durch die aggressiven Elemente und ihre Komplizen kämpfen, muß sie sich dafür einsetzen, daß die Organisation der Vereinten Nationen nicht, wie das jetzt nicht selten der Fall ist, solchen Elementen durch die Finger sieht, sondern ihr Ansehen höher schätzen, wenn es sich darum handelt, denjenigen eine Abfuhr zu erteilen, deren Politik der Aggression und der Entfesselung eines neuen Krieges dient.



Diese von der Konferenz in Delhi mit großem Brimborium angenommenen Resolutionen haben in den demokratischen Kreisen Indonesiens und anderer asiatischer Länder lediglich Enttäuschung hervorgerufen.

Das Hauptdokument der Konferenz von Delhi ist in Wirklichkeit eine Resolution über die „Zusammenarbeit“ der asiatischen Länder. Diese absichtlich in nebelhaften Wendungen gehaltene Resolution widerspiegelt dennoch Absichten und Pläne von einem ganz bestimmten Kaliber. Es heißt darin, die Regierungen der auf der Konferenz vertretenen Länder müßten einander konsultieren, um Mittel und Wege für die Schaffung eines Apparats ausfindig zu machen, der den Verhältnissen am besten angepaßt und für die Teilnehmer annehmbar wäre, damit die Konsultationen und die Zusammenarbeit im Rahmen der UNO bewerkstelligt werden können.

Was hinter dieser verworrenen Formel steckt, ist von australischen Zeitungen unvorsichtigerweise enthüllt worden. Ohne den Namen der UNO, die ja mit diesem ganzen Beginnen nichts zu tun hat, unnütz zu führen, teilten diese Zeitungen mit, die Konferenz in Delhi sei „der erste Schritt zur Bildung eines von Indien geführten asiatischen Blocks“.

Die britisch-amerikanische Presse hatte auch früher schon mitgeteilt, daß Washington und London das Dominion Indien als „den potentiellen Führer eines Blocks asiatischer Staaten, der von Burma bis Java hinunterreicht“, ansehen. Man erwartete offenbar von der Delhieser Konferenz, daß sie diesen berüchtigten Block zusammenzimmern werde.

Bestätigt wird das durch eine Erklärung des philippinischen Diplomaten Romulo. Dieser hat bereits auf einer Pressekonferenz mitgeteilt, daß in Delhi eine „Organisation asiatischer Nationen“ geschaffen worden ist und daß dies geholfen habe, „das durch die Ereignisse in China gestörte Gleichgewicht zwischen Osten und Westen wiederherzustellen“.

Man weiß, daß dem China der Kuomintang eine hervorragende Stelle in den britisch-amerikanischen Asienblockplänen angewiesen worden war. Tschangschun, der Exministerpräsident der Kuomintangregierung, hatte im August v. J. über dieses Thema in Tokio mit General MacArthur verhandelt.

Die Siege der chinesischen Volksbefreiungsarmee haben viele Pläne Washingtons vereitelt, darunter auch den Plan eines „ostasiatischen Blocks“. Die Konferenz in Delhi verfolgte, Romulos Worten zufolge, den Zweck, das entstandene „Vakuum“ auszufüllen und ein militärisches

Bündnis asiatischer Länder zustande zu bringen, um die „von einem roten China drohende kommunistische Gefahr“ abzuwenden. Die reaktionäre japanische Presse verlangt bereits mit Stentorstimme die Einbeziehung Japans in dieses „fernöstliche Regionalbündnis“.

Beunruhigt durch das mächtige Ausmaß der nationalen Befreiungsbewegung in Asien, erklären die Londoner und Washingtoner Politiker geradeheraus, daß es „zur Herstellung der Ordnung“ in Asien notwendig sei, Gewalt anzuwenden und „außerordentliche militärische und politische Maßnahmen“ zu treffen. Zu diesen Maßnahmen gehört auch der Versuch, einen reaktionären asiatischen Block zu schaffen. Aber der Versuch, die Entwicklung der Befreiungsbewegung der Völker Asiens, die hunderte Millionen Menschen erfaßt, mit Hilfe solcher Blocks zum Stillstand zu bringen, kann ebensowenig gelingen, wie es unmöglich ist, das Wasser des Mississippi oder der Themse stromaufwärts zu jagen.

VON DER EHRE DER LABOURFUHRER

Der Londoner Gerichtshof, der im Auftrage der Regierung gegen labouristische Würdenträger, die von großen Geschäftsleuten Schmiergelder angenommen hatten, verhandelte, hat nach zweimonatigen Sitzungen und Beratungen endlich seinen Spruch gefällt. Was haben die labouristischen Richter festgestellt?

Sie haben zwei Schuldige gefunden: den früheren parlamentarischen Sekretär des Handelsministeriums, John Belcher, der, wie der Gerichtshof sich ausdrückte, „Geschäftsleuten gegen Geschenke Dienste geleistet hat“, und den früheren Vorsitzenden des Generalrats des britischen Trade-Union-Kongresses, George Gibson, der „Bemühungen gefördert hat, vom Schatzamt Genehmigungen zur öffentlichen Auflegung von Aktien zu erwirken“. Das ist alles. Die Namen dieser beiden Sterne des Labourismus werden der Vergessenheit überantwortet. Ihr Verbrechen ist wirklich groß: sie haben sich schuldig gemacht, weil sie ihre eigenen Spuren und die Spuren ihrer Helfershelfer nicht gehörig zu verwischen verstanden. Infolge der von ihnen geübten Unvorsichtigkeit ist die ganze Skandalaffäre ruchbar geworden und die Privatbörse des Gangsters Sidney Stanley aufgefliegen, durch die eine nicht geringe Anzahl labouristischer Großwürdenträger Almosen von den Citykönigen erhalten hatte. Da eine solche Unvorsichtigkeit nicht zu verzeihen ist, mußten Belcher und Gibson dran glauben.

Dafür aber hat der Gerichtshof die Reputation aller übrigen in diese schmutzige Affäre

verwickelten Labourführer weiß gewaschen und sie hoch auf den Schild gehoben. Unschuldigt ist der Minister für Bauarbeiten, Charles Key, dem Stanley bei seinem eigenen Schneider einen Anzug bestellte und den er mit Whisky und Bananen beliefert hat.

Rein wie ein Lamm ist der Finanzsekretär des Schatzamtes, Glenvil Hall, dem für die Ausstellung von Importlizenzen ein Anteil von 10.000 Pfund Sterling aus den Bestechungsgeldern versprochen wurde.

Sündenfrei und rein ist der Sekretär des Exekutivkomitees der Labourpartei, Morgan Phillips, der mit Stanley in fashionablen Restaurants auf Banketten zechte, wo Londoner Finanzherren den Labouristen Schecks ausstellten „zur Bekämpfung der Kommunisten in den Trade Unions“.

Weiß wie Schnee ist der Ruf Daltons, eines Ministers ohne Portefeuille und alten Parteiführers, dem der Millionär Wolfson einen Direktorenposten in seiner Firma mit einem Gehalt von jährlich 10.000 Pfund Sterling angetragen hat, über welches Angebot beide Verhandlungen pflogen.

Harmlos wie Kinder sind auch alle übrigen, noch höher gestellten Männer der Labourpartei, deren Namen vor Gericht nur nebenbei erwähnt wurden — und auch das nur, weil Stanley, der als Mittelsmann zwischen der Labourführung und der City fungiert hatte, ihre Namen vor Zeugen ausplauderte. Man erlaubte es diesem kriminellen Verbrecher nicht, vor Gericht alle Tatsachen auszupacken. Jetzt suchen die Labourrichter ihn mit einer Gebärde der Hoffnungslosigkeit abzuwimmeln, da sie ihn als einen Mann betrachten, „der jede beliebige Erklärung abgeben würde, ob wahr oder unwahr, wenn er glaubt, daß dies für ihn vorteilhaft ist“.

Der Gerichtshof verschweigt, für wen es vorteilhaft war, wenn Stanley den Mund hielt. In seinen Schlußfolgerungen ist von einer Belangung der Monopolherren, in deren Dienst dieser Stanley stand und von denen er die Mittel zur Bestechung von Staatsbeamten bezog, mit keinem Wort die Rede. Dafür aber betont der Gerichtshof, entgegen absolut klaren Zeugenaussagen, in seinem Erkenntnis, es seien „keinerlei glaubwürdige Beweise“ dafür gefunden worden, daß „Ministern oder Staatsbeamten (public servants) irgendwelche Geldsummen gezahlt worden sind.“

Der Hauptstaatsanwalt Shawcross hat den erhaltenen Auftrag ausgeführt. Dem Gerichtshof oblag nicht die Aufgabe, die kriminellen Affären der Labourführer zu untersuchen, aufzudecken und zu beleuchten, sondern vielmehr die Angelegenheit zu vertuschen und Beweismittel beiseite zu schaffen. Shawcross und sein Gerichtshof haben alles getan, damit gewisse

Labourvertreter die ihnen von dem Gangster Stanley geschenkten Zigarren in aller Ruhe rauchen können.

Die Korruption und die moralische Zersetzung der Labourführer waren stets eine Folge ihres politischen Verrats an der Sache der Arbeiterklasse. Diejenigen, die die Politik der Busineßmänner besorgen, „nehmen deren Geist an“, wie der gleiche Belcher sich vor Gericht direkt ausdrückte. Er und Gibson sind zu Sündenböcken der Führung ihrer Partei gemacht worden, während die Belcher und Gibson von größerem Maßstab auf ihren Posten geblieben sind. Die Würdenträger des „demokratischen Sozialismus“ geben sich jedoch vergeblich der Hoffnung hin, es werde ihnen gelingen, die Spuren so leicht zu verwischen. Keinerlei schlaue Bemühungen des Gerichtshofs können den Schmutz abwaschen, der an ihrer gelben Fahne klebt. Das Volk hat ein gutes Gedächtnis!

DIE WAHLEN ZUM JAPANISCHEN PARLAMENT

Am 23. Januar wurde in Japan die untere Kammer des Parlaments neu gewählt.

Die vorige, Ende 1948 aufgelöste untere Parlamentskammer bestand in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Vertretern der reaktionären Parteien und der mit ihnen zusammenarbeitenden Rechtssozialisten. Unter ihren Abgeordneten befanden sich nicht wenige Staatskassendiebe, Schmiergeldnehmer und dunkle Geschäftsleute, die zu Helden von Skandalprozessen geworden waren.

Aber gerade solche dunkle Elemente und verkäufliche Politiker finden im Stabe MacArthurs Unterstützung. Die Führer der reaktionären Parteien, in erster Linie der „Liberaldemokratischen“ und der „Demokratischen“ Partei, die abwechselnd die Ministerkabinette leiteten, unterhalten engen Kontakt mit den amerikanischen Okkupationsbehörden und rennen, wie die japanische bürgerliche Zeitung „Tokyo Shimbun“ kürzlich schrieb, zu Vertretern des Stabes MacArthurs, um sich die Verfassung erläutern zu lassen.

Gestützt auf den Beistand der amerikanischen Behörden, genierten die reaktionären Cliquen sich nicht, vor kurzem entlarvte Schmiergeldnehmer und Staatskassendiebe als ihre Parlamentskandidaten aufzustellen. Für die „Demokratische“ Partei z. B. kandidierte Hitoshi Ashida, der gegen Kauton aus dem Gefängnis entlassen worden war.

Mit dem Segen der amerikanischen Behörden erließ die japanische Regierung schleunigst

ergänzende Wahlbestimmungen, die gegen die Kandidaten demokratischer Parteien und Organisationen gerichtet sind, deren Rechte auf gedruckte Agitation beschränken und ihre Wahlpropaganda in jeder Weise erschweren.

Die Wahlkampagne stand im Zeichen eines militärisch-polizeilichen Terrors gegen die demokratischen Kräfte. Die Tokioter Militäradministration setzte besondere Wahlinspektionsgruppen (Election Inspection Units) ein, die die Tätigkeit der Kandidaten während der Wahlkampagne untersuchen sollten. Um eine Wahlrede in Tokio halten zu können, mußte man die besondere Genehmigung der Polizeiverwaltung einholen. Am 11. Januar beschlagnahmten die Polizeibehörden eine Extraausgabe der kommunistischen Zeitung „Akahata“; weil die Zeitung Photographien und Biographien kommunistischer Parlamentskandidaten veröffentlicht hatte. Die japanische Regierung und die amerikanischen Besatzungsbehörden mischten sich in die Wahlkampagne der demokratischen Parteien und der Gewerkschaften in grober Weise ein.

Die Abstimmung erfolgte unter Kontrolle amerikanischer und japanischer Polizei. Polizeibeamte in Zivil standen an den Wahlurnen. Nach den zweifellos zu niedrig gegriffenen Angaben der Tokioter Polizeiverwaltung wurde festgestellt, daß das Wahlgesetz in 280 Fällen verletzt worden ist. Pressemeldungen zufolge ist es in Chiba (Tschiba) und Kobe vorgekommen, daß Gemeindebeamte und andere Amtspersonen Stimmzettel verkauften. In einigen Fällen verübten amerikanische Militärpersonen direkte physische Gewaltakte gegen Wähler und Kandidaten der Kommunistischen Partei. So wurde der kommunistische Parlamentskandidat Yamakami in der Präfektur Wakayama während des ganzen Wahltages seiner Freizügigkeit beraubt.

Aber selbst unter diesen Verhältnissen haben die Kandidaten des demokratischen Lagers bedeutende Wahlerfolge errungen. Die Kommunistische Partei erhielt in der unteren Parlamentskammer 35 Sitze (gegen 4 im Jahre 1947) und brachte etwa 3 Millionen Stimmen auf. Zwölf kommunistische Abgeordnete haben in ihren Wahlkreisen die größte Stimmenzahl erhalten.

Einen besonders großen Erfolg hat die Kommunistische Partei in den Industriegebieten des Landes errungen. In Tokio z. B. kamen die von ihr aufgestellten Kandidaten in allen Wahlkreisen durch. Kandidaten der Kommunistischen Partei wurden in 4 von den 5 Wahlkreisen des großen Industriezentrums Osaka sowie in einer Anzahl landwirtschaftlicher Präfekturen Japans gewählt.

Die demokratischen Parteien und die Gewerkschaften Japans führten die Wahlkampagne unter den Losungen des Kampfes für die Demokratisierung des Landes, für die Schaffung einer wirklichen Volksregierung, für den Wiederaufbau Japans mit den eigenen Kräften des Volkes, ohne knechtende amerikanische Anleihen. Sie verlangten die Schaffung eines friedfertigen und demokratischen Japans im Einklang mit der Potsdamer Deklaration und den Beschlüssen der Fernostkommission. Auf Grund dieses wahrhaft demokratischen Programms bildete sich in vielen Gebieten Japans während der Wahlkampagne ein demokratischer Block aus Kommunisten, einfachen Mitgliedern der Sozialistischen Partei und Mitgliedern des Nationalkongresses der Industrieverbände.

Die reaktionären Parteien haben sich der Mehrheit der Abgeordnetensitze im neuen Parlament bemächtigt. Die „Liberaldemokratische“ Partei Yoshida erhielt 264 Mandate, die „Demokratische“ Partei 68 Mandate.

Die Sozialistische Partei hat von ihren 111 früheren Parlamentssitzen nur 49 behalten.

Die reaktionären japanischen Cliquen und ihre transpazifischen Schutzherren können ihre Unzufriedenheit mit dem Ausgang der Parlamentswahlen nicht verhehlen.

Die Ursachen dieser Unzufriedenheit lassen sich begreifen. Selbst unter den schwierigen Bedingungen, die MacArthurs Politik in Japan geschaffen hat, wachsen und erstärken die Kräfte der von der Arbeiterklasse geführten japanischen Demokratie. Das haben auch die Parlamentswahlen bestätigt.

KREUZ UND DOLLAR

Bekanntlich läßt der Vatikan den amerikanischen Imperialisten bei der Ausführung ihrer Aggressionspläne mit allen Mitteln Unterstützung zuteil werden. Die vatikanischen Heuchler bemühen sich zwar, ihre Kriecherei vor dem Dollar den einfachen Katholiken zu verheimlichen. Bis vor kurzem sah Papst Pius XII. z. B. davon ab, die geplante Marshallisierung Europas direkt zu billigen, und beschränkte sich auf allgemeine Worte der Bewunderung für „die amerikanische Freigebigkeit“.

Aber die durch die kühle Haltung der katholischen Massen Italiens und Frankreichs zum Marshallplan verärgerten amerikanischen Politiker verlangten vom Heiligen Vater eine bestimmtere Stellungnahme. Da hat der Papst, der die amerikanischen Kolonisatoren im Herzen schon lange segnete, ihnen diesen Segen nun auch

öffentlich gegeben. Er empfing am 18. Januar James D. Zellerbach, den Leiter der Sondermission für die Verwirklichung des Marshallplans in Italien, der von Trumans persönlichem Vertreter beim Vatikan, Myron Taylor, begleitet wurde. Im Laufe der Unterredung, die sofort weithin publik gemacht wurde, äußerte der Papst seine warme Zustimmung zum Einbruch des amerikanischen Kapitals nach Westeuropa.

Pius XII. gab den Bevollmächtigten der Wall Street, die die geplante Erdrosselung der Volkswirtschaft der westeuropäischen Staaten betreiben, seinen apostolischen Segen, und rief aus:

„Sie arbeiten dafür, daß Pläne, die das Ziel haben, Europa auf den Weg des wahren Fortschritts zu bringen, ihre Verwirklichung finden!“

Der Vatikanpolitiker verlor jedes Maßgefühl und sprach die transatlantischen Geldsäcke schier heilig, weil sie angeblich „aufrichtige christliche Nächstenliebe (sincera carità christian) zeigen, indem sie ihr persönliches Wohlergehen im Namen der Hilfe für die Mühseligen und Beladenen (sofferenti e bisognosi) aufopfern“.

Ein solcher Segen für die amerikanische Politik, die darauf aus ist, Italien in eine Halbkolonie der transatlantischen Monopole zu verwandeln, lindert schwerlich das Elend und die Entbehrungen der Werktätigen Italiens, die die drückenden „Wohltaten“ des Marshallplans am eigenen Leibe spüren.

Dafür hat er in Washington hohe Anerkennung gefunden. Die italienische Katholikenzeitung „La Libertà“ teilte unter Berufung auf Vatikankreise am 19. Januar mit, daß Truman, der der protestantischen Kirche angehört, in naher Zukunft Rom besuchen werde, um persönlich „dem Oberhaupt der katholischen Kirche seine Achtung zu bezeugen“.

EIN LÄSTIG GEWORDENER GAST

Vor einigen Monaten bereiteten die regierenden Kreise Frankreichs einem aus weiter Ferne herbeigeeilten Gast, Bao Dai, dem früheren Kaiser von Annam, einen herzlichen Empfang. Bao Dai wurden anständige Hotelzimmer in Cannes angewiesen, und für die Zukunft versprach man ihm das kaiserliche Schloß in Hué. Die freundlichen Gastgeber rechneten darauf, daß der Besuch nicht lange bleiben und daß es der Gewalt der französischen Waffen gelingen werde, den von seinem Volk vertriebenen Herrscher wieder auf den Thron seiner Väter zu setzen. Aber Bao Dai macht keine Miene, sich wieder zu empfehlen, da das Volk Vietnams die Rückkehr dieser Marionette der Banque d'Indochine nicht will.

Indessen erleiden die französischen Truppen in Indochina militärische Mißerfolge und haben bedeutende Verluste zu registrieren. Die aus Anhängern Bao Dais gebildete provisorische Regierung hat sich, wie die Presse zugibt, „als unfähig erwiesen, Ho Schi Minhs und der Aufständischen Herr zu werden“. Die französischen Behörden beriefen den Hohen Kommissar, Emile Bollaert, der ihre Hoffnungen nicht rechtfertigte, aus Indochina ab und setzten Léon Pignon an seine Stelle. Im Dezember 1948 wurden alle vorhandenen französischen Land- und Luftstreitkräfte in Indochina zur Offensive gegen die Republik vorgeschickt. Aber die Sache ging aus wie das Hornberger Schießen. Der Kampf des Vietnhamer Volkes für seine Unabhängigkeit geht mit unverminderter Kraft weiter.

Als dies klargeworden war, beschlossen die französischen Behörden, den in Frankreich feststehenden Gast aus seiner Ruhe aufzuscheuchen, zumal sie ein in der Baie d'Along unterzeichnetes Abkommen in der Tasche hatten, dem zufolge der Exkaiser die Verantwortung für die „Befriedung“ Vietnams und dessen völlige Unterordnung unter Frankreich übernommen hat. Pignon und der gestrandete „Ministerpräsident“ der provisorischen Marionettenregierung Vietnams, Nguyen van Xuan, wurden schleunigst aus Indochina abberufen. Paul Coste-Floret, der französische Minister für die Angelegenheiten der überseeischen Gebiete, gab ihnen den Auftrag, Bao Dai zur Abreise nach Indochina zu überreden. Coste-Floret schärfte ihnen ein:

„Der Schlüssel zur Lösung des Problems Frankreich-Vietnam liegt in der raschen Rückkehr Seiner Majestät in sein Reich. Die französische Regierung wünscht, daß diese Rückkehr unverzüglich erfolge.“

Pignon und Xuan trafen in Cannes ein und diskutierten mit Bao Dai drei Tage lang. Der Exkaiser aber zog seine Zimmer in Cannes dem kaiserlichen Schloß in Hué vor und weigerte sich entschieden, nach Indochina zurückzukehren.

Es ist absolut klar, daß Bao Dai sich fürchtet, einem Volk zu begegnen, das weder das Joch der Kolonisatoren noch ihre Kreaturen zu dulden gewillt ist.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die französischen Kolonialkreise, die auf Bao Dai gesetzt hatten, ihren Einsatz verspielt haben. Möglicherweise wird das „Kaiser-von-Vietnam-Spiel“ seinen Fortgang nehmen. Klar ist aber, daß die höfischen Intrigen und Manöver der Imperialisten ebenso scheitern werden wie ihre Versuche, den Widerstand des Volkes von Vietnam durch Waffengewalt zu brechen.

Am „Ende der Welt“

(Notizen eines Journalisten)

G. OPARIN

EIN ziemlich schmaler Landstreifen erstreckt sich längs der Westküste Südamerikas über 4300 Kilometer. Das ist Chile. Amerikanische Vergnügungsreisende, die nach Santiago, der Hauptstadt der Republik, gelangt sind, gratulieren sich selbstzufrieden zur Ankunft am „Ende der Welt“.

Im Winter, d. h. hier im Juli oder August, wenn Chile von den Nachbarländern durch Schneeverwehungen in den Kordillern getrennt, wenn die Eisenbahnverbindung mit Argentinien gestört wird und der Flugverkehr aufhört, kann man von Chile tatsächlich sagen: gewissermaßen das Ende der Welt!

Die Republik Chile ist ein kleines Land; aber seinen derzeitigen Regierungskreisen ist maßloser Ehrgeiz eigen. Man erinnert sich z. B. an ihre vor kurzem in der UNO unternommenen skandalösen Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen und die dort geltenden Gesetze zu „korrigieren“. Nicht vergessen ist auch das provokatorische Abenteuer, in das die Regierung von Chile sich einließ, als sie, zum Schaden für Chiles nationale Interessen, die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion abbrach.

Woher dieser Eifer? Betrachtet man das Leben des Landes näher, macht man sich mit dem Mechanismus seines politischen Lebens vertraut, besucht man die Kupfergruben und die Salpeterminen oder weilt man in den Erdölbezirken, so begreift man, wessen Hand hinter den Kulissen am Werk ist und die hiesigen Marionetten zwingt, diese oder jene Aktionen zu unternehmen, die man hernach als „nationale Politik“ ausgibt. Es wird klar, daß diese Politik nichts mit den Interessen der chilenischen Kumpels, Textilarbeiter und Viehzüchter gemein hat, deren Dasein bitter-schwer ist. Die Veitstänze und Winkelzüge des derzeitigen Diktators und Tyrannen des chilenischen Volks, des Präsidenten der Republik Gabriel Gonzalez Videla, nehmen sich dann nicht mehr so inkonsequent und unerwartet aus. Es enthüllt sich die wirkliche Lage Chiles als einer Kolonie des amerikanischen Imperialismus.

Die Geographielehrbücher beginnen die Beschreibung Chiles mit dem Hinweis, daß in der Wüste Atacama, im Norden des Lands, die größten Weltvorkommen an Salpeter konzentriert

sind. Bis zur Erfindung der Stickstoffsynthese war Chile im Weltmonopolbesitz dieses kostbaren Rohstoffs. Man konnte diesen Salpeter jedoch nur aus Respekt vor der Geographie als „chilenisch“ bezeichnen. Über seine Ausbeute und seinen Export verfügt seit langem eine britisch-chilenische Gesellschaft, die ihrerseits amerikanischem Kapital botmäßig ist.

Chile ist sehr reich an Kupfervorräten, aber auch sie befinden sich in fremden Händen. Der Kupferbezirke haben sich hauptsächlich amerikanische Konzessionäre bemächtigt, in erster Linie die Braden Copper Company. Kennzeichnend ist, daß die Amerikaner das Kupfer in rohem, unreinigtem Zustand aus Chile exportieren. Versuche, eine Kupferhütte zu bauen, scheitern daran, daß die amerikanischen Monopole sich weigern, die erforderlichen Maschinen zu liefern. Für sie ist es vorteilhafter, Chile im Zustand eines Rohstofflieferanten zu belassen.

Hier ist es am Platze, an eine Begebenheit mit den neuentdeckten Erdölbezirken im Feuerland zu erinnern. Die Regierung und Präsident Gonzalez Videla, der sich zu Beginn seiner Präsidentschaft so stellte, als lasse er sich die Nöte des Volks zu Herzen gehen, haben mehrmals erklärt, Chile werde das Erdöl im Süden mit eigenen Kräften und zu eigenem Nutzen ausbeuten. Aber zur Schaffung von Erdölfeldern bedarf es einer vielfältigen Ausrüstung, die in Chile nicht erzeugt wird. Man ersuchte die USA um eine Anleihe zwecks Ankaufs der Erdölausrüstung. Die USA-Regierungsorgane lehnten die Anleihe ab und gaben zu verstehen, daß man sich deswegen an die Standard Oil Co. wenden solle. Die Antwort dieser Firma war kurz und bündig. Gebt uns eine Konzession, und wir nehmen alle Sorgen der Erdölausbeute auf uns. Schließlich ging es dem Feuerlanderöl ebenso wie dem Atacama-salpeter.

Ebenso steht es mit der Verwertung der andern Bodenschätze — Eisen und Kohle. Der amerikanische Stahltrust Bethlehem Steel schaltet und waltet in Chile wie im eigenen Haus. Als die chilenische Korporation zur Entwicklung der Industrie (Corporación de Fomento de la Industria) an den Bau einer Stahlgießerei in Concepción dachte, da lag die Projektierung des Werks in

den Händen der Coppers Co. (Pittsburgh, Pennsylvania), die Belieferung mit Eisenerz übernahm eine andere amerikanische Gesellschaft, die Bethlehem Chile Iron Mines Co. Und als unlängst die Vollendung des Baus zusätzliche Mittel erforderte, da wurden diese von der American Export-Import Bank in Washington zur Verfügung gestellt. Von den 83 Millionen Dollar, auf die sich die Gesamtkosten des Werks belaufen, sind 52 Millionen amerikanische Einlagen.

Die anderen Wirtschaftszweige bieten das gleiche Bild. Chile exportiert viel Obst, das gänzlich, oft noch vor der Ernte, von dem Monopoltrust American United Fruit Co. aufgekauft wird. Deshalb ist chilenisches Obst in den USA billiger als in Chile. Hier erzeugt man viel Wein, aber die besten Marken werden ins Ausland geschickt. Die Fangarme der amerikanischen Monopole halten die ganze Wirtschaft der Republik umklammert. Selbst das Zahnpulver, das in Santiago verkauft wird und die hoffärtige Aufschrift trägt: „Made in Chile“, ist in Wirklichkeit das Erzeugnis irgendeiner amerikanischen Konzession. Kennzeichnende Zahlen: vor dem ersten Weltkrieg betrugen die USA-Kapitaleinlagen in chilenischen Betrieben 15 Millionen Dollar; 1940 hatten sie 600 Millionen erreicht. Also vierzigmal mehr!

* * *

Das Zentralgebiet Chiles heißt Valparaiso: das „paradiesische Tal“. Hier ist das beste Klima und der fruchtbarste Boden. Valparaiso ist die Kornkammer der Republik. Aber obwohl Chile seine Bevölkerung mit eigenem Brot, Reis, Fleisch und Öl völlig versorgen könnte, wird ein beträchtlicher Teil dieser Lebensmittel aus dem benachbarten Argentinien eingeführt. Das liegt nicht nur daran, daß das in Chile bestehende rückständige, halbfeudale Bodennutzungssystem sehr wenig produktiv ist (die 2800 Wirtschaften der Großgrundbesitzer verfügen über 75 Prozent der Gesamtbodenfläche, 88 000 kleine Bauernwirtschaften hingegen nur über 0,6 Prozent), sondern auch daran, daß die Gutsbesitzer an der Entwicklung der Viehzucht oder des Ackerbaus einfach nicht interessiert sind.

Der Besitzer eines ziemlich großen Guts in der Nähe von Santiago jammerte einmal in meiner Gegenwart, die Hauptstadt beziehe nicht genügend Molkereierzeugnisse.

„Sie haben hier anscheinend das Heft in der Hand“, bemerkte ich. „Warum decken die Bodenbesitzer nicht den Bedarf der Bevölkerung?“

Er erwiderte: „Sie wissen doch, daß man für 1 Liter Milch nur 1 Peso zahlt. Viehzucht ist unvorteilhaft. Mit den billigen Lieferungen Argentiniens läßt sich's schwer konkurrieren... Ich z. B.

züchte lieber Pflanzen, aus denen man Rauschgifte gewinnt. Die finden auf dem argentinischen Markt vorzüglichem Absatz, und mein Devisenkonto wächst.“

Devisen! Das ist das einzige, woran die chilenischen Geschäftemacher denken. Der Peso fällt unaufhaltsam im Kurs, und jeder Industrielle, Gutsbesitzer und Großhändler sucht sich mit dem Scheckbuch einer amerikanischen Bank zu versehen. Nach amtlicher Kotierung kostete der amerikanische Dollar im August 1948 29,9 Peso, aber in den öffentlichen Wechselstuben in Santiago verlangte man für einen Dollar 60—65 Peso. Die Devisenspekulation ist außergewöhnlich verbreitet. Der Staat selber nimmt an ihr teil. Seit 1928 ist in Chile keine Goldwährung in Umlauf. Aber die chilenische Bank emittiert von Zeit zu Zeit 100-Peso-Münzen aus Gold, denen das Datum „1928“ aufgeprägt ist. Dies Geld wird zum Preis von 1800 für 100 Peso auf der Handelsbörse angeboten.

Die Labilität der Wirtschaft und der Währung erzeugt ein Spekulationsfieber. Eine Masse von Ausländern reist nach Chile, einzig um sich zu bereichern. Unter ihnen läßt sich schon eine gewisse Arbeitsteilung wahrnehmen: die Araber z. B. befassen sich vorwiegend mit Textilindustrie, die Deutschen mit Bierbrauerei und Landwirtschaft. In Chile gibt es zahlreiche deutsche Niederlassungen. Interessant ist, daß gegen Ende des Krieges alle Deutschen in Chile, darunter ausgesprochene Hitlerleute, sich wie auf Kommando in „Schweden“ verwandelt, jetzt aber diese Maske wieder abgelegt haben.

Von den bestentwickelten Zweigen der chilenischen Industrie ist die Textilindustrie zu erwähnen (es gibt im Lande etwa 40 Baumwollwebereien, mehr als 40 Spinnereien und 223 Wirkwarenfabriken), ferner die Schuh-, Zement- und Parfümindustrie und die Holzbearbeitungsindustrie. Aber man lasse sich durch diese verhältnismäßig großen Zahlen nicht irreführen: in den meisten Betrieben sind nur 20—30 Arbeiter beschäftigt. Es sind eigentlich kleinere Werkstätten.

Im Kampf um einen Platz an der Sonne und um ein Scheckbuch beuten die chilenischen Industriellen und Gutsbesitzer das Volk ungeheuerlich aus. An den Tagbauten und Gruben, im gelbgrauen Sand der Atacamawüste und in der Pampa de Tamarugal sind die Arbeitersiedlungen oft wie Konzentrationslager mit Stacheldraht umzäunt. Man arbeitet hier wie im Zuchthaus und lebt wie im Gefängnis. Der Kumpel hat oft nicht das Recht, das Grubengebiet auf eigenen Wunsch zu verlassen. Die Not auf dem Lande legt die Pächter an die Kette des Gutsbesitzes und zwingt

sie, ihre kärgliche Hütte und ein Stückchen Land mit der Arbeit ihrer ganzen Familie zu bezahlen.

Als vorgeschrittenstes und sogar fortschrittlichstes Unternehmen gilt in Santiago die Textilfabrik von Yarur. Die geräumigen Gebäude sind ziemlich hell, und ringsum sind genügend Grünflächen angelegt. Es gibt eine Kinderkrippe, wo die Arbeiterin ihr Kind lassen kann, sowie eine Turnhalle... Aber trotz diesen „paradiesischen“ Verhältnissen brechen gerade hier am häufigsten Streiks aus, obwohl die Gewerkschaftsorganisation in der Fabrik schon verboten war, bevor Gonzalez Videla den Feldzug gegen alle demokratischen Elemente ansagte. Yarur wendet sein eigenes, besonders raffiniertes Ausbeutungssystem an, das den Arbeiter in ein stummes Anhängsel der Maschine verwandeln soll. Diesem Ziel dient insbesondere ein ausgeklügelter Schichtwechsel. Nach vierstündiger Beschäftigung kann der Textilarbeiter nach Hause gehen. Aber schon nach 8 Stunden muß er wieder an der Werkbank stehen. Auf diese Weise gelingt es ihm nicht, in 24 Stunden, nach zwei Arbeitsschichten, dem Weg zur Fabrik, dem Rückweg und einem kurzen, künstlich abgebrochenen Schlaf etwas Freizeit für sich herauszuschlagen...

Die materielle Lage des chilenischen Arbeiters ist außergewöhnlich schwer. In den letzten Jahren haben sich die Preise für Bedarfsartikel verdoppelt oder verdreifacht, während die Löhne nicht gestiegen, in manchen Fällen sogar gesunken sind. Um eine sehr bescheidene Existenz zu fristen, muß eine vierköpfige Familie monatlich 6000—6500 Peso ausgeben. Indes bekommt der chilenische Arbeiter, z. B. der Bergarbeiter, für seine schwere 10stündige Arbeit 31 Peso pro Tag, d. h. weniger als 1000 Peso im Monat. Kein Wunder, daß es in Santiago sehr viele sogenannte „Casas sin número“, Häuser ohne Hausnummer, gibt. Das sind Hütten und kleine, aus Bretter-, Sperrholz- und Eisenblechresten gezimmerte Lauben. Hier hausen diejenigen, die keine Wohnung bezahlen können.

• • •

Um die Elendslage der Werktätigen für seine Spekulationen auszunutzen, geizte Gonzalez Videla während der Präsidentenwahlen nicht mit schmetternden Versprechungen. Da gab es alles: der Appetit des amerikanischen Kapitals sollte eingeschränkt, die Lage der Arbeiter verbessert und den Werktätigen sollten politische Freiheiten eingeräumt werden. Videla rief die progressiven Elemente zu Hilfe und nannte die Kommunisten „Freunde“... Mittels dieser Demagogie gelang es ihm, Wählerstimmen zusammenzubringen.

Aber kaum war das Ziel erreicht, als Gonzalez Videla, der von seinen amerikanischen Gönnern entsprechende Instruktionen erhalten hatte, eine Schwenkung um 180 Grad vollführte. Unter der Flagge des Schutzes der Demokratie wird ein faschistischer Feldzug gegen die Überreste staatsbürgerlicher Freiheiten in Chile proklamiert. Den Mitgliedern der Kommunistischen Partei wird das Wahlrecht entzogen und die Partei selber für vogelfrei erklärt. Erwählte des Volks: 5 Senatoren, 15 Mitglieder der Deputiertenkammer, 11 Gouverneure und 167 Bürgermeister werden verfolgt und abgesetzt. Gonzalez Videla beginnt die Ämter zu „säubern“ und demokratische Beamte zu vertreiben. Hunderte von Lehrern werden aus den Schulen hinausgeworfen.

Man hat dem berühmten Dichter Pablo Neruda, der im Volksmund „das Gewissen Lateinamerikas“ heißt, die Senatorenrechte abgesprochen und ihn vor Gericht geladen. Neruda ist gezwungen, sich verborgen zu halten.

Die „Achisten“, die Mitglieder des chilenischen Faschistenverbands (Asociación Chilena Anticomunista), marschieren durch die Straßen von Santiago, werfen sich in die Brust und trumpfen mit soldatischer Schneid auf. Tausende von Demokraten werden in das Todeslager Pisagua geworfen. Gonzalez Videla vollzieht den Befehl der amerikanischen Gebieter von Chile, alle vorgeschrittenen, fortschrittlichen Kräfte im Lande zu unterdrücken, zu drosseln und der uneingeschränkten Herrschaft des Monopolkapitals den Weg zu bahnen.

Die Marionettenrolle schokiert den neugebakenen Diktator nicht. Nach dem Zeugnis von Chilenen, die ihn gut kennen, ist Gabriel Gonzalez Videla ein krankhaft ehrsüchtiger Mensch. Er tut alles, was man von ihm verlangt, und ist bereit, noch mehr zu tun, um nur die persönliche Macht nicht preisgeben zu müssen. Ist es doch bekannt, daß die amerikanischen Monopole mit ungehorsamen Präsidenten lateinamerikanischer Republiken kurzen Prozeß machen...

Paraden und feierliche Kundgebungen, demagogische Reden und üppige Zechgelage — das ist Gonzalez Videla wie er leibt und lebt. Hauptsächlich zwecks Selbstreklame hat er vor einiger Zeit eine prunkvoll aufgelegene Reise in die Antarktis unternommen, wo sein Name einer Insel beigelegt wurde, auf der ein neuer chilenischer Stützpunkt errichtet wird. Aber dieser wortreiche Redner mit den Gebärden eines Provinzanzwalts verliert die Redegabe jedesmal, wenn es gilt, die Interessen Chiles gegen Anschläge ausländischer Imperialisten zu verteidigen. Diktator Gonzalez Videla, gegen das Volk grausam und schonungslos, ist in den Händen der amerikanischen Expansionisten

weiches Wachs, aus dem sie alles kneten können, was ihnen beliebt.

Sein offener Kurs auf Faschisierung des Landes und auf dessen endgültige Knechtung durch das amerikanische Kapital weckt Protestausbrüche und Widerstand in verschiedenen Bevölkerungsschichten.

Mitte November 1948 traten 500 demokratische Persönlichkeiten, die in das Konzentrationslager Pisagua geworfen wurden, demonstrativ in den Hungerstreik. Die Welle der Empörung über die reaktionäre Regierungspolitik ergoß sich durch das ganze Land. Selbst in dem sorgfältig gesiebten Senat wurden Stimmen laut, die die Untersuchung der in diesem Lager herrschenden unmenschlichen Zustände und die Erleichterung der Lage der Häftlinge heischten.

Pablo Neruda ist wie ehemals mit dem Volk, die Welt vernimmt seine Stimme. „Wir fordern, die Chilenen sollen Herren des Brotes sein, das sie verzehren!“ Diese Worte des Dichters wiederholt man im ganzen Land. Und auf Fragen von Ausländern, wo sich Neruda verberge, antworten die Chilenen mit dem Titel eines seiner Bücher: „Residencia en la tierra“, „Wohnstatt auf der Erde“.

Ja, der ganze Erdball ist die Wohnstatt der Ideen, für die Pablo Neruda kämpft, und machtlos sind gegen diese Ideen die Polizeispürhunde der yankeechilenischen Diktatur.

Die Kommunistische Partei ist verboten, aber man verbreitet im Lande ihre illegalen Flugblätter. Auch seit der Zerschlagung der Konföderation der Werktätigen Chiles — einer der mächtigsten Vereinigungen der Werktätigen in Lateinamerika — wachen die Gewerkschaften von Chile weiter über die Arbeiterinteressen und führen den Kampf gegen die Faschisierung des Landes. Weder Polizeiterror noch Verhaftungen noch Todeslager können die Massenbewegungen der Werktätigen gegen die reaktionäre Politik der amerikanischen Monopole und ihrer chilenischen Marionetten zum Stillstand bringen.

Vor nicht allzu langer Zeit wurde in Chile eine neue breite Nationaldemokratische Front geschaffen. Ihre Schöpfer sind Vertreter der verschie-

densten Anschauungen, von solchen, die mit den Kommunisten sympathisieren, bis zu den linken Kräften aus der radikalen Regierungspartei. Sie alle eint der Kampf gegen die reaktionäre Politik der mit dem Faschismus liebäugelnden Regierung. Die in Havanna erscheinende Zeitung „Noticias de Hoy“ berichtete von der großen ersten Kundgebung der Nationaldemokratischen Front auf dem größten Sportplatz von Santiago. Die Kundgebung wurde von Grove, dem Führer der Sozialistischen Partei Chiles, geleitet. Der neue Vorstand der Sozialistischen Partei verjagte aus seinen Reihen die reaktionären Führer Juan Bautista Rossetti und Bernardo Ibañez, der sich als bezahlter Agent der Amerikanischen Arbeitsföderation erwiesen hatte.

Gonzalez Videla wurde durch das Anwachsen des Widerstands gegen seine Politik ernstlich beunruhigt. Er beschloß, seine Reputation aufzubessern, und hielt vor zehntausenden Kumpels, die zu diesem Behufe von den Kohlenindustriellen im Bezirk Lota zwangsweise zusammengeholt worden waren, eine demagogische Rede. Aber es gelang dem Phrasendrescher aus Santiago nicht, die Zuhörer zu täuschen. Ein Korrespondent der erwähnten „Noticias de Hoy“ äußert in seinem Versamlungsbericht:

„Die Kumpels bewahrten Schweigen und kehrten Gonzalez Videla während seiner Rede den Rücken zu.“

Die Dorf- und Stadtbewohner im Bezirk Lota wandten sich demonstrativ ab, als eine Kolonne von Autos, die den Diktator begleiteten, an ihnen vorbeifuhr.

...Reiche amerikanische Vergnügungsreisende fahren an das exotische „Ende der Welt“, um in Viña del Mar, einem Luxusbadeort, Roulette zu spielen, auf den Bergseen im Süden des Landes dahinzugondeln und sich an den Abhängen der Kordilleren mit Wintersport zu amüsieren. Sie sehen den Boden Chiles als amerikanische Domäne an. Aber das chilenische Volk denkt hierüber anders, wie jeder unvoreingenommene Beobachter deutlich wahrnimmt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Befreiungskampf des chilenischen Volks ständig an Kraft gewinnen wird.

In Südrhodesia

(Reiseeindrücke)

P. TSCHEBYSCHEW

DER bekannte britische Erforscher des „dunklen Erdteils“ W. Fitzgerald nennt Südafrika den „von der ‚westlichen‘ Zivilisation am stärksten beeinflussten“ Abschnitt des Kontinents. Wir hatten Gelegenheit, diesen Einfluß mit eigenen Augen zu beobachten, als wir aus Pretoria, der Hauptstadt der Südafrikanischen Union, in die „sich selbst verwaltende“ britische Kolonie Südrhodesia reisten.

Die Grenze Südrhodesias verläuft an den Ufern des Limpopo. In Messina ist über ihn eine große Eisenbahnbrücke geschlagen. Hier, in Messina, sahen wir zum erstenmal die gigantischen Affenbrotbäume, deren Stamm selbst zwei Dutzend Menschen nicht immer umspannen können. Das Holz der Affenbrotbäume ist sehr weich und daher für Bauzwecke ungeeignet, die länglichen Früchte sind nicht schmackhaft, aber die eingeborene Bevölkerung ist genötigt, sie als Nahrung zu verwenden.

Messina gehört zur Südafrikanischen Union, indes arbeiten hier in den Kupfergruben und der Kupferschmelze hauptsächlich Neger, die auf der Suche nach erträglicheren Lebensbedingungen aus Südrhodesia geflohen sind. Sie haben jedoch in den Betrieben Messinas, die einer britischen Gesellschaft gehören, kaum eine Erleichterung ihres Schicksals gefunden...

Unter Lebensgefahr steigt der Kumpel auf Hängeleitern in eine Tiefe von 100—200 Metern. Hier in den Stollen schlagen barfußige, halbbekleidete Menschen bei dem trüben Licht eines Kerzenstummels die Erzstücke mit einfachen Spitzhacken ab. Nachdem sie eine Schicht gearbeitet haben, steigen sie an die Oberfläche und schleppen sich in den Compound.

Der Compound ist die Gemeinschaftsbehausung für die Neger, die aber nicht so sehr an einen Wohnraum für friedliche Werktätige wie an ein Konzentrationslager erinnert. Die Baracken sind mit Stacheldraht umzäunt. Ohne Passierschein darf man das Compoundgelände nicht verlassen, hierüber wachen Polizisten. In den Baracken ist es eng und schmutzig, die Leute schlafen auf kahlen Pritschen, die in drei Reihen übereinander angeordnet sind. Der Eingeborene, der durch einen Werber oder vom Hunger getrieben in die Gruben geraten ist, wird faktisch zum Sklaven.

Er kann die Gruben nur verlassen, nachdem er aus dem einen oder dem andern Grund, zumeist infolge erlittener Körperschäden, seine Arbeitsfähigkeit eingebüßt hat. Dann jagt man ihn unverzüglich davon.

Dieser Anblick regelrechter Sklavenarbeit setzte uns tief. Wir wußten in diesem Augenblick nicht, daß wir in Südrhodesia eine noch grausamere Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung zu sehen bekommen würden.

Nach Erledigung der unkomplizierten Zollformalitäten überquerten wir den Limpopo. Der Weg nach Salisbury, der Hauptstadt Südrhodesias, führte bald durch unberührtes afrikanisches Buschland, bald durch das hohe Gras der Savannen. Die schnurgerade ungepflasterte Chaussee mit zwei geteerten Streifen in der Mitte (für Kraftwagenräder) ist von dornigem Gesträuch gesäumt. Wege dieser Art sind im ganzen Land angelegt. Die britischen Behörden zwingen die Neger zur Instandhaltung der Wege, die für den Transport der im Lande gewonnenen Rohstoffe notwendig sind.

Selten trafen wir auf Eingeborenen-siedlungen. Kümmerliche Hütten: fensterloses Grasgeflecht mit Lehm Boden. Die Siedlungen sind spärlich bewohnt. Man hat die meisten Männer in die Gruben und auf die Plantagen geholt. Daheimgeblieben sind nur Frauen und Kinder. Ihre apathischen Blicke begleiteten unser Auto.

In der Nähe einer solchen Siedlung begegneten wir einem eingeborenen Mediziner. In Tierhäute gekleidet, trug er seine ganze Apotheke mit sich: eine Sammlung gedörrter Kräuter sowie Spielwürfel. Es zeigte sich, daß der Quacksalber, bevor er sich zur Heilung eines Kranken anschickt, aus den Würfeln zu erraten sucht, ob es eine Aussicht auf Genesung gebe. Krankheiten sind in den Eingeborenen-siedlungen infolge des Hungers und des Elends außergewöhnlich verbreitet. Ärztliche Betreuung gibt es nicht. Unter diesen Verhältnissen gedeihen Zauberer und Kurfuscher.

Daß die britischen Kolonialbehörden nicht einmal für die elementarsten Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung sorgen, springt nicht weniger in die Augen als die Ausbeutung der Eingeborenen in Gruben, auf Plantagen und in

Fabriken, die britischen Kolonialgeschäftleuten gehören. In Salisbury waren wir in einer Tabakfabrik. Von ihren 600 Arbeitern sind 500 Neger, dabei größtenteils Kinder. Die kleinen zerlumpte Gestalten sitzen von morgens bis abends in halbdunklen Bretterschuppen, in Wolken beißenden Tabakqualms gehüllt, und drehen Zigarrenblätter zusammen. Bei Normerfüllung zahlt man dem Kind 7 Schilling 6 Pence pro Monat.

Dreißig Meilen von Salisbury entfernt sind auf den Citrusplantagen von Mazoe, die gleichfalls einer britischen Firma gehören, etwa 30 000 Eingeborene und nur ein paar Europäer beschäftigt. Für monatlich 10 Schilling muß der Neger von morgens bis abends arbeiten. Die Plantage umfaßt 50 000 Acre. Die gesamte Ausbeute an Apfelsinen und ihrem Saft wird nach England geschickt. Um die Preise zu halten, läßt man alljährlich viele Früchte verderben und wirft sie weg. Die einheimische Bevölkerung hungert, ist aber nicht einmal imstande, diese Fähnisprodukte zu kaufen.

Die Plantagenarbeiter hausen ebenfalls in Compounds, die an Konzentrationslager erinnern. Der Raumangel und der Schmutz sind fürchterlich. Nur einzelnen Familien ist gestattet, sich auf dem Boden anzusiedeln, der der Gesellschaft gehört. Aber hierfür müssen alle arbeitsfähigen Familienmitglieder, auch die kleinen Kinder, unentgeltlich auf den Plantagen arbeiten.

In den Goldgruben nahe der Stadt Umtali nahmen wir die entsetzlichen Bedingungen wahr, unter denen die Negerkumpels arbeiten. Bekleidet mit Säcken, die Schlitz für Kopf und Hände haben, höhlen barfußige Menschen mit bloßen Händen das feste Felsgestein aus und verladen es. Das gleiche Bild bietet sich in den Asbestgruben in Shabanie, wo an die 7000 Neger beschäftigt sind, ferner in den Kohlengruben im Bezirk Wankie und in den Chromgruben in Selukwe.

Ein charakteristischer Zug: nach Schichtende müssen die Arbeiter so lange warten, bis das gewonnene Erz zutage gefördert ist. Erst dann werden die Förderkörbe den Arbeitern zur Ausfahrt überlassen.

In Shabanie berichtete man uns, daß im Durchschnitt bis zu 100 Menschen täglich aus den Gruben fliehen.

Die Asbestgewinnung nicht nur in Südrhodesia, sondern auch im britischen Protektoratsgebiet Swasiland und in der Südafrikanischen Union wird von dem Konzern Turner & Newall, Ltd. betrieben. Die Grubenverwaltung schämt sich der schändlichen Arbeitsbedingungen ihrer Arbeiter nicht im geringsten. Um so ungeheuerlicher nehmen sich dem gegenüber die Versuche aus, „Sorge“ für die eingeborenen Arbeiter zu heucheln. In Shabanie

zeigte man uns z. B. das „Stadion“, einen kleinen, in keiner Weise hergerichteten, mit Asbeststaub bedeckten Platz, auf dem die Neger Fußball spielen dürfen, sowie einen Klub — einen primitiven Schuppen, in dem ein Filmapparat aufgestellt ist. Als besondere Errungenschaft erwähnte man, daß es bei den Gruben eine Schule gibt, die die Arbeiterkinder 2—3 Jahre lang für monatlich einen Schilling besuchen können.

„An andern Orten sind die Arbeitsbedingungen für die Neger weit schlechter“, erklärten unsere englischen Begleiter voll Stolz.

Hiermit hatten sie zweifellos recht. Wir überzeugten uns, daß in den hiesigen Gebieten die Grundschule ein Luxus ist. Nebenbei bemerkt sahen wir ebendort, in Shabanie, einen ausgezeichneten Klub, ein Schwimmbassin und Sportplätze, aber nicht für die Neger, sondern für eine Handvoll europäischer Angestellter.

Im Bezirk Wankie lagern die Steinkohlenmassen sehr dicht an der Erdoberfläche. Die Kohlen werden im Handbetrieb gefördert, was sehr billig ist. Der Selbstkostenpreis der Kohle beträgt für die Firma Wankie Collieries, Ltd. 6 Pence pro Tonne, sie jedoch setzt die Kohle für 10 Schilling 9 Pence pro Tonne ab. Der Profit ist kolossal. Wozu sollte man hier Maschinen einführen?!

„Das ist unvorteilhaft“, erklärte man uns. „Für eine Schrämmaschine oder einen Triebwagen braucht man qualifizierte europäische Arbeiter und muß ihnen monatlich 40 Pfund Sterling zahlen, aber der Eingeborene bekommt nur ein halbes Pfund...“

Das in Selukwe gewonnene Chrom sowie Asbest, Kohle, Tabak und Früchte — all dies wird exportiert. Auf den Teeplantagen baut man vorzüglichen Tee — gleichfalls ausschließlich für die Weißen. Die Eingeborenen müssen mit dem Abfall vorliebnehmen.

Nach England sendet man Dörrobst, Gefrierfleisch und andere Lebensmittel. In den Compounds beköstigt man die Arbeiter tagtäglich mit einem und demselben fettlosen Maisbrei, genannt „Mili-Mili“. Manchmal werden dem „Mili-Mili“ Bohnen und gedörrter Fisch beigegeben. In einem speziellen Büchlein wird jedesmal die Nahrungszuteilung vermerkt, damit niemand eine Doppelportion erhalte.

Hunger, Erschöpfung und Elend — das ist alles, was die 60jährige Herrschaft des britischen Imperialismus der Bevölkerung Südrhodesias gebracht hat. Die Kolonisatoren denken nicht an die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und an das Wohlergehen seiner Bevölkerung. Sie gewinnen nur das, was leichten Profit bringt. Das Klima und der Boden Südrhodesias sind den

verschiedensten Pflanzensorten günstig, aber verbreitet sind nur zwei von ihnen, Mais und Tabak, die man exportiert. Es gibt im Lande fast keine Metallindustrie, abgerechnet ein paar Werkstätten in Bulawayo. Die gewaltigen kraftwirtschaftlichen Möglichkeiten werden nicht ausgenutzt. Der Sambesi hat den größten Wasserfall der Welt, die Viktoria-Fälle, die aber nur als Sehenswürdigkeit für reiche britische Vergnügungsreisende dienen.

Südrhodesia bleibt ein Agrar- und Rohstoffanhängsel des Mutterlands. Vor dem Krieg wurde der Warenbedarf der Kolonie durch Import aus England gedeckt, aber letzthin hat sich hier die Handelsaktivität der amerikanischen Monopole verstärkt. Sie beliefern das Land mit billigen Waren von niedriger Qualität. Die Läden in Salisbury, Bulawayo und andern Städten sind mit standardisiertem amerikanischem Plunder überschwemmt. Das beunruhigt die britischen Geschäftsmacher, aber sie sind außerstande, irgend etwas dagegen zu unternehmen, obwohl sie sehen, wie das amerikanische Kapital den afrikanischen Markt erobert.

Das Land ist dünn bevölkert. Gewaltige Landstriche sind verödet, der ganze Boden aber ist aufgeteilt. Sein größter und bester Teil gehört Europäern. Nach Angaben aus dem Jahre 1926 waren 19 Millionen Hektar Boden für 57 000 Weiße reserviert, während 1 250 000 Eingeborenen nur 11 Millionen Hektar zugeteilt waren.

Zehntausende Eingeborene sind von der Scholle vertrieben. In den Reservaten — den Eingeborenen-siedlungen — sind die Parzellen derart klein und ihre Bearbeitung wird so primitiv betrieben, daß eine Familie in der Regel nicht davon existieren kann. Die landlosen und unversorgten Negermassen bilden die Reserve an billigen Arbeitskräften, die von den verschiedenen britischen Unternehmungen ausgenutzt wird.

Die Verwaltung der Fabriken, der Kohlen- und Erzbergwerke, der Plantagen schließt mit den Eingeborenen knechtende Verträge ab, nötigt sie zur Arbeit unter Zuchthausbedingungen und setzt sie sogar hinter Stacheldraht unter Polizeiaufsicht. Natürlich läßt sich hierdurch die Flucht der Neger, die erträglichere Lebens- und Arbeitsbedingungen suchen, aus Südrhodesia in andere Gebiete Afrikas nicht aufhalten. Was sie dort finden, haben wir in Messina gesehen...

Die eingeborene Bevölkerung ist der elementaren wirtschaftlichen und politischen Rechte beraubt. Dem Gesetz zufolge steht in Südrhodesia das Wahlrecht solchen Personen zu, die das 21. Lebensjahr vollendet, mindestens 6 Monate im Lande zugebracht haben, ein Haus im Wert von

mindestens 150 Pfund Sterling besitzen und ein Jahreseinkommen von nicht weniger als 100 Pfund beziehen (zugelassen ist statt dessen auch der Besitz eines registrierten Grundstücks zur Gewinnung von Bodenschätzen). Ob wohl viele Stammeinwohner des Landes diesen Anforderungen entsprechen? Außerdem wird Personen, die das Englische nicht beherrschen und außerstande sind, einen Fragebogen selbständig auszufüllen, das Wahlrecht entzogen.

Die ganze Macht ist in den Händen einer europäischen Minderheit konzentriert, in den Händen einer Handvoll Geschäftsmacher, die mittels des von ihnen geschaffenen Parlaments und der von ihnen eingesetzten Regierung die Kolonie gänzlich. Nicht genug damit ist, obwohl Südrhodesia auch als sich selbst verwaltende Kolonie bezeichnet wird, dem Mutterland das Recht vorbehalten, die vom Parlament ausgearbeiteten Gesetze nicht zu bestätigen.

Die ganze britische Politik in Südrhodesia ist von Rassendiskrimination begleitet. Schon vor mehr als 40 Jahren wurden Eingeborenengettos (locations) durch Gesetz eingeführt. Man isolierte die Neger vom europäischen Bevölkerungsteil. Später führte man die Registrierung der Eingeborenen ein. Ist ein Neger auf Arbeitsuche in einer Stadt angekommen, so muß er eine besondere Erlaubnis erhalten, um auch nur in speziell abgeteilten Bezirken nächtigen zu dürfen. Nach einer bestimmten Tageszeit darf der Neger sich nicht auf der Straße zeigen, selbst wenn er in dieser Stadt arbeitet.

Genau wie in der Südafrikanischen Union ist in Südrhodesia die ganze arbeitsfähige männliche Bevölkerung mit einer Kopfsteuer von jährlich 1 Pfund Sterling belegt. Für die Mehrheit bedeutet das einen Zweimonatslohn. Außerdem sind andere Steuern und Abgaben zu entrichten. Dem Eingeborenen bleibt im Endergebnis eine so geringe Summe, daß er nicht imstande ist, den Wohnraum für seine Familie zu bezahlen. Die Familie des Arbeiters, der in der Stadt lebt, bleibt in der Regel im Dorf — im Reservat. Sie verfällt. Die Prostitution nimmt zu, es breiten sich Geschlechtskrankheiten aus.

Natürlich suchen die Kolonisatoren den Anschein zu erwecken, als sorgten sie für das Wohlergehen der eingeborenen Bevölkerung. Die offiziellen britischen Politiker z. B. reden gern von den tausenden Pfund Sterling, die für die Bildungsbedürfnisse der Bevölkerung Südrhodesias bewilligt werden. Jedoch bei näherer Betrachtung sieht man folgendes: nach amtlichen Angaben betrugen im Jahre 1945 die Ausgaben für

Eingeborenschulen 184 106 Pfund Sterling, d. h. weniger als 3 Schilling pro Person, die Ausgaben für die Bildung der Europäer hingegen 485 649 Pfund, d. h. über 7 Pfund Sterling pro Person. Nicht weniger als das Fünfzigfache!

So steht es mit allem. In den Städten, die mit dem Arbeitsschweiß und dem Blut der dunkelhäutigen Bevölkerung errichtet worden sind, genießen die weißen britischen Herren die Güter des Lebens. Auf der Reise durch das Land er-

blickten wir ihre reichen Farmen, ihre luxuriösen Villen, ihre Läden, Häuser und schönen Parks.

Die Vertreter Englands, der USA und Hollands haben sich kürzlich auf der Genfer Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO für das Kolonialregime als einen fortschrittlichen Faktor im Leben „rückständiger“ Länder ins Zeug gelegt. Wie empörend heuchlerisch klingen diese Reden angesichts der grauenvollen Wirklichkeit Südrhodesias!

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

„Der Profitmacher“

N. KRYMOWA

UNTER den Neuerscheinungen der norwegischen Nachkriegsliteratur hat ein Buch Øivind Bolstads, „Der Profitmacher“*, vor allem durch die Aktualität seines Themas Beachtung gefunden.

Die von ihm aufgeworfenen Probleme bewegen nicht nur das norwegische Volk, sondern auch die Völker vieler anderer Länder, die die deutsche Okkupation durchgemacht haben. Heute zieht der USA-Imperialismus mit Hilfe der rechtsstehenden Sozialdemokraten, dieser „Blutspender des Kapitalismus“, wie Martin Andersen Nexø sie treffend genannt hat, diese Länder in militärische Blocks hinein.

Der norwegische Schriftsteller erzählt in seinem Roman, wie Verräter, die an der Belieferung der Deutschen während der Okkupationszeit Millionen verdient haben, nicht nur unbestraft bleiben, sondern auch, nachdem sie „umgesattelt“ haben und in den Dienst neuer, transatlantischer Herren getreten sind, zu Agenten fremder imperialistischer Mächte in ihrem Lande werden.

Die Leidensperiode der Okkupation, der schwere Kampf gegen die deutschen Faschisten ist zu Ende, die Periode des Wiederaufbaus beginnt. Aber die reaktionären Kräfte hindern das Volk, die ihm von der Okkupation geschlagenen schweren Wunden zu heilen. Sie sind bereit, mit der um einen so hohen Preis errungenen Freiheit und Unabhängigkeit des Landes Handel zu treiben. Sie nutzen die politische Blindheit der einen, die Müdigkeit der anderen aus. Von den Kirchen-

kanzeln wird gepredigt, man müsse alles vergeben und vergessen, man müsse Barmherzigkeit gegen diejenigen üben, die das Land an die Deutschen verkauft haben.

Worte wie diese, man müsse „objektiv“ sein und „auf christliche Weise seine Feinde lieben“, finden lebhaften Widerhall in Familien, wo der Sohn, der Bruder oder der Vater vor Gericht steht oder vor Gericht kommen soll, wo sich ein „gestreifter“ (so haben die Norweger diejenigen getauft, die, ohne sich den Nazis offen anzuschließen, doch mit diesen sympathisierten) Neffe oder Onkel fand, der am Kriege verdient hat, oder auch ein anderer Verwandter, der sich zu einem Zechkumpan der Hitlerfaschisten hergegeben hat.

„Versöhnung (fred)! Das ist das Register, das Tag für Tag stärker und stärker gezogen wird... Es dringt in die Gerichtssäle und beeinflusst die Richter. Viele von denen, die ernstlich ihre Bestrafung gefürchtet hatten, hören auf, an die Realität der Strafe zu glauben.“

Man beginnt diejenigen, die den Nazismus bekämpft haben, in den Hintergrund zu drängen. Umgekehrt werden die Gruppen früherer Nazis immer frecher. Es gibt Zeitungen, die ihnen helfen, „Glauben an sich selbst zu gewinnen“. Es erfolgt eine entsprechende Bearbeitung der öffentlichen Meinung, wobei die Argumente aus der gleichen stinkenden Quelle geschöpft werden, deren sich auch die Nazis bedienten. Man schürt Haß gegen die Sowjetunion — das Land, das die Welt vor dem Nazismus gerettet hat. In der Kunst schalten und walten die Sartre, die den Glauben an das Leben und die Tapferkeit der Menschen vergiften.

* Øivind Bolstad, Profitøren, Gyldendal Norsk Forlag, Oslo 1947.

Es wird der Weg gebahnt für einen neuen Faschismus.

Das ist die Nachkriegsatmosphäre, in der die Handlung des Romans sich entfaltet.

Ludvig Kram ist der Direktor der Schiffswerft seines Schwiegervaters Leonard Hoffmann. Während des Krieges verdienten Hoffmann und Kram Millionen an der Lieferung von Minenteilen und Barackenöfen für die Hitlerfaschisten. Der erfahrene und durchtriebene Hoffmann spielt geschickt die Rolle eines alten, in den Ruhestand getretenen Fabrikanten. Sein Interessenkreis beschränkt sich auf Sorgen um den Enkel und auf seine Briefmarkensammlung. Er hatte angeblich keine Ahnung, was auf der Werft geschah. Die öffentliche Meinung wird irreführt. Für einen Kriegsspekulanten und Kollaborationisten hält man lediglich Kram.

Die Handlung des Romans beginnt mit einem Streik der Arbeiterschaft. Die Streikenden bringen unwiderlegliche Beweise dafür bei, daß Kram mit den Deutschen zusammengearbeitet hat, und verlangen ein Gerichtsverfahren gegen ihn. In der Presse erscheinen Artikel, die ihn entlarven. Auf Schritt und Tritt trifft Kram künftige Anklagezeugen. Der Chauffeur Olsen hat die von ihm im Automobil mit den Deutschen geführten Gespräche gehört und einmal gesehen, wie Kram von einem dicken, besoffenen deutschen Oberst umarmt wurde. Kram erinnert sich des Ausdrucks in den Augen Olsens, der im Rückspiegel sichtbar war. Die Schwestern Jansen, die mit Blumen handeln, wissen, daß deutsche Offiziere der Frau Krams — Tora Kram — Blumen schickten. Der Telegraphenangestellte Ornes nahm einmal von Kram ein Geburtstagstelegramm an einen Oberleutnant Schulze an, ferner ein anderes Telegramm mit dem Angebot, Öfen besonderer Konstruktion für die finnische Front zu liefern.

„Kram fühlte sich, als ob er über ein unsichtbares elektrisches Feld ginge, dessen Spannung von Person zu Person übersprang, von der einen Seite der Straße auf die andere, gruppenweise transformiert und durch das Lokalnetz weitergegeben in jede Küche, jede Stube...“

Für Hoffmann und Kram gab es stets nur ein Gesetz und ein Ziel — Geld zu hecken. Daß dieser Profit in manchen Fällen Verrat und Gemeinheit bedeutete, rührte sie wenig.

Während der Weltwirtschaftskrise hatte die Firma Hoffmann & Co. kein Interesse für die Leiden des Volkes gehabt. Es war ihr gelungen, ihre Kapitalien rechtzeitig aus der „geliebten“ Heimat an sicherere Stellen zu verbringen. Während das Geld ohne Bewegung lag, standen die Fabriken still, wurden die Arbeiter auf die Straße geworfen, verloren die Bauern ihre Scholle

und die Fischer ihre Boote. Hoffmann & Co. behielten nicht nur ihre Kapitalien, sie bereicherten sich auch an den Leiden des Volkes. Nichts konnte ihnen auf dem Wege zur Bereicherung Einhalt gebieten — weder Vaterlandsverrat noch der Ruin der Freunde. Alles opferten sie ohne Gewissensbisse dem Wolfsgesetz des Profits auf. Am 9. April 1940 nun, an welchem Tage das Land von den hitlerfaschistischen Eindringlingen okkupiert wurde, galt für sie das gleiche Gesetz. Das Leid und das Blut des Volkes brachten ihren neuen Millionen ein.

Jetzt aber droht die Gefahr, dafür geradestehen zu müssen. Krams Lage scheint hoffnungslos zu sein. Ein naher Freund, der mit ihm durch gemeinsame Lieferungen an die Hitlerfaschisten verbunden war und in dessen Archiven sich Dokumente befinden, die Kram kompromittieren, ist verhaftet. Zunächst ist Kram bestürzt. Fliehen kann er nicht. Ihn packt Todesangst vor der nahenden Vergeltung. Aber alsbald faßt er einen neuen Räuberplan. Er und sein Schwiegervater — der alte Hoffmann — hassen einander. Hoffmann hat im Grunde nichts dagegen, daß Kram vor Gericht kommt. Kram aber droht auch ihn mit sich zu reißen. Es gelingt ihm, Hoffmann zu beweisen, daß dieser, wenn er sich selbst retten wolle, auch Kram helfen müsse, sich aus der Affäre zu ziehen. Es beginnt eine neue Spekulation: die Wiederherstellung des „guten Namens“ eines Profitmachers und Kollaborationisten.

Vor allem wird eine Zeitung bestochen, die gegen Kram aufgetreten ist. Die Sache macht sich recht einfach — man entzieht der Zeitung die Anzeigen und die Subsidien. Es handelt sich um Tausende von Kronen und den Ruin des Verlegers. Die Zeitung beginnt das zu drucken, was Kram nötig hat.

Auf dem Territorium des Betriebs finden sich zerrissene und beschmutzte Porträts des aus dem Exil zurückgekehrten Königs. Kram erklärt, das könnten nur die streikenden Arbeiter getan haben. Einer ihrer Führer wird verhaftet. In Wirklichkeit hat Kram selbst die Bilder zerrissen. Es gibt nur einen Zeugen — den alten Arbeiter Olaf, der von Hoffmann & Co. schon lange bestochen ist. Er ist invalide. Sagt er auch nur ein Wort gegen den Besitzer, so droht ihm der Hungertod.

Olaf schweigt, und der Arbeiter Henry wandert ins Gefängnis.

In der Presse beginnt eine Hetze gegen die Arbeiter, die zu einer Zeit streiken, wo das Land „des Wiederaufbaus und der Erweiterung der Produktion bedarf“. Sie werden mangelnden Patriotismus bezichtigt. Der Führer der Arbeiter ist Arvid Hamre, ein unbescholtener Mann von großem Ansehen. Er muß verdächtig, muß

kompromittiert werden. Blätter, die noch vor kurzem im Dienste der Naziokkupanten gestanden haben, setzen schmutzige Gerüchte gegen den ehrlichen Arbeiter in Umlauf. Der Abstinenzler Arvid wird zu einem Alkoholiker, einem Syphilitiker, einem gemeingefährlichen Element gestempelt. Beweise gibt es nicht und kann es nicht geben, aber die Fama tut ihr Werk.

Gekauft und bestochen werden alle, die Kram irgend entlarven könnten. Im Laden der Schwestern Jansen werden Reparaturarbeiten vorgenommen; dem Kind des Telegraphisten wird eine solide Summe aufs Sparkassenbuch einbezahlt; um den Geistlichen zu gewinnen, wird das Angebot gemacht, die Kirche auf Kosten der Firma Hoffmann zu erweitern und auszubauen. Die Firma gibt ihre Absicht bekannt, eine Reihe sozialer und materieller Einrichtungen für Arbeiter zu schaffen. Dem Gewerkschaftsführer Holmsen, der die Streikenden unterstützt, macht Hoffmann den Vorschlag, auf der Werft einen Betriebsrat zu schaffen, um in Zukunft „Mißverständnisse“ zu vermeiden.

Gleichzeitig wird die Lesart in Umlauf gesetzt, Kram habe, als er deutsche Aufträge annahm, nicht gewußt, daß es sich um Minenteile handelte. Dies wird von „durchaus patriotischen“ Zeugen bestätigt. Daneben läuft noch die andere Lesart um, die Firma habe von den durch die Lieferungen an die Hitlerfaschisten erhaltenen Geldsummen keine einzige Krone für sich verwendet. Alle diese Gelder seien auf einem besonderen Konto angelegt und könnten in jedem beliebigen Augenblick dem Staat zur Verfügung gestellt werden.

Aber das ist noch nicht alles. Der hohe Staatsbeamte Arnold Seem, alter Agent eines ausländischen Spionagedienstes, ist ein Freund Hoffmanns. Kram bietet ihm seine Dienste an. Es kommt zu einer Aussprache. „Wir sind in das Atomzeitalter eingetreten“, sagt Seem. Er läßt sich dahin vernehmen, die „alten Vorstellungen“ von Ehre und Pflicht gegenüber dem Vaterland bestünden nicht mehr. Heute könne es nur ein einziges Ziel geben: den Platz und die Rolle Norwegens in einem künftigen Krieg rechtzeitig vorzubereiten. Seem erklärt:

„Im nächsten Krieg wird Norwegen die Rolle eines ... landfesten Flugzeugträgers (hangarskip) spielen... Vielleicht wird auch gewünscht werden, daß unser Land im nächsten Krieg als Artillerieschiff diene. Es beherrscht den militärisch wichtigen, vielleicht sogar entscheidenden Luftraum über dem Nordpol. Dieser aber beherrscht jeden Fleck in Europa und liegt außerordentlich günstig für Beschießungen auf große Distanzen. Außerdem muß hinzugefügt werden, daß das Schicksal Schwedens voll und ganz vom Schicksal Norwegens abhängt... Wir müssen dafür sorgen, daß wir auf die erforderliche Seite treten. Am besten wäre es,

das schon in Friedenszeiten zu tun. Und so schnell wie möglich.“

Kram ist bereit, „befeundeten Regierungen“ zu dienen. Das von Seem geleitete Departement erteilt Hoffmann & Co. den dringenden „patriotischen“ Auftrag, Fischereifahrzeuge und Walfangboote zu reparieren. Diese Bestellung hebt mit einem Schlage Krams Reputation.

Den streikenden Arbeitern sind alle Trümpfe aus der Hand geschlagen. Der Gewerkschaftsvertreter legt ihnen nahe, die Arbeit wiederaufzunehmen. Ihre Front ist gespalten. Hoffmann spielt geschickt die Rolle eines „Vaters der Arbeiter“. Er ist so väterlich fürsorglich, so rührend alt, so ganz unähnlich einem kapitalistischen Ausbeuter. Er denkt nur an eins — das „verhängnisvolle Mißverständnis“ aus der Welt zu schaffen und gemeinsam mit „seinen Arbeitern“ dem Vaterland und dem Volk zu dienen. Manch einer beißt auf seinen Köder an.

Arvid Hamre sieht das niederträchtige Spiel Hoffmanns und Krams. Mit Erbitterung und Wut sagt er zu Holmsen, dem Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaft:

„Ihr habt in uns die passive Vertrauensseligkeit wachgerufen. Gerade ihr solltet jetzt echte Ankläger und Führer der Aktion sein. Ihr aber manövriert so, daß wir nach den Verhandlungen am grünen Tisch mit leeren Händen dasitzen. Wir haben uns geschwächt... wir haben uns selbst gespalten. Schon das allein ist ein Verbrechen vor der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften machen uns zu Regierungslakaien. Das kann Konsequenzen haben.“

* * *

Die Kraft des Bolstadtschen Romans liegt in seiner Wahrhaftigkeit. Er hat die Schwären des gesellschaftlichen und politischen Lebens Norwegens aufgedeckt. Jede Gestalt des Romans ist typisch. Ganz kürzlich traten in dem Chemiebetrieb in Herø lebendige Holmsens gegen die streikenden Arbeiter auf, die eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Lohnerrhöhung forderten. Der Streik erreichte sein Ziel nicht, da die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen mit den Unternehmern ein Komplott schlossen. Die lebendigen Holmsens sind schon längst auf die Seite der Kapitalisten übergegangen und unter Mißbrauch des Namens von „Arbeiterführern“ spalten sie die Arbeiterklasse, entfalten sie eine Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion, gegen die Länder der Volksdemokratie. Ihr Ziel ist nicht der Kampf für die Forderungen der Arbeiter, für die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen, sondern die Liquidierung der Arbeiterbewegung, die Verwandlung der Arbeiter in eine passive Herde, die nicht denkt, nicht urteilt, die sich restlos dem Willen der Kapitalisten fügt.

Auch Arnold Seem ist keine ausgedachte Figur. Solche Typen gedeihen in Norwegen nach dem Kriege. Die von Seem im Gespräch mit Kram angeführten Argumente kann man in jeder der zahlreichen bürgerlichen oder sozialdemokratischen Zeitungen finden, die für den Eintritt Norwegens in den gegen die Sowjetunion gerichteten aggressiven Militärblock der Westmächte eintreten. So schrieb „Morgenbladet“ vor kurzem in einem Artikel über die Notwendigkeit eines Atlantikpakts:

„Jeder kann auf der Karte mit einer der Entfernung von 3300 Kilometer entsprechenden Zirkelöffnung einen Kreis um die wichtigsten Industriezentren der Sowjets ziehen und allein auf diese Weise herausfinden, wo Basen liegen müssen. Von Skandinavien aus sind alle wichtigsten Objekte in Rußland zu erreichen, und die Flugzeuge können dann zu ihrer Basis zurückkehren.“

Durch die Bemühungen der Kram und der Seem wird Norwegen marshallisiert. Sein wirtschaftlicher Vierjahrplan sieht nicht auf den Entwicklungsinteressen der norwegischen Volkswirtschaft aufgestellt, sondern auf den Interessen der amerikanischen Monopolisten. Ein Beispiel: Norwegen müßte alle Wirtschaftszweige, darunter auch die Land- und Forstwirtschaft, entwickeln, der Vierjahrplan aber sieht im wesentlichen die Entwicklung der militärisch wichtigen Zweige der Exportindustrie und der Handelsflotte, besonders der Tankerflotte, vor. Etwa 20 Prozent des Staatshaushalts entfallen auf

Rüstungsausgaben. Dies bedeutet, daß jeder Steuerzahler dieses friedlichen Landes jährlich durchschnittlich 400 Kronen allein für militärische Zwecke aufzubringen hat. Die regierenden Kreise Norwegens spielen eine nicht beneidenswerte Rolle, indem sie sich initiativ für den Eintritt aller drei skandinavischen Länder in den nordatlantischen Aggressionsblock einsetzen. Diese Politik wird diktiert von den Seem und den Kram, die Norwegen in einen militärischen Stützpunkt des USA-Imperialismus verwandeln wollen.

„Sie fürchten den Frieden“ (Freden skremmer dem) — zu dieser Schlußfolgerung gelangte die norwegische Schriftstellerin Torborg Nedreaas, wo sie die Politik der rechtsstehenden Sozialdemokraten Norwegens charakterisiert, die von der fortschrittlichen Presse in treffender Weise „Atomdemokraten“ getauft worden sind.

In dieser Situation gewinnt Bolstads Roman einen besonderen Klang. Er entlarvt nicht nur die Reaktionäre, die Norwegen en gros und en détail verschachern, die sich beeilen, das Land in ein Anhängsel der aggressiven Militärunion zu verwandeln. Er macht den Leser auch mit den Volkskräften bekannt, die sich dieser Politik widersetzen und die von allen progressiven und demokratischen Völkern der Welt unterstützt werden. Schon das Erscheinen des Romans ist ein Beweis für die gesellschaftliche Aktivität dieser demokratischen Volkskräfte.

22. Januar

Fünfundfünfzig Vertreter demokratischer Parteien, Gruppen und Volksorganisationen Chinas, die in den befreiten Gebieten eingetroffen sind, veröffentlichen eine Erklärung, in der sie die vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas aufgestellten acht Bedingungen für einen demokratischen Frieden voll und ganz unterstützen.

23. Januar

Die ersten Truppenteile der chinesischen Volksbefreiungsarmee marschieren in Peiping ein, dessen Garnison kapituliert und die Stadt kampfflos übergibt.

Eine in Delhi abgehaltene Konferenz von 17 Ländern Asiens und des Nahen Ostens wird geschlossen.

24. Januar

In Beantwortung der vom 3. Januar d. J. datierten Noten der USA, Großbritanniens und Frankreichs betr. Repatriierung der deutschen Kriegsgefangenen übermittelt die

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Januar 1949

Sowjetregierung diesen Mächten eine Denkschrift, in der dargelegt wird, daß Erklärungen, deutsche Kriegsgefangene würden in der Sowjetunion festgehalten, den wahren Sachverhalt entstellen. Die drei Regierungen sind bemüht, die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung von zahlreichen Tatsachen abzulenken, die davon zeugen, daß eine große Anzahl deutscher Kriegsgefangener unter der Maske zu üblichen Bedingungen eingestellter Arbeitskräfte auf Territorien zurückgehalten werden, die von den britischen und französischen Behörden kontrolliert werden.

In Moskau wird ein Abkommen zwischen der Sowjetunion und Rumänien über gegenseitige Warenlie-

ferungen und Zahlungsausgleich für 1949 unterzeichnet, desgleichen ein Abkommen über die Gewährung technischer Hilfe an Rumänien. Der Warenaustausch zwischen beiden Ländern wird im Vergleich zu 1948 um das Zweieinhalbfache steigen.

Eröffnung der vierten Tagung des UNO-Vormundschaftsrates in New York.

Die Provisorische Volksdemokratische Regierung des Freien Griechenlands protestiert beim Sicherheitsrat und bei den UNO-Mitgliedsstaaten gegen die Einmischung der USA in die Angelegenheiten Griechenlands.

Die französische Regierung erkennt den Staat Israel de facto an.

In Kopenhagen wird die zur Erörterung der geplanten Bildung einer Union der nordischen Länder einberufene Konferenz der Regierungsvertreter Schwedens, Norwegens und Dänemarks geschlossen.

25. Januar

Veröffentlichung einer Mitteilung der Statistischen Verwaltung der RSFSR über die im Jahr 1948 erzielten Ergebnisse in der Erfüllung des Staatsplans für die Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaft der RSFSR. Der Jahresplan für die Bruttoproduktion der gesamtrepublikanischen und örtlichen staatlichen Industrie der RSFSR wurde zu 106 Prozent erfüllt. Die Bruttoproduktion der gesamten Industrie übersteigt das Niveau des Vorkriegsjahres 1940 um 19 Prozent.

Die Presse veröffentlicht eine Mitteilung über eine im Januar d. J. in Moskau abgehaltene Wirtschaftsberatung von Vertretern Bulgariens, Ungarns, Polens, Rumäniens, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei sowie über die Gründung eines Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe aus Vertretern der Länder, die an der Beratung teilnahmen.

In Berlin wird die 1. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eröffnet.

Parlamentswahlen im Staat Israel. Nach vorläufigen Angaben hat die zionistische Labourpartei David Ben Gurions (MAPAI) die meisten — 35,5 Prozent — der abgegebenen Stimmen erhalten.

26. Januar

In Bukarest wird ein rumänisch-polnischer Vertrag über gegenseitige Freundschaft, Zusammenarbeit und Beistand unterzeichnet.

Die Gewerkschaftszentralen Bulgariens, Rumäniens und Ungarns übermitteln der Weltföderation der Gewerkschaften ihren Protest gegen die Versuche der englisch-amerikanischen Vertreter, die internationale Gewerkschaftseinheit zu zerstören.

In Washington wird eine von 49 Staaten, darunter der Sowjetunion, beschickte internationale Weizenkonferenz eröffnet.

Der Generalrat des britischen Trade-Union-Kongresses bestätigt den Beschluß über den Austritt aus der Weltföderation der Gewerkschaften.

Die Berufungsspruchkammer für Entnazifizierungsangelegenheiten in

Nürnberg setzt Franz von Papen, den ehemaligen hitlerfaschistischen Vizekanzler und Botschafter in der Türkei während des Krieges, in Freiheit; von Papen war von der Entnazifizierungsspruchkammer zu 8 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

27. Januar

A. S. Panjuschkin, der Sowjetvertreter in der Fernostkommission, erklärt, daß die Anweisungen der USA-Regierung für die Stabilisierung der japanischen Wirtschaft, die MacArthur am 10. Dezember v. J. gegeben wurden, der von der Fernostkommission bestimmten Politik direkt widersprechen.

Dju Jen Ha, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Demokratischen Volksrepublik Korea, trifft in Begleitung des Botschaftspersonals in Moskau ein.

Veröffentlichung der offiziellen Angaben über die Ergebnisse der Wahlen zur unteren Kammer des japanischen Parlaments. Die Mehrheit der Sitze erhielten die „Liberal-demokratische“ Partei und die „Demokratische“ Partei — beides reaktionäre Parteien — (264 bzw. 68 Sitze). Die Kommunistische Partei erhielt 35 Sitze (gegenüber 4 in der vorigen Kammer), die Sozialistische Partei 49.

In London beginnt eine Tagung des Konsultativrats der Außenminister der Westlichen Union.

28. Januar

Der Sicherheitsrat billigt in abschnittsweiser Abstimmung eine Resolution, in der die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen in Indonesien, die Freilassung aller republikanischen Führer und die unverzügliche Wiederherstellung der indonesischen republikanischen Regierung in Djokjakarta gefordert wird. Mit 7 gegen 4 Stimmen (die der Sowjetunion, der Ukraine, Kubas und Ägyptens) wird ein sowjetischer Zusatzantrag über unverzügliche Evakuierung der holländischen Truppen vom Territorium der indonesischen Republik abgelehnt.

In Paris wird eine Tagung des Exekutivkomitees der Weltföderation der Gewerkschaften eröffnet, an der eine von W. W. Kusnezow, Vorsitzendem des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion, geführte

Delegation der Sowjetgewerkschaften teilnimmt.

Eröffnung der zweiten Tagung der Obersten Volksvertretung Koreas in P-hjōng-jang.

In Berlin wird die 1. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geschlossen. Die Konferenz nahm ein Manifest an, gerichtet an das werktätige Volk Deutschlands, sowie eine Resolution zu den nächsten Aufgaben der Partei.

29. Januar

Veröffentlichung einer Deklaration des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR über den Nordatlantikkpakt.

S. A. Afanassjew, Botschafter der Sowjetunion in Norwegen, gibt im Namen der Sowjetregierung eine Erklärung ab, mit der die norwegische Regierung um Auskunft darüber ersucht wird, ob die in der Presse veröffentlichten Mitteilungen über einen Beitritt Norwegens zur atlantischen Union der Wirklichkeit entsprechen, ferner ob Norwegen dieser Union gegenüber irgendwelche Verpflichtungen über die Schaffung von Kriegsmarine- und Kriegsluftflottenstützpunkten auf ihrem Territorium übernimmt.

Der Staat Israel wird von den Regierungen Englands, Australiens, Belgiens, Hollands und Luxemburgs de facto anerkannt.

30. Januar

In Oslo findet eine weitere Beratung der Minister Schwedens, Dänemarks und Norwegens statt, auf der Fragen erörtert werden, die die Bildung eines Blocks der nordischen Länder sowie die Teilnahme der skandinavischen Länder am Nordatlantikkpakt betreffen. Die Beratung kommt zu dem Schluß, daß gegenwärtig kein Grund zur Bildung eines Blocks der nordischen Länder vorliegt.

31. Januar

Die Sowjetpresse veröffentlicht Antworten J. W. Stalins auf Fragen des europäischen Generalk Direktors der amerikanischen Agentur „International News Service“, Herrn Kingsbury Smith, eingegangen am 27. Januar 1949.

Dreijahrestag der Ausrufung der Republik in Ungarn.

VERLAGSANGEIEN

UNIONSGESELLSCHAFT FÜR DIE VERBREITUNG POLITISCHER UND WISSENSCHAFTLICHER KENNTNISSE

Soeben im Druck erschienene Stenogramme öffentlicher Vorträge:

- | | |
|--|---|
| D. D. BLAGOI — <i>Die Weltbedeutung der klassischen russischen Literatur.</i> 32 S., Rbl. —,60 | I. P. PLYSCHEWSKI — <i>Die nationale Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern nach dem zweiten Weltkrieg.</i> 24 S., Rbl. —,60 |
| F. D. BUBLEJNIKOW — <i>Die Struktur des Erdinneren.</i> 28 S., Rbl. —,60 | S. A. POKROWSKI — <i>Die staatsrechtlichen Anschauungen N. G. Tschernyschewskis.</i> 24 S., Rbl. —,60 |
| K. P. GORSCHENIN — <i>Die sozialistische Rechtsprechung im gegenwärtigen Zeitabschnitt.</i> 32 S., Rbl. —,60 | F. F. TSCHERNOW — <i>Über die Rolle des Sowjetstaates beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft.</i> 32 S., Rbl. —,60 |
| I. S. DSHIGIT — <i>Radaranlagen.</i> 30 S., Rbl. —,60 | M. S. EIGENSON — <i>Die Struktur der Sternensysteme.</i> 20 S., Rbl. —,60 |
| S. S. KRAWTSCHUK — <i>Der 30. Jahrestag der ersten Sowjetverfassung.</i> 24 S., Rbl. —,60 | |
| I. S. NOWITSCH — <i>Die russische Literatur und die Revolution 1848.</i> 30 S., Rbl. —,60 | |

VERLAG „MOLODAJA GWARDIJA“ (DIE JUNGE GARDE)

Neuerscheinungen:

- | | |
|--|--|
| S. GUDSENKO — <i>Die Schlacht.</i> 110 S., Rbl. 3,—
Neuer Gedichtband über den Großen Vaterländischen Krieg. | A. POPOWSKI — <i>Um des Menschen willen.</i> 494 S., Rbl. 11,—
Erzählungen über die hervorragenden Sowjetgelehrten Filatow, Pawlowski, Wischnewski u. a. |
| S. MARSCHAK — <i>Die Turmuhr.</i> 136 S., Rbl. 4,—
Gedichte und Balladen. | P. TYTSCHINA — <i>Erwachen des Frühlings.</i> 108 S., Rbl. 3,—
Eine Sammlung von Gedichten in autorisierter Übertragung aus dem Ukrainischen von N. Assejew, W. Swjaginzewa, N. Uschakow und anderen. |
| W. NEMZOW — <i>Drei Wünsche.</i> 280 S., Rbl. 8,25
Der Band enthält die wissenschaftlich-phantastischen Erzählungen „Schatten unter der Erdoberfläche“, „Apparat „SI-1““, „Die Feuerkugel“. | |

STAATSVIRLAG „ISKUSSTWO“ (DIE KUNST)

Neuerscheinungen:

- | | |
|---|--|
| G. BERESKO — <i>Tapferkeit.</i> Schauspiel in 4 Aufzügen (12 Bildern). 166 S., Rbl. 3,75 | A. SOFRONOW — <i>In einer Stadt.</i> Schauspiel in 3 Aufzügen (6 Bildern). 106 S., Rbl. 2,25 |
| W. N. BILL-BJELOZERKOWSKI — <i>Die Hautfarbe.</i> Schauspiel in 3 Aufzügen (13 Bildern). 106 S., Rbl. 2,25 | K. S. STANISLAWSKI — <i>Die Selbsterziehung des Schauspielers.</i> 3. Auflage.
Teil I. Die Selbsterziehung im schöpferischen Prozeß des Nacherlebens. 508 S., Rbl. 26,—
Teil II. Die Selbsterziehung im schöpferischen Prozeß der Darstellung. 348 S., Rbl. 19,— |
| A. KORNEJTSCHUK — <i>Schauspiele.</i> 428 S., Rbl. 15,—
Inhalt: Der Untergang des Geschwaders Platon Kretschet. Die Wahrheit. Bogdan Chmelnyzki. In den Steppen der Ukraine. Die Front. Mister Perkins' Entsendung in das Land der Bolschewiki. Kommt nach Swonkowoje. | I. TSCHEPURIN — <i>Die letzten Stellungen.</i> Schauspiel in 4 Aufzügen. 132 S., Rbl. 3,— |
| K. SIMONOW — <i>Schauspiele.</i> Mit einer Einleitung von Borschtschagowski. 340 S., Rbl. 15,—
Inhalt: Die Geschichte einer Liebe. Ein Bursch aus unserer Stadt. Russische Menschen. So wird's werden. Unter den Kastanien Prags. | A. STEIN — <i>Das Gesetz der Ehre.</i> Schauspiel in 4 Aufzügen. 144 S., Rbl. 3,50 |
| | T. L. SCHTSCHEPKINA-KUPERNIK — <i>Das Theater und mein Leben.</i> 424 S., Rbl. 25,— |
| | I. EHRENBURG — <i>Der Löwe auf dem Stadtplatz.</i> Komödie in 5 Aufzügen. 108 S., Rbl. 2,25 |

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHERHEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF GEGEN DIE KRIEGSBANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFTSTELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENTLICHEN LEBENS.